

Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

März 2026

24. Jahrgang - Ausgabe 124

Einzelpreis: 5,00€
ISSN 1612-7366



Schwerpunkt:
Militärrepublik verhindern

Aufrüstung und die Kommunen
Vorbereitung auf den Kriegsfall
Neueinführung der Wehrpflicht
Grönland im Fokus
Bewegung im Wandel



Siegessäule in Berlin, Foto von BugWarp, CC über Wikipedia. Eines von unzähligen Kriegsdenkmalern in Deutschland die vom Grauen des Krieges erzählen, aber auch zum Heldentod ermuntern sollen.

Schwerpunkt

- Auf dem Weg in die Militärrepublik – **Tobias Pflüger** – 4
Finanzpolitische Schieflage: Die Aufrüstung und die Kommunen – **Claudia Haydt** – 7
Europaweit gegen Aufrüstung: Stop ReArm Europe – **Wendela de Vries** – 12
Die Zukunft ist olivgrün: Der Umbau für das Kriegsgeschäft – **Andreas Seifert** – 15
Aufrüstung um jeden Preis: „Orte der Aufrüstung“ – **Tobi Rosswog** – 18
Operationsplan Deutschland: Was Militärs und Behörden planen – **Martin Kirsch** – 21
Vorbereitungen auf den Kriegsfall. Interview mit **Daniel Lücking** zum „Grünbuch ZMZ 4.0“ – 24
Militarisierung des Gesundheitswesens – **Volker Mörbe** – 26
Unwissenschaftlich, undemokratisch und rechtsbeugend – **Fairouz Qasrawi** – 28
Keine Verhandlungsmasse: GenZ und der neue Wehrdienst – **Reza Schwarz** – 31
Kann Spuren von Pflichtdienst enthalten – **Susanne Bödecker** – 33
Die Sache mit den Medien: Über Militarisierung in Medien – **Simon David Dressler** – 36

Magazin

Neue Weltordnung

- Die „regelbasierte Ordnung“ Anfang 2026 – **Bernhard Klaus** – 38
Grönland im Fokus. Drohende US-Übernahme „auf die ein oder andere Art“ – **Ben Müller** – 40
USA, Venezuela und die Trümmer des Völkerrechts – **Claudia Haydt** – 46
Argumente gegen „humanitäre“ Interventionsphantasien – **Pablo Flock** – 48
Vergiftete Liebeserklärungen – MSC, transatlantische Konflikte und Militäreuropa – **Jürgen Wagner** – 51

Deutschland und die Bundeswehr

- War starts in Berlin-Mitte – **Antimilitaristisches Recherchekollektiv Berlin** – 54
Vom FCAS zum GCAS? Deutsch-französisches Kampfflugzeug vor dem Aus – **Jürgen Wagner** – 56
Vor der Beschaffungsentscheidung: Kamikazedrohnen für die Bundeswehr – **Tobias Pflüger** – 60
Quadriga 2026: Deutschland probt die Kriegslogistik – **Jürgen Wagner** – 62

Internationales

- Sudan – Empörung-Strohfeuer nach erwartbaren Gräueltaten – **Pablo Flock** – 64

Debatte

- Bewegung im Wandel der „Zeitenwende“ - 30 Jahre IMI – **Christoph Marischka** – 69
Anmerkungen zur EKD-Friedensdenkschrift 2025 – **Markus Weingardt** – 72

Editorial

von Jürgen Wagner

Im Schwerpunkt dieser Ausgabe spannen wir einen recht großen Bogen, in dem sich der Großteil der Beiträge des letzten IMI-Kongresses „Militärrepublik? Verweigern!“ findet. Die Erhöhungen des Militärhaushaltes und deren Auswirkungen auf die Kommunen werden dabei ebenso adressiert wie die europäische Aufrüstungsebene. Der Umstellung auf eine Kriegswirtschaft und den Orten der Aufrüstung (insbesondere Osnabrück und im Magazinteil Berlin) sind ebenso mehrere Artikel gewidmet wie der Militarisierung im Inland – Stichwort: Operationsplan Deutschland. Außerdem beschäftigen wir uns mit der Repression gegen palästinensolidarische Stimmen. Weitere Beiträge thematisieren den Neuen Wehrdienst und die Rolle der Medien. Damit hoffen wir einen, wenn auch natürlich nicht vollständigen, Überblick über die aktuellen Entwicklungen in Richtung Militärrepublik zu geben. Die Notwendigkeit, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen, wird ebenfalls in vielen Beiträgen adressiert, zum Beispiel bei der Beschreibung des Bündnisses „Stop Rearm Europe!“ oder den Aktivitäten gegen den Neuen Wehrdienst.

Das alles spielt sich vor dem Hintergrund tiefgreifender Umwälzungen der internationalen Beziehungen ab. In deren Zentrum stehen die USA unter Donald Trump, die mit ihrem Angriff auf Venezuela ihrem erklärten Anspruch, in der westlichen Hemisphäre schalten und walten zu können, wie es ihnen beliebt, brutal Geltung verschafften („Donroe-Doktrin“). Während man hierzulande dem Vorgehen gegenüber Venezuela recht kalt gegenüberstand und den klaren US-Völkerrechtsbruch als „komplex“ (Friedrich Merz) abtat, sah das im Falle der US-Annexionsdrohungen gegenüber Grönland gleich ganz anders aus. Und in der Tat suchen die US-Drohungen gegenüber Grönland innerhalb der NATO bislang ihresgleichen. Die vorgeschobene russische und chinesische Bedrohung hat nichts mit den eigentlichen Begehrlichkeiten zu tun, die aus einem Mix aus Trumpscher Egoomanie, Rohstoffinteressen und dergleichen bestehen. Überaus problematisch ist dabei, dass die Konflikte um Grönland und darüber hinaus in Europa – und hier wiederum unter deutschen Führungsansprüchen – als Anlass genommen werden, um den aktuellen Aufrüstungskurs noch weiter zu forcieren.

Die diesjährige Münchner Sicherheitskonferenz und insbesondere die Eröffnungsrede von Kanzler Friedrich Merz lieferten hierfür einmal mehr die Bühne ab. In der Welt der Großmächte, in der laut Merz einzig die „Sprache der Machtpolitik“ zähle, will man nun eben auch lautstark mitreden.

Allerdings läuft dabei der Rüstungsmotor unterschiedlich rund: So ist das deutsch-französische Luftkampfsystem (engl. FCAS), das einst als Schlüsselprojekt auf dem Weg zu einem verdichteten europäischen Rüstungskomplex galt, schwer ins Trudeln geraten. Auf der anderen Seite aber stellt die Anschaffung von Kamikazedrohnen („Loitering Munition“) einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur automatisierten Kriegsführung dar. An dieser Stelle sei dabei nicht nur auf den Artikel dazu in dieser Ausgabe, sondern auch auf die IMI-Analyse „Im Griff des Risikokapitals? Wie Deutschland lernte, die Kamikazedrohnen zu lieben“ verwiesen, die uns leider erst kurz nach Redaktionsschluss erreichte, aber auf der Internetseite der Informationsstelle Militarisierung zu finden ist.

All diese Entwicklungen stellen die antimilitaristische Bewegung vor große Herausforderungen, einige davon werden in einem weiteren Beitrag in dieser Ausgabe diskutiert. Dass sich auch die Evangelische Kirche in Deutschland stramm hinter die Zeitenwende stellt, macht es leider auch nicht besser und umso notwendiger, sich auch mit dieser Entwicklung zu beschäftigen. Und bei all dem ist es wichtig, die im medialen Mainstream weitgehend ausgeblendeten Konflikte nicht aus dem Blick zu verlieren, weshalb sich ein ausführlicher Beitrag mit dem Sudan beschäftigt. Erst kürzlich wies der „Krisenreport“ der Hilfsorganisation Care darauf hin, dass allein in den Ländern mit den zehn humanitären Katastrophen, über die global 2025 am wenigsten berichtet worden sei, 43 Millionen Menschen ums Leben kämpfen. Dies sei auch die Folge von Kürzungen oder interessengeleiteten Neuausrichtungen der westlichen Entwicklungshilfe in Zeiten der Zeitenwende, so Care. Auch so befeuert die hiesige Aufrüstungspolitik Konflikte und schafft damit den „Bedarf“ – vorausgesetzt, es werden dabei „relevante“ Interessen verletzt – im Extremfall wieder militärisch intervenieren zu „müssen“.

Auf dem Weg in die Militärrepublik

Der Bundeshaushalt 2026 als wesentlicher Schritt dorthin

von Tobias Pflüger

Dieser Artikel beginnt anders als sonst Artikel beginnen, weil ich mit ihm eine wichtige Message verbinden will: Achtung, diese Republik ist auf dem Weg in eine Militärrepublik! Ein wesentliches Instrument dabei ist der Bundeshaushalt, und wie die Gelder dort ausgegeben werden. Deshalb die zentrale Aussage dieses Artikels zu Beginn: Mit dem Bundeshaushalt 2026 gibt die Bundesregierung ein Viertel (!) des Gesamthaushaltes für Militär und Rüstung aus. Bis zum Jahr 2029 soll es mindestens ein Drittel (!) des Gesamthaushaltes des Bundes sein, das in die Bundeswehr oder in Rüstungsprojekte fließt.

Diese Haushaltszahlen halte ich für skandalös. Und ich wundere mich, nein, ich ärgere mich, dass dies in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle spielt. Dies hat auch einen Grund darin, dass sich die meisten politischen Akteure einig sind, dass nun aufrüstet werden müsse. Bei den Parteien geht die Aufrüstungskalition von AfD über CDU/CSU, FDP, Grüne bis zur SPD, aber auch wichtige gesellschaftliche Akteure wie die (Führungen von) Kirchen und Gewerkschaften tragen im Kern den Aufrüstungskurs mit. Und die, die Aufrüstung nicht in der jetzigen exorbitanten Form wollen, wie die Partei DIE LINKE oder Teile der Gewerkschaften, machen immer mal wieder, aber nicht zentral, eher leise Anmerkungen, dass das nun doch etwas arg viel sei mit den ganzen Milliarden für Rüstung und Militär. Eine grundsätzliche Kritik – und erst recht eine Gegenbewegung gegen den Aufrüstungswahn – fehlt bisher. Die folgenden zusammengestellten Zahlen sollen eine Grundlage sein für eine Argumentation, die diese Aufrüstung grundsätzlich ablehnt.

Begründungsnarrativ der Militärrepublik

Vor den Zahlen allerdings noch eine Anmerkung zum „Begründungsnarrativ“ für den Aufrüstungskurs: Es heißt immer wieder dieses Land sei bedroht und es drohe ein konkreter Krieg, Russland werde die NATO ca. 2029 angreifen. Interessant ist, dass die gesellschaftliche und veröffentlichte Debatte sich schwerpunktmäßig um das Begründungsnarrativ und/oder den Ukrainekrieg dreht, weniger um die konkreten Veränderungen der Gesellschaft

hin zur „Kriegstüchtigkeit“ durch die „Zeitenwende“. Russland hat zweifelsohne die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen. Doch ob damit die umfassende Militarisierung der hiesigen Gesellschaft, die „Kriegstüchtigkeit“, die Kriegsvorbereitung begründbar ist, bezweifle ich. Es ist und bleibt eine steile Behauptung, dass 2029 Russland einen NATO-Staat angreift. Wahrscheinlich hat die Plaudertasche Prof. Carlo Masala von der Bundeswehr-Universität München recht: „Haben Sie das Nato-Papier lesen können? Carlo Masala: Nein, niemand hat es lesen können. Ohnehin wird die Zahl 2029 von Politikern strategisch genutzt. Sie müssen sagen, dass Russland 2029 einen Krieg führen könnte, um die Menschen auf höhere Verteidigungsmaßnahmen einzustimmen. ZEIT: Glauben Sie, Russland greift Deutschland an? Masala: Ein russischer Einmarsch in Deutschland ist für mich ausgeschlossen. Ein Angriff auf europäisches Gebiet wäre für Russland derzeit und in den nächsten Jahren zu riskant.“¹

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Es ist den Regierenden ganz recht, dass über das Begründungsnarrativ diskutiert wird und nicht über die konkrete jetzt laufende Militarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft, die jeden und jede betrifft, weil sie diese Debatte nämlich nicht gewinnen würden. Spätestens jetzt, mit der nun beschlossenen alsbaldigen Einführung der Wehrpflicht, wächst der gesellschaftliche Gegenwind erfreulicherweise, auch wenn er noch stärker werden muss.

Also: Diese Gesellschaft wird grundlegend umgebaut, wir sind auf dem Weg in eine Militärrepublik: „Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD 2025 ist ein Aufrüstungs-Koalitionsvertrag, viele gesellschaftliche Bereiche sollen militärisch nutzbar und durchgesetzt werden. Das Infrastruktur-Investitionspaket, dessen Gelder auch nach militärischen Kriterien vergeben werden sollen und das hunderte Milliarden starke Aufrüstungsfinanzpaket sind strukturbestimmend. Die Bundesrepublik ist unter der Merz-Klingbeil-Regierung auf dem Weg in eine Militärrepublik.“ Diesen Begriff „Militärrepublik“ haben Jürgen Wagner und ich erstmals benutzt, als wir eine Stellungnahme zum Koalitionsvertrag geschrieben haben.²

Militärisches Infrastrukturpaket

Und damit kommen wir zur zentralen Entscheidung dieser Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD, die sie sich noch vom alten Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Grünen per 2/3 Mehrheit hat absegnen lassen: die beiden hunderte von Milliarden schweren Finanzpakete, das so genannte Infrastrukturprogramm mit 500 Milliarden Euro und ein zweites Paket, das nach oben offen ist, mit dem die Bundeswehr alles bekommen soll, was sie angeblich braucht, „whatever it takes“, wie Bundeskanzler Friedrich Merz es formuliert hat.

Die Gelder des so genannten Infrastrukturpakets werden auch nach militärischen Kriterien vergeben. Das hat der damalige Minister Volker Wissing klar formuliert und wird nun 2026 konkret umgesetzt. „Infrastrukturinvestitionen sind wichtig für unsere Sicherheit. [...] Wir reden über Infrastruktur, bei der Straße und auch bei der Schiene, die wir zur Verteidigung unseres Landes brauchen. [...] Wenn die Nato Truppen bewegt, benötigt sie häufig deutsche Straßen und Schienen. [...] Wir sind das Land im Herzen Europas, das am meisten Transitverkehr hat, dafür brauchen wir funktionierende Infrastrukturen.“³

Inzwischen werden die Gelder aus dem Infrastrukturprogramm – auch an Länder und Kommunen – ausgeschüttet und einzelne Infrastrukturprojekte damit finanziert. Und dabei spielen militärische Kriterien eine wesentliche Rolle. Bernd Wientjes schreibt in der Rhein-Zeitung über das Infrastruktur-Sondervermögen von 500 Milliarden Euro: „Was dabei häufig übersehen wird: Das Geld ist nicht nur für Infrastruktur, sondern auch für Verteidigung vorgesehen. Im Kern geht es darum, dass Bundesstraßen, Autobahnen und Brücken fit gemacht werden sollen – für Truppentransporte. Die Verteidigungsfähigkeit und Aufrüstungspläne Deutschlands prägen mittlerweile die Verkehrspolitik.“ Ein Beispiel dafür sei der das Leipziger Urteil zum A1-Lückenschluss, da die Autobahn an einer der im Operationsplan Deutschland ausgewiesenen zentralen Aufmarschrouten liege. Auch der Bau der 200 Kilometer langen Küstenautobahn A20 sei vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) als unerlässlich für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands bezeichnet worden. Die Maßnahmen seien Teil des europaweiten Projektes „Military Mobility“, bei dem die Infrastruktur großangelegt kriegstauglich gemacht werde.⁴

Dies ist nur ein Beispiel, viele weitere werden folgen.

Der Militärhaushalt der Militärrepublik

Nun zum konkreten Haushalt 2026. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schreibt: „Über die Jahre hinweg sollen bis 2029 rund 600 Milliarden Euro für die Verteidigung ausgegeben werden. Davon kommen 450 Milliarden aus der Sondererlaubnis für Rüstungsinvestitionen.“⁵ Dies ist sachlich zutreffend. Doch wie teilen sich diese Gelder über die Jahre auf?

Die Bundesregierung selbst teilt die wesentlichen Zahlen in einem öffentlich zugänglichen Dokument mit, dem Finanzplan 2025 bis 2029. Darin heißt es: „Die Grundgesetzänderung (BGBl. 2025 I Nr. 94 vom 24.03.2025) [damit sind die beiden Finanzpakete gemeint] ebnet hierbei den Weg für eine massive Stärkung der Verteidigungsfähigkeit. Die Bundesregierung plant mit dem Haushalt 2026 insgesamt Verteidigungsausgaben in Höhe von insgesamt rd. 128 Mrd. € (Einzelplan 14, im Einzelplan 60 etatisierte Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung, verteidigungsbezogenen Ausgaben weiterer Einzelpläne sowie Sondervermögen Bundeswehr). Dies entspricht für das Jahr 2026 einer NATO-Quote von 2,83 % des BIP. Der sich anschließende Aufwuchspfad sieht im Jahr 2029 rd. 176 Mrd. € für Verteidigungszwecke vor. Dies entspräche auf Grundlage der gegenwärtig verfügbaren Zahlen einer NATO-Quote von rd. 3,56 % des BIP.“⁶

Korrekt beschreibt die Bundesregierung im Finanzplan die Ausgaben nach NATO-Kriterien, die alle militärischen Ausgaben im Bundeshaushalt zusammenfassen und in dieser Form dann an die NATO gemeldet werden. Wenn diese zusätzlichen Ausgaben „vergessen“ werden, kommt eine deutlich niedrigere Zahl heraus, die ebenfalls häufig in den Medien anzutreffen ist. So heißt es in einer Mitteilung des Bundestages: „Deutschlands Verteidigungsausgaben sollen im kommenden Jahr auf 108,2 Milliarden Euro und damit auf einen erneuten Höchststand seit Ende des Kalten Krieges steigen. Nach dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf für den Bundeshaushalt 2026 (21/600) sind im regulären Wehretat (Einzelplan 14) Ausgaben von 82,69 Milliarden Euro eingeplant, weitere Ausgaben von 25,51 Milliarden Euro sollen aus dem Sondervermögen Bundeswehr finanziert werden.“⁷

Interessant auch, wofür die Milliarden des Militärhaushaltes im Einzelnen ausgegeben werden: Dazu schreibt der Bundestag: „Am stärksten profitieren von den steigenden Verteidigungsausgaben sollen die militärische Beschaffung der Bundeswehr mit einem Ausgabenvolumen von insgesamt 47,88 Milliarden Euro. Aus dem Einzelplan 14 sollen 22,37 Milliarden Euro und aus dem Sondervermögen weitere 25,51 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Im laufenden Jahr plant der Bund mit Ausgaben von insgesamt 32,3 Milliarden Euro für militärische Beschaffungen. Allein 12,67 Milliarden Euro sind im regulären Wehretat 2026 und 2,13 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen für die Beschaffung von Munition eingeplant. Weitere Ausgaben von 7,56 Milliarden Euro sind für den Erhalt des vorhandenen Materials (2025: 6,8 Milliarden Euro) und 1,58 Milliarden Euro für Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung (2025: 1,19 Milliarden Euro) veranschlagt. Zur Deckung der Personalausgaben der Streitkräfte (Soldaten und Zivilangestellte) sollen 24,71 Milliarden Euro bewilligt werden, 823 Millionen Euro mehr als 2025. Für die Unterbringung der Soldaten, den Betrieb und Erhalt von Kasernen und Anla-

gen sind Ausgaben von 11,31 Milliarden Euro vorgesehen, 1,52 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr.“⁴⁸

Dies sind jeweils die Ausgaben im reinen Einzelplan 14, dazu kommen noch die weiteren Ausgaben zum Beispiel im Verfügungshaushalt Einzelplan 60, in dem u.a. die Ausgaben im Rahmen der EU- Militärpolitik verplant sind. Der Abbildung hier ist der Anstieg des bundesdeutschen Militärhaushaltes von 2015 (35,9 Mrd. Euro) bis 2029 (176 Mrd. Euro), einschließlich des (ersten) inzwischen vollständig verplanten Bundeswehr-Sondervermögens von 100 Mrd. Euro sowie der Ausgaben nach NATO-Kriterien (oben) sowie die Entwicklung der Anteile des Militärhaushaltes am Gesamthaushalt des Bundes in Prozent (unten) zu entnehmen.

Fazit

Politisch zusammengefasst: Die bundesdeutschen Militärausgaben 2026 sind exorbitant hoch. Dies muss drin-

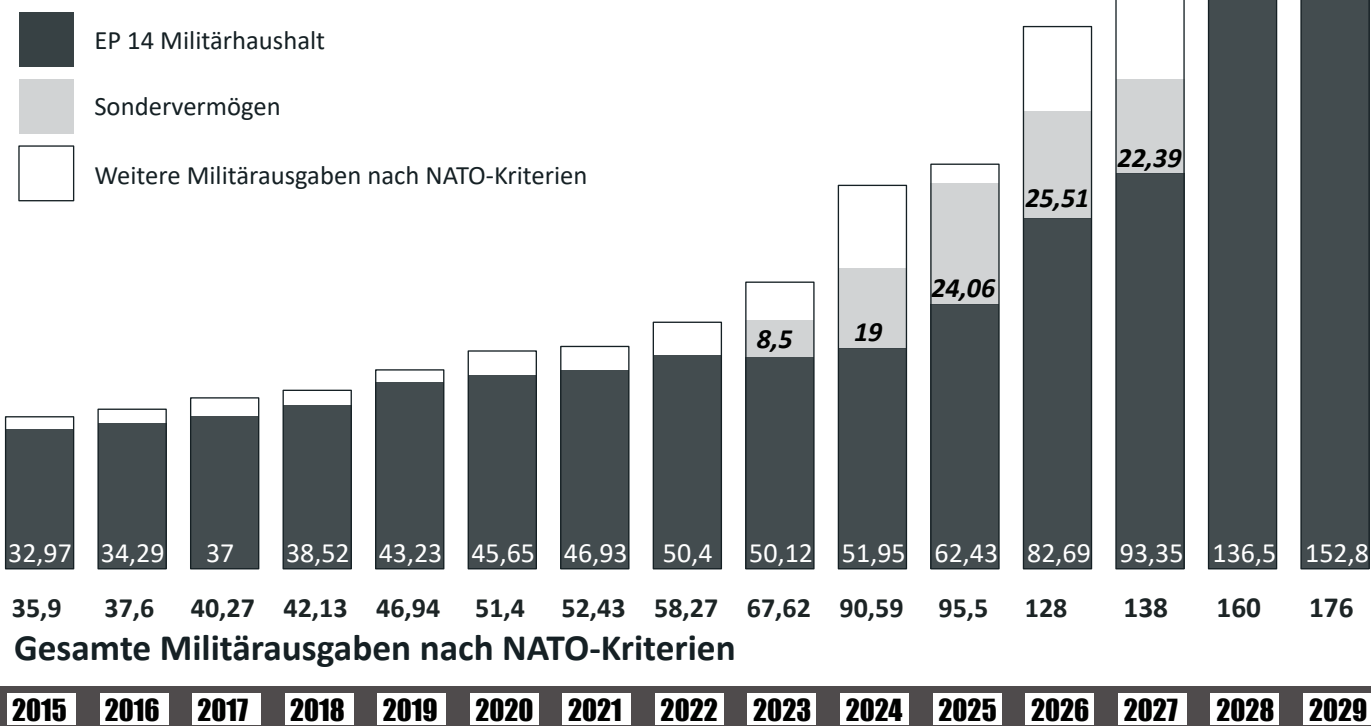
gend mehr thematisiert werden! Zeitgleich mit der derzeitigen Hochrüstung gibt es ein Sparprogramm, das zuerst bei Sozialem und den Kommunen ansetzt.

Anmerkungen

- ¹ Der Russe kommt. Vielleicht, Zeit Online, 26.5.2025.
- ² Pflüger, Tobias / Wagner, Jürgen: Koalitionsvertrag der Aufrüster – Auf dem Weg in die Militärrepublik, IMI-Standpunkt 2025/025,
- ³ Wissing: Infrastruktur und Verteidigung gehören zusammen, DPA, 13.3.2025.
- ⁴ Wientjes, Bernd: Welche militärische Bedeutung die Eifelautobahn hat, Rhein-Hunsrück-Zeitung, 21.11.2025.
- ⁵ Haushalt 2025: Massive Investitionen in Verteidigung, cducus.de, 17.9.2025.
- ⁶ Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029, Bundestags-Drucksache 21/601.
- ⁷ Etat 2026: Verteidigungsausgaben von 108 Milliarden Euro, bundestag.de, 22.8.2025.
- ⁸ Ebd.

Ausgaben für Militär in Deutschland

In Mrd. Euro *Daten dem Finanzplan des Bundes entnommen - teilweise nachberechnet.*



Militärausgaben als %-Anteil am Bundeshaushalt

11,99% 12,11% 12,38% 12,51% 13,68% 11,63% 9,42% 12,12% 14,79% 19,45% 18,99% 24,64% 26,92% 29,07% 30,67%

12% 2015 → **31% 2029**

Finanzpolitische Schieflage

Militarisierung und die kommunale Zeitenwende

von Claudia Haydt

Olaf Scholz rief die militaristische „Zeitenwende“ aus und Boris Pistorius forderte deutsche „Kriegstüchtigkeit“ bis 2029. Im Gegensatz zu manch anderen politischen Slogans entfalten diese Schlagwörter eine weitreichende gesellschaftliche Dynamik, deren Konsequenzen kaum überschätzt werden können. Die Politik der Angst führt zu einem militärischen Automatismus. Der damals noch designierte Kanzler Friedrich Merz forderte Anfang März 2025, unbegrenzt ins Militär zu investieren. „Whatever it takes“ als Maxime ermöglicht es vielleicht, Deutschland „konventionell zur stärksten Armee Europas“¹ zu machen, wie es Merz dann als Kanzler formulierte. Neben den geopolitischen Konsequenzen hat dies jedoch auch massive innenpolitische Auswirkungen. Auf einige dieser Folgen soll in diesem Artikel eingegangen werden, wobei der Schwerpunkt hier auf die Situation in den Kommunen gelegt werden soll.

Finanzpolitische Schieflage

Kommunen sind strukturell unterfinanziert. Das ist nichts Neues, aber momentan spitzt sich die Lage drastisch zu. Kommunen erhalten 14% der Steuereinnahmen, aber sie müssen 25% der öffentlichen Ausgaben stemmen. Trotz anderslautender Sonntagsreden wird diese Schieflage politisch weitgehend ignoriert. Kommunen sind verantwortlich für Schulen, Kitas, Krankenhäuser und vieles mehr. Kommunen sind aber auch ein Wirtschaftsmotor. Sie haben mit 41% den größten Anteil an öffentlichen Investitionen und wenn es um öffentliche Bauten geht, liegt ihr Anteil sogar bei 59%. Wenn dieser Motor nicht rund läuft, regnet es in die Schulen, dann fehlt den Kitas das Personal, weil die Arbeitsbedingungen zu schlecht sind, und wenn die Defizite von Krankenhäusern nicht mehr aufgefangen werden können, dann werden diese geschlossen. Auf den Zustand von Verkehrsinfrastruktur wie Brücken und Straßen werde ich im Verlauf des Artikels noch näher eingehen. Der öffentlich-rechtliche Informationskanal BR24 beschreibt die Finanzlage der Kommunen treffend mit den Worten: „So trostlos war es noch nie“.²

Kommunen erhalten Anteile an den Gemeinschaftssteuern. Ihr Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer liegt bei 15%, der Anteil an der Umsatzsteuer bei 3,7% und der Anteil an der Abgeltungssteuer 12%. Dazu kommen kommunale Steuern wie Grund- oder Gewerbesteuer. Diese eigenen Einnahmequellen decken aber zumeist nur etwa ein Viertel der laufenden Ausgaben ab und müssen deswegen durch Zuweisungen der Länder ergänzt werden, die wiederum nicht in ausreichender Höhe fließen. Die Länder ihrerseits verweisen auf den Bund und die zu knappen Mittel im Rahmen des Bund-Länderausgleichs. Die aktuell beschlossenen politischen Prioritäten geben wenig Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation. Durch die angepeilte Erreichung des NATO-Ziels von Militärausgaben in Höhe von 5% der Wirtschaftsleistung Deutschlands wird der finanzielle Spielraum noch einmal deutlich schrumpfen. In der öffentlichen Diskussion wird häufig übersehen, dass 5% des BIP keine vernachlässigbare Größe darstellen, sondern 40% bis 50% des Bundeshaushalts verschlingen werden. Um diese enormen Mehrkosten aufzufangen, müssten die Haushalte für Gesundheit, für Verkehr, für Forschung und für Entwicklung auf null gesetzt werden und es würde immer noch nicht ausreichen. Der einzige Bundeshaushalt, dessen Volumen eine hinreichende Größenordnung hat, ist der Haushalt für Arbeit und Soziales. Genau in diesem Kontext müssen die massiven politischen Angriffe auf Rente, auf Arbeitszeiten und auf andere Sozialleistungen gesehen werden. Hier soll der Boden bereitet werden für einen drastischen Kahlschlag der sozialen Leistungen. Ein so grundlegender Eingriff in die sozialen Leistungen wird das Zusammenleben der Menschen massiv beeinflussen, es wird die Aufgaben der Kommunen vor Ort vergrößern, während sich die kommunalen finanziellen Spielräume verringern.

Politische Signale für Rüstungsindustrie stehen auf Grün

Seitens der Bundesregierung ist geplant, dass 3,5% des BIP direkt in die Finanzierung des Militärs fließen sollen,

während weitere 1,5% für die Kosten militärisch relevanter Infrastruktur geplant sind. Profitiert davon auch das zivile Leben? Ja – aber nur als Nebenaspekt, denn die Prioritäten werden durchs Militär bestimmt.

Der Handlungsspielraum im öffentlichen zivilen Raum schwindet ganz besonders bei den Kommunen. Wie bereits beschrieben sind ihre Möglichkeiten, Einnahmen zu generieren, begrenzt. Kommunen sind dadurch abhängig von der gesamtpolitischen Lage und der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Steigt die Arbeitslosenquote, dann sinken die Einnahmen und die Aufgaben wachsen, dass gleiche gilt für die konjunkturelle Entwicklung.

Bundespolitische Prioritäten sind zugleich politische Signale, die weitreichende ökonomische Konsequenzen haben. So gibt es gerade bei der Automobilindustrie und deren Zulieferbetrieben zahlreiche Versuche, von dem lukrativen Rüstungssektor zu profitieren. (Re-)Konversion von ziviler zu militärischer Produktion nimmt umso mehr zu, je mehr die zur Verfügung stehenden Mittel im Militärrhaushalt, dem sogenannten Einzelplan 14, ansteigen. Ein prominentes Beispiel ist Cellforce, die Batterietochter von Porsche. In der Nähe von Reutlingen hatte Porsche eine Milliarde in den Aufbau (Gründerwerb, Planung, Personal und Erstellung der Gebäude) einer Forschungs- und Produktionsanlage für Elektrobatterien investiert. Doch aufgrund der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen erwies sich die Gewinnmarge als zu gering und das Unternehmen informierte im August 2025 seine Belegschaft über die Schließung des gerade erst fertiggestellten Werks. Im gleichen Monat gab die Porsche-Holding bekannt, dass sie plane, zukünftig stärker in den Rüstungsbereich zu investieren. Im Angesicht des verlockenden Aufrüstungsprogramms der Bundesregierung scheint es vielen Unternehmen gewinnbringender, auf Rüstungsproduktion zu setzen, als in Innovation und Produktion im zivilen Bereich zu investieren, wo die Gewinnaussichten geringer sind. Porsche ist kein Einzelfall. Unternehmen wie Deutz oder Renault setzen auf Gewinne aus der Aufrüstung. Zudem fließt auch immer mehr Risikokapital in die Rüstungswirtschaft.

Sackgasse Rüstungsinvestitionen

Der Schwenk zur Rüstungsproduktion ist für manche strauchelnde Betriebe ein ökonomischer Notausgang. Die Menge der dort generierten Arbeitsplätze kann aber bei weitem nicht mithalten mit dem, was bei vergleichbaren öffentlichen Investitionen in anderen Bereichen generiert werden könnte. Betriebswirtschaftlich funktioniert die (Re-)Konversion für einzelne Vorzeigeunternehmen. Gesamtgesellschaftlich ist dies allerdings eine Sackgasse. Rüstungsinvestitionen sind im wahrsten Sinn des Wortes tote Investitionen. Das Beste, was mit Rüstung geschehen kann, ist, dass sie nicht eingesetzt wird. Wenn Rüstung eingesetzt wird, dann produziert sie keinen Mehrwert, sondern Zerstörung.

Eine Studie der Universität Mannheim kommt zu dem Ergebnis: „Der sogenannte Fiskalmultiplikator, der misst, wie stark zusätzliche Staatsausgaben das Bruttoinlandsprodukt erhöhen, liegt bei Militärausgaben in Deutschland bei maximal 0,5.“³ Im Gegensatz dazu könnten bei Investitionen in öffentliche Infrastruktur wie Schulen, Kitas oder ähnliches Multiplikatoreffekte in der Größenordnung von 2 oder 3 erwartet werden. Volkswirtschaftlich gesehen sind Rüstungsinvestitionen also eher ein Hemmschuh für die ökonomische Entwicklung. Auch als Jobmotor wird die Rüstungsindustrie deutlich überschätzt. So erklärt Baden-Württembergs IG-Metall-Chefin Barbara Resch: „Ich halte es für illusorisch, dass dieser Aufbau den Abbau in der Automobilindustrie auffangen kann, denn die beiden Branchen sind von ihrer Größenordnung sehr verschieden.“⁴

Hinzu kommt, dass Rüstung schon in der Produktion und später dann bei Erprobung und Manövern – und erst recht im Kriegseinsatz – verheerende ökologische Konsequenzen nach sich zieht.

Rüstungsproduktion ist zentral für militärische Strategien, deswegen werden wirtschaftliche Akteure systematisch einbezogen. Besonders aktiv ist hierbei die Industrie- und Handelskammer (IHK), die Unternehmen bei der Umstellung auf Rüstungsproduktion unterstützt und Informationsangebote zur Teilnahme an Vergabeverfahren für Rüstungsaufträge des Bundes, der EU oder der NATO bereitstellt. Für Beschäftigte hat eine Umstellung der Produktion von zivil auf militärisch weitreichende Konsequenzen: Unternehmen, die in die Rüstungsproduktion einsteigen, unterliegen Geheimschutzvorgaben, die geheimdienstliche Überprüfungen der Mitarbeitenden einschließen. Diese Verfahren wirken sich für politisch aktive Personen oder Menschen mit Migrationsgeschichte diskriminierend aus und verstärken rassistische Ausschlussmechanismen. Zugleich wird die informationelle Selbstbestimmung der Beschäftigten erheblich eingeschränkt. Belegschaften sind solchen Entwicklungen jedoch nicht machtlos ausgeliefert. Die Informationsstelle Militarisation (IMI) hat eine Broschüre mit dem Titel „Den Betrieb entrüsten – Aktiv gegen Kriegstüchtigkeit“⁵ veröffentlicht. In dieser werden Handlungshilfen für Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute für den Fall einer Umstrukturierung ihres Betriebes erläutert.

Kommunaler Kollaps

Von den neuen Rüstungsmilliarden ist kein relevanter Impuls zur Sanierung der Wirtschaft und auch nicht der Kommunen zu erwarten. Vereinzelte Gewerbesteuerentnahmen bei Rüstungsunternehmen gleichen die finanzielle Schiefelage bei weitem nicht aus. Wie oben bereits erwähnt, ist die Lage dramatisch. Selbst die Bertelsmann Stiftung konstatiert schon für 2024: „Größtes Defizit in der Geschichte der Bundesrepublik“.⁶ Im Jahr 2025 folgt ein noch weitergehendes Rekorddefizit. Der Präsident

Bilder von den Protesten gegen kommunale Kürzungen in Tübingen 2026.



Landrat Dr. Achim Brötel fordert angesichts der „dramatischen strukturellen Schieflage der Kommunalfinanzen“ eine Reaktion von Bund und Ländern: „nicht morgen und schon gar nicht übermorgen, sondern heute.“⁷

Leider gibt es zurzeit kaum Aussicht auf Besserung der Lage. Die Kommunen bluten strukturell weiter aus. Der Bund verweist gerne auf das Sondervermögen Infrastruktur. Im Rahmen dieses Programms werden 100 Milliarden zur Verfügung gestellt – auch für Kommunen. Bevor man dessen Wirksamkeit beurteilt, lohnt sich ein Blick auf den Investitionsstau bei öffentlichen Gebäuden und bei der Verkehrsinfrastruktur. Schulen mit undichten Dächern, Kitas mit feuchten Wänden, Sportstätten ohne funktionierende Sanitäranlagen, marode Brücken und Straßen sind nur einige Beispiele, mit denen die Bevölkerung im Alltag konfrontiert ist. Konservativ gerechnet würden zur Beseitigung des Investitionsstaus 216 Milliarden Euro⁸ benötigt und jedes Jahr kommen weitere Sanierungsbedarfe hinzu. Die 100 Mrd. aus dem Infrastrukturprogramm werden über einen Zeitraum von 12 Jahren ausbezahlt. Es wird zwar einiges saniert werden, doch die Mittel reichen bei Weitem nicht – selbst für relativ reiche Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg.

Noch mehr als fehlende Investitionsmittel belastet die Kommunen das strukturelle Defizit in ihren Kernhaushalten. Diesem Defizit wird in vielen Kommunen mit Personalabbau begegnet. Doch all die Investitionen, die abgewickelt werden sollen, müssen ja von irgendwelchen Personen geplant und umgesetzt werden und Anliegen aus der Bevölkerung sollten zeitnah erledigt werden. In anderen Worten: Selbst bei noch weiterwachsenden Infrastruktur- und Investitionsmitteln bliebe die strukturelle Unterfinanzierung bestehen. Der politische Druck auf eine Senkung von sozialen Leistungen und eine Senkung von Standards – wie beim Betreuungsschlüssel in Kitas – wächst weiter.

Ziviler versus militärischer Mobilitätsbedarf

Perspektivisch sollen die meisten Sondermittel für Investitionen als Teil der anfangs erwähnten 1,5% des BIP im

NATO-Ausgabenziel vor allem in den Ausbau und die Sanierung von Verkehrsinfrastruktur fließen. Bei der Festlegung der Prioritäten stehen militärische Notwendigkeiten deutlich über dem zivilen Bedarf.

Im Rahmen der Konzeption der Bundeswehr (2018) beschreibt sich Deutschland als „strategische Drehscheibe im Zentrum Europas“: „Die Handlungsfähigkeit des NATO-Bündnisses und der EU beruht auch auf Deutschlands Aufgabenerfüllung als Host Nation, als Transitland für die Verlegung von Kräften an die Grenzen des Bündnisgebietes und im rückwärtigen Einsatzgebiet.“⁹

Um die Drehscheibenfunktion wahrnehmen zu können, ist eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur auf den Transitstrecken nötig. In diese Autobahn- oder Schienenverbindungen wird in den nächsten Jahren prioritär investiert werden. Die Autobahnbrücken sollen schließlich nicht bei der Nutzung durch Panzerkolonnen zusammenbrechen. Das gleiche gilt für Verladestationen von Schiene zu Straße oder für strategisch wichtige Häfen.

Zivile Mobilität unterscheidet sich grundlegend von militärischer. Während das Militär möglichst direkt durch Deutschland Richtung Osten transportiert werden soll, bewegt sich zivile Mobilität sternförmig hin zu und weg von Zentren. Pendlerinnen und Pendler, Schülerinnen und Schüler, Patientinnen und Patienten, sie alle sind auf funktionierende regionale Verkehrsinfrastruktur angewiesen. In anderen Worten: die militärischen Infrastrukturpläne gehen am Alltagsbedarf großer Teile der Bevölkerung vorbei.

Zivile Unterstützung fürs Militär

In den letzten Jahrzehnten inszenierte sich die Bundeswehr gerne als Helferin in der Not, egal ob bei Hochwasser oder zur Unterstützung in Pflegeheimen während der Corona-Krise. Diese Darstellung implizierte, dass die militärischen Strukturen der gesamten Bevölkerung zugutekämen.

Inzwischen lässt sich jedoch eine grundlegende Verschiebung beobachten. Nicht mehr das Militär soll nun das zivile Leben unterstützen, sondern umgekehrt wird



das Zivile zunehmend funktional in militärische Zielsetzungen eingebunden. Zentrale Mechanismen dieser Entwicklung werden im sogenannte Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) festgeschrieben. Auch wenn der Plan selbst nicht öffentlich zugänglich ist, wird seine Stoßrichtung im Grünbuch ZMZ 4.0¹⁰ sowie in öffentlich verbreiteten Informations- und Werbematerialien der Bundeswehr deutlich. Darin wird unter anderem in einer Imagebroschüre explizit formuliert: „Die maximale zivile Unterstützung ist beim OPLAN DEU ein entscheidender Faktor.“¹¹ Zivile Strukturen wie etwa die Landkreise und die Blaulichtorganisationen sollen nicht irgendwie, sondern mit maximaler Unterstützung zur „Kriegstüchtigkeit“ beitragen. Damit wird implizit die gesamte Gesellschaft in die Verantwortung genommen, zur militärischen Einsatzfähigkeit des Landes beizutragen.

Der Operationsplan legt unter anderem fest, welche Verkehrswege für Truppenbewegungen genutzt werden sollen, welche Brücken geeignet sind und wo Rast- und Sammelplätze einzurichten sind. Die Sicherung dieser Infrastruktur erfordert eine enge Abstimmung mit Polizei, Kommunen und weiteren zivilen Institutionen. Der zivile Bereich wird damit nicht mehr als eigenständiger Akteur verstanden, sondern als nachgeordnete Unterstützungsstruktur militärischer Planungen. Dies stellt eine Umkehr des bisherigen Selbstverständnisses dar.

Auf dem Weg zur gesamtgesellschaftlichen Kriegstüchtigkeit

Diese Logik greift zunehmend auch in Bereiche hinein, in denen sie bislang nicht erwartet wurde. So widmet sich etwa das Deutsche Institut für Urbanistik, ein kommunal orientiertes Forschungs- und Fortbildungsinstitut, in seinen Angeboten inzwischen explizit der Rolle der Kommunen im Rahmen des Operationsplans Deutschland und der zivilen Verteidigung. In einem Seminar soll unter anderem eruiert werden, „wie sich Kommunen personell, strukturell und materiell vorbereiten können, und wie sich

diese Aufgaben [des OPLAN DEU] trotz vieler anderer kommunaler Herausforderungen im Alltagsgeschäft erfüllen lassen.“¹²

Kommunen werden damit angehalten, sich strategisch mit der Frage auseinanderzusetzen, wie sie militärische Anforderungen unterstützen können. Eine solche Entwicklung ist nicht nur aus demokratietheoretischer Perspektive problematisch, da sie die kommunale Selbstverwaltung funktional auf militärische Zwecke ausrichtet.

Gesundheitsversorgung prioritär für die Einsatzfähigkeit

Die Szenarien des OPLAN DEU umfassen nicht nur den Transport großer Truppenkontingente, sondern auch die Rückführung Verwundeter, Gefallener, Kriegsgefangener sowie die Aufnahme von Flüchtenden aus Kriegsgebieten. All diese Aspekte werden planerisch berücksichtigt, und die Kommunen werden als unterstützende Akteure fest eingeplant.

In diesem Zusammenhang werden auch zivile Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Feuerwehren, das Technische Hilfswerk und Hilfsorganisationen in militärische Szenarien integriert. Besonders problematisch ist dabei die geplante Umkehr medizinischer Priorisierung. In einem Konfliktfall sollen sowohl militärische als auch zivile Krankenhäuser primär verwundete Soldaten und Soldatinnen behandeln, die möglichst schnell wieder einsatzfähig gemacht werden können („Return to Duty“). Zivilistinnen und Zivilisten würden damit nachrangig versorgt, was einen fundamentalen Bruch mit zivilen medizinischen Prinzipien darstellt.

Parallel dazu lassen sich weitere gezielte Annäherungsstrategien der Bundeswehr gegenüber Kommunen beobachten. Dazu gehören Informationsveranstaltungen, Gespräche auf Landes- und Kreisebene sowie der Aufbau persönlicher Netzwerke, etwa über Reservisten. Ziel ist es offenbar, frühzeitig Akzeptanz herzustellen und administrative Abläufe so vorzubereiten, dass militärische Anfor-

derungen reibungslos umgesetzt werden können. Gerade an diesen Schnittstellen wäre jedoch eine kritische Positionierung möglich und notwendig.

Bundeswehr holt sich Liegenschaften zurück

Im Oktober 2025 kündigte die Bundeswehr den Aufbau einer strategischen Liegenschaftsreserve an. Flächen, die bereits für zivile Nutzungen vorgesehen waren, werden so wieder militärisch in Beschlag genommen. Dies führt in zahlreichen Kommunen dazu, dass Wohnungsbau, Schulbau oder Stadtentwicklungsprojekte gestoppt werden. Gleichzeitig entgehen den Kommunen dadurch erhebliche Einnahmen, etwa aus der Gewerbesteuer, während die militärischen Einrichtungen weiterhin die zivile Infrastruktur nutzen – ohne Gewerbe- oder Grundsteuer zu zahlen.

Auf gesetzlicher Ebene wird diese Entwicklung flankiert durch Maßnahmen zum sogenannten Bürokratieabbau zugunsten von Militär und Rüstungsindustrie. Bereits auf Bundesebene wurden Sonderregelungen geschaffen, die Umwelt-, Denkmal- und Emissionsschutz einschränken. In Bayern wird derzeit (Januar 2026) zusätzlich ein Gesetz zur Förderung der Verteidigungsindustrie vorbereitet, das Industrieansiedlungen erleichtern soll – auch im Außenbereich, also zum Beispiel auf landwirtschaftlichen oder Grünflächen, die planungsrechtlich nicht für Bebauung vorgesehen sind. Damit gehen massive Eingriffe in demokratische Kontrollmechanismen und öffentliche Beteiligungsrechte einher. Kommunalen Umweltschutz und klimagerechte Regionalplanungen werden so deutlich erschwert.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Operationsplan Deutschland nicht lediglich ein militärisches Dokument darstellt, sondern einen tiefgreifenden Umbau gesellschaftlicher Prioritäten markiert. In den entsprechenden Konzeptpapieren wird das „Mindset der Bevölkerung“ explizit als zentraler Faktor benannt. Gerade darin liegt jedoch ein entscheidender Ansatzpunkt für gesellschaftlichen Widerspruch. Die Militarisierung ziviler Bereiche wird als alternativlos dargestellt, obwohl zivile, demokratische und wirklich nachhaltige Lösungen nicht nur möglich, sondern auch weit sinnvoller wären.

Kampf gegen Militarismus und gegen Rechts gehören zusammen

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, militärische Deutungsansprüche zurückzuweisen und zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume zu verteidigen. Doch genau das muss uns gelingen, denn der aktuelle politische Kurs fördert nicht nur das Militär, er fördert auch die Aufhebung der Grenze zwischen Zivilem und Militärischem.

Die Zukunftsfragen der Menschheit – wie die Bekämpfung der Klimakatastrophe – können jedoch nicht militärisch beantwortet werden. Aufrüstung bis zum Weltkrieg

ist offensichtlich eine Sackgasse. Wir müssen es schaffen, menschliche Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen, Diplomatie ernsthaft zu verfolgen und eine friedliche, solidarische Gesellschaft aufzubauen.

Der ehemalige Pressesprecher der AfD postulierte: "Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD". Autoritäre Strukturen profitieren von Militarismus und von kollabierenden sozialen Systemen. Umgekehrt ist der Kampf gegen Rechts auch immer Kampf gegen den Militarismus. Die Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland 2029 von Russland angegriffen wird, ist wesentlich geringer als eine AfD-Regierungsbeteiligung nach den Bundestagswahlen 2029. Merz will die Bundeswehr bis 2029 zur stärksten konventionellen Armee Europas machen. Das allein ist schon ein massives Problem, aber eine hochgerüstete Armee in den Händen deutscher Nationalisten – das ist ein Albtraum, der nicht wieder Realität werden darf. Der Kampf gegen Rechts und gegen den Militarismus braucht einen langen Atem – militärfreie, solidarische, offene, demokratische und funktionierende Kommunen sind ein gutes Fundament für diesen Kampf gegen Rechts.

Anmerkungen

- ¹ Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz zur neuen Bundesregierung, www.bundesregierung.de, 14.5.2025.
- ² Finanzlage der Kommunen: „So trostlos war es noch nie!“, www.br.de, 20.11.2025.
- ³ Krebs, Tom/Kaczmarczyk, Patrick: Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland, www.vwl.uni-mannheim.de, Juni 2025.
- ⁴ Schmidt, Jürgen: Die geplante Aufrüstung wirkt als Jobmotor nur begrenzt, www.staatsanzeiger.de, 21.3.2025.
- ⁵ Schwarzbach, Marcus: Den Betrieb entrüsten – Aktiv gegen Kriegstüchtigkeit. Handlungshilfe für Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute, IMI-Studie 2025/5.
- ⁶ Kommunale Finanzen – Größtes Defizit in der Geschichte der Bundesrepublik, www.bertelsmann-stiftung.de, 30.7.2025.
- ⁷ Schlimmer geht immer: Aktuelle Zahlen bestätigen dramatische Schieflage der Kommunalfinanzen, Deutscher Landkreistag, www.landkreistag.de, 8.1.2026.
- ⁸ KfW Research: Kommunen beklagen weiter steigenden Investitionsstau, www.kfw.de, 1.7.2025.
- ⁹ Konzeption der Bundeswehr, www.bmvg.de, 20.7.2018.
- ¹⁰ Grünbuch ZMZ 4.0: Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall, 2. Auflage März 2025, <https://zoes-bund.de>.
- ¹¹ Operatives Führungskommando der Bundeswehr: Operationsplan Deutschland: Eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, www.bundeswehr.de, September 2025.
- ¹² Moratorium für die Konversion von Liegenschaften, bmvg.de, 28.10.2025.

Europaweit gegen Aufrüstung

Zur Arbeit des europäischen Netzwerks Stop ReArm Europe

von Wendela de Vries

Ich bin aktiv bei Stop Wapenhandel. Das ist eine niederländische Aktions- und Forschungsgruppe, weil für uns gute Aktionen meist auch auf guten Recherchen basieren sollten. Wir arbeiten seit vielen Jahren auf europäischer Ebene mit ENAAT (<https://enaat.org>) zusammen, einem europäischen Netzwerk gegen Rüstungsexporte mit Gruppen aus etwa 14 europäischen Ländern. ENAAT ist ein loses Netzwerk, es gibt keine offizielle Mitgliedschaft oder ein Sekretariat. Wir arbeiten nicht top-down. Aber es gibt eine Projektstelle in Brüssel, die alle Entwicklungen dort verfolgt. Den ENAAT-Newsletter kann ich sehr empfehlen.

Jedes Land bietet unterschiedliche Möglichkeiten.

Wenn man international zusammenarbeitet, wird einem bewusst, dass die Bewegungen in einzelnen Ländern ganz unterschiedliche Möglichkeiten haben. Was in einem Land funktioniert, funktioniert nicht unbedingt in einem anderen. Die verschiedenen Länder haben verschiedene Geschichten, verschiedene Organisationsformen und verschiedene Regierungen (obwohl die meisten Regierungen im Moment in Europa rechtsorientiert sind). So ist der politische Raum in jedem Land anders. Dazu kommt noch das Sprachproblem, das es nicht einfach macht, zusammen zu arbeiten.

Insgesamt ist die Friedensbewegung klein und in der Defensive. Es ist wichtig, dass wir unsere Position und Möglichkeiten genau definieren. Wir müssen Koalitionen bilden mit anderen Gruppen, die Partner sein können. Wir brauchen einander in dieser aggressiven Zeit.

Die unterschiedlichen Situationen in den Ländern zeigen sich deutlich beim Thema Israel: Sehr viele Leute sind aktiv in der Solidaritätsbewegung mit Palästina aber die Möglichkeiten, gegen die militärischen Beziehungen zu Israel vorzugehen, sind in Deutschland ganz anders als zum Beispiel in Spanien, wo sogar der Präsident z.B. dazu aufruft, Israel im Sport zu boykottieren. In Italien und Spanien und auch in Frankreich sind die Gewerkschaften sehr solidarisch mit Palästina, insbesondere in den Häfen. Dort haben die Arbeiter*innen sich verweigert, Schiffe

mit Waffen für Israel abzufertigen. Als wir das in den Niederlanden auch versucht haben, hat es nicht geklappt, die Gewerkschaftsleitung war nicht bereit, sich zu engagieren.

Die Palästina-Solidaritätsbewegung ist auch nicht dasselbe wie die Friedensbewegung. Der Unterschied zeigt sich u.a. darin, dass erstere oft nur eine enge, auf Israel und Palästina zentrierte Problemanalyse hat, während die Friedensbewegung diesen Konflikt in einem internationalen und weiteren antimilitaristischen Kontext analysiert. Denn große Konflikte, wie die in Palästina, der Ukraine oder dem Sudan, betreffen nie nur zwei Parteien. Es gibt einen internationalen militaristischen Kontext und es sollte die Rolle der Friedensbewegung, der antimilitaristischen Bewegung sein, den internationalen Kontext in die Diskussion zu bringen. Man kann die westliche Unterstützung für Israel nicht verstehen, ohne die Rolle der israelischen Waffenindustrie in der westlichen Waffenproduktion mitzudenken. Israels Kampfhandlungen dienen u.a. als Testfeld für westliche Waffensysteme und die westliche Waffenindustrie braucht diese Testfelder. Diese Rolle nimmt zunehmend auch die Ukraine ein – eine Voraussetzung dafür, dass Waffensysteme als „kampferprobt“ vermarktet werden können.

Was geht vor in Brüssel

In den letzten Jahren hat sich in unserer europäischen Vernetzung gegen Waffenhandel etwas verändert. Der Fokus liegt nicht mehr ausschließlich auf dem Waffenexport, da die Industriepolitik, insbesondere die Rüstungsindustriepolitik durch die Europäische Union stark an Bedeutung gewonnen hat. Außerdem hat der Druck der Industrielobby auf Regulierungen und Finanzierung stark zugenommen. Für unsere Gruppen gegen Waffenhandel gewinnt das an Relevanz.

Das hat nicht erst mit dem russischen Angriff auf die Ukraine angefangen, das hat schon viele Jahre zuvor begonnen, und zwar nicht primär von der militär- und sicherheitspolitischen Seite her, sondern von der ökonomischen. Die ersten Schritte auf dem Weg zur europäischen

Waffen auf der Paris Air Show 1981. Foto von Acroterion CC über Wikimedia.



Militarisierung kamen von der Europäischen General-Direktion für Wirtschaft und Industrie.

Und am Anfang gab es auch vor allem wirtschaftliche Argumente: Waffenproduktion sei gut für die Wissensökonomie oder für Arbeitsplätze. Das sind Argumente für die Gewerkschaften und wir müssen die Diskussion mit ihnen angehen. Es bleibt z.B. unklar, warum die Wissensgesellschaft speziell in die Rüstungsindustrie investieren sollte. Die Idee, dass man aus diesen sehr spezialisierten militärischen Produkten einfach und billig zivile Produkte ableiten könnte, der sogenannte „Spin-off“, ist ein Mythos. Man kann viel besser direkt zivil investieren. Auch ist bekannt, dass Investitionen im sozialen Bereich, in Pflege oder Ausbildung, viel mehr Arbeitsplätze schaffen als Investitionen in Rüstungsproduktion. So müssen wir diese Diskussion mit den Gewerkschaften angehen. Sie müssen Abstand nehmen vom Militarisierungs-Gerede für Arbeitsplätze.

Dass die Rüstungsindustrie gut sei für Wirtschaft und Export sagte z.B. auch Mario Draghi in seinem einflussreichen Bericht über europäische Wettbewerbsfähigkeit von 2024. Und zur Exportförderung hat man schon längst angefangen, Rüstungsexporte weniger zu kontrollieren. Denn der europäische Binnenmarkt kann eine riesige Waffenproduktion selbst gar nicht absorbieren. Um die großen Investitionen wieder hereinzuholen, muss man exportieren, für eine profitable Rüstungsindustrie ist Export notwendig. Zugleich ist natürlich klar, dass wenn man Waffen in die ganze Welt exportiert, diese Welt viel gefährlicher und unsicherer wird. Diese Diskussion müssen wir auch führen: Das Wachstum der Rüstungsindustrie hängt zwingend mit wachsendem Waffenexport zusammen und wird zu weiteren Kriegen führen. Momentan ist in Brüssel von einer „Deregulierungswelle“ die Rede: Alles, was dem Profit im Weg steht, soll abgeschafft werden, nicht nur beim Rüstungsexport. Das geht sehr schnell und ist sehr destruktiv für die Gesellschaft.

Deregulierung und Finanzierung

Seit Jahren werden viele neue europäische Finanzierungsquellen für die Rüstungsindustrie geschaffen, wie etwa der

Europäische Verteidigungsfonds (engl. EDF). Außerdem werden zivile Quellen genutzt, z.B. der Regionalentwicklungsfonds – eigentlich zur Unterstützung wirtschaftlich marginalisierter Regionen. Der kann jetzt auch zum Ausbau der regionalen Rüstungsindustrie genutzt werden.

Sehr wichtig: Auch die Europäische Investitionsbank, die bisher nur für zivile Projekte zuständig war, ist seit 2024 Jahr nicht nur offen für die Rüstungsindustrie, sondern hat sogar eine spezielle Anlaufstelle für Anfragen zu Krediten dieser Industrie geschaffen.

Dabei ist klar, dass Geld, das in die Rüstung geht, nicht mehr für andere Ausgaben zur Verfügung steht. Das wird auch immer mehr Menschen klar und wir nähern uns dem Punkt, an dem die Gesellschaften diese riesige Militarisierung nicht mehr akzeptieren wollen. Mark Rutte hatte das bereits gespürt, als Trump 5% des Bruttoinlandsprodukts für das Militär forderte. Rutte hatte das dann kosmetisch ein bisschen umformuliert und sagte: es seien nur 3,5% fürs Militär und dann 1,5% zusätzlich. Das klang nicht so viel wie 5%.

Ursula von der Leyen war nicht so schlau, als sie weitere 800 Milliarden Euro für das Militär ankündigte. Sie kam direkt mit den 800 Milliarden Euro, obwohl nur 150 Milliarden wirklich durch Brüsseler Kreditaufnahmen aufgebracht wurden. Den Rest sollen die Mitgliedsstaaten hinzufügen.

Wenn alle europäischen NATO-Mitglieder ihre Militärausgaben auf 5% des Bruttoinlandsprodukts anheben, entstehen dadurch so viel Treibhausgase, wie von einem mittelgroßen Industrieland. Auch die grünen politischen Parteien und die Umweltgruppen müssen sich daher entscheiden, was sie wollen: Klimaschutz oder Militarismus.

Und tatsächlich werden die Beziehungen zwischen der Friedensbewegung und der Klimabewegung besser. Wir arbeiten daran, und sogar das größte internationale Klimanetzwerk, das Climate Action Network, hat das Thema aufgenommen und eine Arbeitsgruppe Klima und Militarismus gegründet. Dabei hilft, dass im Moment die südlichen Staaten der Welt im Climate Action Network die Führung haben. Sie sehen ganz klar, was Militarismus und Klima miteinander zu tun haben.



Jenseits der Abschreckung

Es gibt also eine Menge Themen, über die wir die Diskussion mit anderen Gruppen und Parteien angehen müssen. Die Ideen der Friedensbewegung sind gut – aber sie sind zu isoliert und sie werden kaltgestellt. Also müssen wir die Diskussion führen mit den Gewerkschaften und der Klimabewegung, auch den Sozialdemokraten und grünen Parteien und sie fragen, was sie denn wollen, wie sie sich das vorstellen: eine soziale und umweltfreundliche Gesellschaft, die durchmilitarisiert ist? Das geht nicht zusammen. Im Moment sagen sie: Man kann nur in einer sozialen und umweltfreundlichen Welt leben, wenn man sicher ist – und man ist nur sicher, wenn man mit Waffen „abschrecken“ kann. Und dann sind wir am Kern der Diskussion: Will man abschrecken oder will man abrüsten?

Es ist Zeit, dass Europa seine eigene Idee von Sicherheit entwickelt. In Brüssel sagt man jetzt: Europa sollte strategisch unabhängig werden von den USA. Und das soll ein weiterer Grund für höhere Militärausgaben sein. Aber im selben Moment sagen Mark Rutte und Ursula von der Leyen, die politischen Vertreter*innen von NATO und EU, dass Europa und die NATO eins seien, dasselbe Ziel haben, dieselben Werte vertreten. Und immer noch kaufen die europäischen Länder die meisten ihrer Waffen in den USA und das wird sich nicht ändern.

In Amsterdam haben wir letzten Sommer einen Friedensgipfel organisiert gegen den Kriegsgipfel der NATO. Was wir dort gelernt und besprochen haben, ist, dass wir auch eine Alternative zur von Trump geleiteten Sicherheit haben müssen. Wenn Europa Sicherheit will, muss es einen eigenen Plan haben, zunächst auch für einen Frieden in der Ukraine. Gegenwärtig bestimmt Trump ohne Europa und eigentlich auch ohne die Ukraine, wie es dort weitergehen soll. Doch es braucht noch eine weitere Perspektive: Wir wollen ein sicheres Europa aber nicht nur für die Europäer*innen, sondern für alle Menschen auf der Welt. Wir sind zusammen auf einem Planeten – auch mit Russland – auf verschiedene Weisen verbunden. Dazu müssen wir uns verhalten. Nicht nur mit Abschreckung!

Interessant ist, dass beim Thema Militarismus die Nationalstaaten momentan wieder versuchen, die Macht an sich zu ziehen – von Brüssel weg. Von der Leyen und ihre Kommission haben das Europaparlament bei diesem Thema mehr oder weniger kaltgestellt, aber vielen nationalen Regierungen gehen sie damit zu weit. Die Mitgliedstaaten wollen wieder selbst bestimmen und von der Leyen und ihre Kommission auf ihre Plätze verweisen. Das eröffnet uns auch eine Möglichkeit. Wir müssen das Thema Militarisierung der EU jetzt auf nationaler Ebene angehen. Denn am Ende wird Brüssel eigentlich von den nationalen Hauptstädten regiert.

Stop ReArm Europe

Als von der Leyen ihren Plan von 800 Milliarden bekannt gab, haben wir mit 13 europaweit agierenden Gruppen Stop ReArm Europe (<https://stoprearm.org>) gegründet. Innerhalb von zwei Wochen gab es einen gemeinsamen Aufruf gegen den milliardenschweren Aufrüstungsplan. Darin heißt es u.a.: *„Diese 800 Milliarden Euro werden gestohlen. Sie fehlen im Bereich Sozialleistungen, Gesundheit, Bildung, Arbeit, Friedensförderung, internationale Zusammenarbeit und Klimagerechtigkeit. Kriege werden wahrscheinlicher. Es entstehen mehr Schulden, mehr Sparmaßnahmen, mehr Grenzen. Rassismus wird sich verschärfen.“*

Dieser Aufruf wurde jetzt schon von vielen hunderten Gruppen aus ganz Europa unterschrieben. Und damit wurde ein europaweites Netzwerk gebaut, auf das wir jetzt weiter aufbauen können. In einigen Ländern, zum Beispiel in Italien, wo es eine ganz starke Friedensbewegung gibt, hat es schon Aktionstage gegeben.

Auch Stop ReArm Europe ist ein Netzwerk – ohne Sekretariat. Es gibt eine kleine Arbeitsgruppe von Menschen aus verschiedenen Ländern, die das weiterbringen wollen. Man organisiert Online-Veranstaltungen und Webinare zum Kennenlernen und um Wissen zu teilen. Stop ReArm Europa steht auf gegen die europäische Militarisierung. Und wir sind froh, dass wir u.a. die IMI aus Deutschland an Bord haben!

Die Zukunft ist olivgrün

Der Umbau von Staat, Industrie und Gesellschaft für das Kriegsgeschäft

von Andreas Seifert

Der politische Wunsch nach mehr Rüstung im eigenen Land, nach der Auffrischung der eigenen rüstungsindustriellen Basis, ist keine wirtschaftspolitisch sinnvolle Maßnahme – im Gegenteil. Dennoch wendet der Staat nicht nur finanzielle Ressourcen auf, sondern ist auch bereit, zu diesem Zweck einen gezielten Abbau von Bürokratie und rechtlichen Leitplanken zu betreiben, wie er auch bereit ist, Wertedebatten der letzten Jahre wieder zurückzudrehen. Dabei ist die selektive Rücknahme z.B. von Umweltauflagen mittelfristig auch anderen Unternehmen nicht zu versagen – d.h. der Umbau zugunsten einer Rüstungsindustrie gerät zu einem Umbau von Gesetzgebung und der Rücknahme von Auflagenkatalogen im Bereich von Arbeits- und Umweltrechten. Die Rüstungsindustrie in dieser Form zu hofieren, bedeutet in erster Linie, ihr und ihrem keineswegs gemeinwohlorientierten Treiben freie Bahn zu lassen. Der Abbau von Kontrollmechanismen nützt nicht der Effektivierung von Prozessen, sondern ist eine Begleiterscheinung einer gewollten Militarisierung.

Kontrollverlust in Kauf genommen

Bausteine für den Abbau rechtlicher Leitplanken sind in der letzten Zeit z.B. das Bundeswehrförderungsgesetz in Bayern (und anderer Bundesländer, die auf diesem Pfad folgen werden), die Bürokratiebeschleunigungsgesetze, die vordergründig die Beschaffungsbürokratie des Bundes betreffen, aber auch oft Eingriffe in andere Gesetzbereiche darstellen, wie z.B. in das Luftfahrtverkehrsgesetz. Die Priorisierung von Rüstungswirtschaft, die z.B. beim sogenannten Tariftreuegesetz ausgenommen wird, oder dass nun auch die Waffenproduktion in die Nachhaltigkeitskriterien der EU für Investitionen hineingerechnet wird, sind weitere Elemente, die diesen Trend sichtbar machen. Mit der zunehmenden Sonderstellung von Bundeswehr und Rüstungsindustrie in den gesetzlichen Vorgaben gehen zudem Einspruchs- und Mitspracherechte auf lokaler Ebene verloren.

Im bayerischen Bundeswehrförderungsgesetz, das einen gewissen Vorbildcharakter angenommen hat, sind

beispielsweise neben den auch in der Öffentlichkeit diskutierten Geboten zur Kooperation von Hochschulen mit dem Militär – also die faktische Abschaffung der Forschungsfreiheit und Zivilklauseln – auch Regelungen enthalten, die wesentlich in bestehende lokale Hoheiten und Befugnisse eingreifen.¹ So soll das Baurecht dergestalt angepasst werden, dass auf Bundeswehrliegenschaften weitgehend frei von baurechtlichen Vorgaben durch die sie umgebende Gemeinde gebaut und umgestaltet werden darf. Insbesondere Lärmschutz, Umweltschutz, aber auch der Denkmalschutz sollen den Notwendigkeiten der militärischen Nutzbarkeit unterworfen werden – Gemeinden und Anlieger sind in ihren Bedürfnissen damit nachrangig und ggf. den Entscheidungen der Bundeswehr und deren Konsequenzen ausgeliefert. Bestimmte Bauvorhaben sind demnach keiner weiteren Begutachtung oder gar Genehmigung vorzulegen. Insbesondere was den Denkmalschutz angeht, ist hier auch ein gesamtgesellschaftliches Gut betroffen, und der Bundeswehr wird ein Freibrief ausgestellt, sich der Erinnerungskultur zu entledigen, wo sie stört, oder sie gar so anzupassen, dass sie anderen Erinnerungszielen dienen kann.

Wie die Entmachtung lokaler Einspruchsmöglichkeiten aussieht, wird deutlich, wenn man sich die Überlegungen zum „Bau-Turbo“ in der Bundesgesetzgebung vor Augen führt.² Relevant sind dort beispielsweise die bisher begründet engen Vorschriften bei der Lagerung von Sprengmitteln und der Verarbeitung derselben. Nun möchte die Bundesregierung, dass die Industrie und das Militär Lager- und Produktionsstätten im Außenbereich errichten können und die Kommunen bei einer Versagung der Genehmigung (aus welchen Gründen auch immer) übergangen werden können. Wenn die Bundeswehr die Errichtung eines Sprengstofflagers plant, so können das Verteidigungsministerium und die Landesregierung die Kommune in ihrem Votum überstimmen. Hier wird deutlich, dass es im Zweifel gar nicht um eine „Beschleunigung“ von Prozessen geht, sondern darum, eigentlich nicht genehmigungsfähige Projekte umzusetzen. Die im Oktober 2025 angekündigte Rücknahme bereits zur Konversion freigegebener Liegenschaften durch die Bundes-

wehr ist ein ähnlicher Prozess, der in seiner Pauschalität lokale Belange nicht nur übergeht, sondern ihre ggf. schon durchgeführten Planungen nullifiziert. Einspruchsmöglichkeiten durch die Kommunen werden von vorneherein ausgeschlossen: Sie sind von nun an der „Gnade“ der Bundeswehr ausgesetzt.³

Ein krasses Beispiel, wie lokale Bedürfnisse fürderhin übergangen werden, ist der Ausbau des Sprengkapselwerkes in Troisdorf (NRW), das nicht gegen den lokalen Widerstand durchgesetzt wurde, sondern schlicht an ihm vorbei.⁴ Die staatlich verordnete oder tolerierte Missachtung von Bevölkerungswünschen ist auch bei der industriellen Konversion erwartbar bald die Regel.

Einzelne Bundesländer, beispielsweise Baden-Württemberg, gehen noch einen Schritt weiter. So galt für die Bundeswehr in gewissem Rahmen schon bisher eine Ausnahme von förmlichen Bauantrags- und Genehmigungsverfahren für ihre Bauprojekte auf ihren Liegenschaften. Ähnlich wie im Mitteilungsverfahren für Eigenheimbauten war die Anzeige eines Bauvorhabens ausreichend und damit die Erklärung abgegeben, dass das Vorhaben die einschlägigen Vorschriften der Bebauungsordnung erfüllt. Nun soll auch dies entfallen. Die Bundeswehr, so sieht es der am 16. Dezember 2025 vom Ministerrat beschlossene Entwurf des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen vor, soll pauschal von allen „materiellrechtlichen Vorschriften“ befreit werden. Was und wie auch immer also die Bundeswehr meint, für die Landesverteidigung bauen zu wollen, sie darf es: „Wir befreien die Bundeswehr beim Bau von Anlagen, die der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands dienen, von allen materiellrechtlichen Vorschriften des Landes. Das betrifft unter anderem das Bauordnungsrecht, das Denkmalrecht, das Straßenrecht, das Wasserrecht und das Naturschutzrecht.“⁵

Bayern möchte überdies, dass sich Landesbehörden die „Verteidigung“ stärker zu Eigen machen und bei allen Vorhaben „mitdenken“. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass die leitende Bürokratie angewiesen wird, priorisiert Projekte zu bearbeiten, die eine gewisse militärische Relevanz haben. Der Abwägungsprozess, bildlich gesprochen, ist dann: Nützt der Brückenneubau auch dem Militär oder der Rüstungsindustrie, oder nur der Landbevölkerung? Hier sind interessante Kämpfe um die Relevanz von Infrastrukturprojekten vorprogrammiert ... nein, sie sind dann schon entschieden.

Die Besonderheit des bayerischen Falls ist, dass hier nicht nur an das Militär (Bundeswehr) gedacht wurde, sondern auch an die Industrie. Der bei einer Kabinettsitzung am 21. Oktober 2025 auf den Weg gebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Verteidigungsindustrie sieht wieder viele Ausnahmen von Landesgesetzen vor – u.a. des Natur-, Umwelt- und Denkmalschutzes. Bayern will sich ebenfalls im Bereich der Forschung und Erprobung eine Stellung verschaffen und sieht die Einrichtung eines „Defense Lab Erding“ sowie die Erschlie-

ßung weiterer Geldquellen.⁶ Nicht nur hier wird deutlich, dass das bayerische Interesse an der Rüstung nicht dem Patriotismus entspringt, sondern vor allem ökonomisch begründet ist: Mehr Geld für Rüstung bedeutet mehr Geld für Bayern.

Beschaffungsreformen

Diese Form des „Bürokratieabbaus“ ist aber nicht auf das Schaffen vorteilhafter äußerer Bedingungen für Rüstung und Militär beschränkt, sondern umfasst auch die Aufweichung gesetzlicher Bestimmungen, die bisher dazu da waren, Korruption und Verschwendung zu limitieren. Der Staat setzt sich mit seinen „Reformen“ in der Beschaffung z.B. selektiv über die von ihm selbst aufgestellten Regeln für einen „fairen Wettbewerb“ hinweg und schafft sich die Voraussetzungen für die freie Vergabe von Aufträgen an bevorzugte Unternehmen. Besonders sichtbar ist dies am „Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr“⁷, in dem sich der Auftraggeber Bundeswehr die Freiheit nimmt, frei von den EU-Grenzwerten, ab denen eine EU-weite Ausschreibung zwingend ist, frei auch von anderen Wettbewerbsbeschränkungen oder der Vergabeverordnung und dem Haushaltsrecht, Beschaffungen zu tätigen und Aufträge für z.B. Bauleistungen beliebig zu vergeben. Auch die bereits in den allgemeinen Verwaltungsvorschriften hinterlegte Maßgabe klimafreundlicher Leistungen wird kurzerhand damit ausgehebelt. Dies ist ebenfalls ein Element von „whatever it takes“ des Kanzlers.

Darüber hinaus kann die Bundeswehr auch dann eine Auftragsvergabe einleiten, wenn sie noch gar kein Modell der eigentlichen Finanzierung hat. Bildlich gesprochen ist das so, als ob ein Einkäufer über die Waffenmesse läuft und einfach mal den Korb vollmacht, um am Ende eine (ggf. ungedeckte) Kreditkarte auf den Tisch zu legen. Weitere Ausnahmen betreffen beispielsweise die Beauftragung ganzer Lose ohne weitere Prüfung möglicher Unteraufträge. So entsteht z.B. die Möglichkeit, dass zum Bau einer Kaserne ein Generalunternehmer gebeten wird, der weder seine eigene Unterbeauftragung mehr offen legen noch über die Wirtschaftlichkeit dieser Unterbeauftragung Auskunft geben muss. Die Vorgabe der losweisen Vergabe sollte einmal sicherstellen, dass z.B. auch lokale Handwerker eine Chance haben, beim Bau lokal angesiedelter Kasernen beteiligt zu sein, und so auch die Kommune daran „verdienen“ kann – es ist eines der Elemente, mit denen man ggf. auch lokalen Widerstand gegen den Kasernenbau abfangen und kanalisieren kann. Es entsteht der Eindruck, dass man auf solche Gesten lokaler Verankerung verzichten kann.

Entscheidend bei dem Gesetzespaket ist aber, dass sich die Bundeswehr als Auftraggeberin im Falle einer Klage durch einen Konkurrenten des Auftragnehmers in eine Position rückt, in der sie ihre eigene Vergabe nicht mehr prüfen lassen muss. Bisher galt – und das war durchaus

auch dysfunktional –, dass sich ein Konkurrent bei Nichtberücksichtigung seines Angebotes an ein Gericht wenden und auf Gleichbehandlung pochen bzw. das Beschaffungsverfahren an der Stelle stoppen konnte. Diese Fälle hat es wiederholt gegeben, wie z.B. bei der Beschaffung der Bundeswehr Standard-Gewehre, wo Heckler&Koch die Vergabe an Haenel hinterfragen und erst nach fünf Jahren für sich entscheiden konnte. Ein jüngeres Beispiel wäre die Vergabe der Beschaffung von Bergepanzern an Rheinmetall statt an die Flensburger Fahrzeugwerke (FFG). Die FFG produziert den „Wisent“ für rund 11 Mio. € das Stück, Rheinmetall seinen „Büffel“ für 20 Mio. € – funktional scheinen beide Modelle gleichwertig. Trotz des offensichtlichen Preisnachteils erhielt Rheinmetall den Zuschlag: bei 23 Stück immerhin 207 Mio. € Mehraufwand. Die Begründung der Bundeswehr in diesem Falle: Man wollte einen gleichen Ersatz für die an die Ukraine abgegebenen Fahrzeuge haben.⁸ Böse Zungen sehen hierin auch eine Industriepolitik, die dem Platzhirsch Rheinmetall weiterhilft, seine Marktmacht auszubauen.⁹

Grundtendenz Militarisierung

Die Grundtendenz dieser jüngsten Gesetze und Gesetzesinitiativen ist es, den Staat selbst auf die Erfüllung militärischer Bedürfnisse zuzuschneiden. Immer mehr Lebensbereiche werden daran ausgerichtet. Dieser Trend wird sich auch in der unmittelbaren Daseinsfürsorge, wie z.B. dem Gesundheitssystem oder dem Katastrophenschutz, aber auch in der Infrastrukturpolitik fortsetzen. Die zivilmilitärische Zusammenarbeit wird konzeptionell an den Bedürfnissen des Militärs und seiner Agenten ausgerichtet, nicht an den Bedürfnissen lokaler Bevölkerungen.¹⁰

Auch auf EU-Ebene ist diese Grundtendenz zu beobachten – wohlgermerkt nicht nur in den Konzepten der generellen Aufrüstung, also der Bereitstellung von Geldern aus den verschiedensten, bisher und eigentlich ausschließlich zivilen Förderrichtlinien.¹¹ Ganz entscheidend und struktureller Natur ist die (endgültige) Auflösung der Grenzen zwischen zivilen und militärischen Zweckbestimmungen.

Bemerkenswert ist dabei vor allem die Aufhebung des bisher geltenden Ausschlusses von militärischen oder rüstungsbezogenen Investitionen in den Nachhaltigkeitszielen. In der ursprünglichen Formulierung dieser Nachhaltigkeitskriterien war der Verteidigungssektor teilweise ausgeschlossen, was auch einen bevorzugten Zugang zu Krediten der Banken ausschloss – Rüstung „musste“ über nicht begünstigte Kredite finanziert werden, was insbesondere der Rüstungsindustrie schon immer ein Dorn im Auge war, weil es die Hürden für eine Finanzierung und das Risiko erhöhte. Nun ist es für diese möglich, preiswerter an Kredite zu kommen, und Rüstungstitel dürfen auch wieder in als „nachhaltig“ charakterisierte Aktienfonds etc. integriert werden.

Schließlich, und dies scheint ein willkommener Nebeneffekt des Geredes von der Kriegstüchtigkeit zu sein, wird Widerstand gegen jeden einzelnen dieser Aspekte diffamiert und damit auch einer vorauseilenden Strafverfolgung anheimgestellt. Der „Schutz“ der Rüstungsindustrie mündet auch in die polizeiliche Begleitung des Protests gegen sie. Dies wird, so steht zu erwarten, vor allem dann relevanter werden, wenn soziale Einschnitte bestehende Ungleichheiten vertiefen. Lokaler Widerstand wird dann nicht nur, wie schon jetzt allenthalben, medial totgeschwiegen, er wird zunehmend auch einer systematischen Diffamierung ausgesetzt sein.¹² Bereits jetzt wird Konformität eingefordert und abweichende Argumente bekommen keine Aufmerksamkeit mehr.

Anmerkungen

- ¹ Siehe auch: Andreas Seifert, Patriotismus und Ökonomie, Bayern macht die Militarisierung zum Gesetz, IMI-Analyse 7/2024.
- ² Laura Hülsemann, Bau Turbo, Munitionslager sollen auch gegen den Willen der betroffenen Kommunen gebaut werden, Welt, 10.10.2025.
- ³ Siehe hierzu genauer Jürgen Wagner, Das Ende der Konversion, Ausdruck, 4/2025, S. 62-65.
- ⁴ Andreas Seifert/Jürgen Wagner, Roter Teppich für die Rüstungsindustrie, Ausdruck, 2/2025, S. 22-25.
- ⁵ Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg, Land erleichtert Bauvorhaben der Bundeswehr, Pressemitteilung 30.10.2025.
- ⁶ Gesetzentwurf der Staatsregierung: Gesetz zur Förderung der Verteidigungsindustrie, 21.10.2025.
- ⁷ In der Endversion soll das Gesetz Bundeswehr-Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz – BwPBGG heißen. Zum Gesetzgebungsprozess siehe die Webseite beim Bundeswirtschaftsministerium, sowie den dazugehörigen Kabinettsbeschluss. Das Gesetz selbst ist in seiner letzten Fassung vom 1.10.2025, Drucksache 21/1931.
- ⁸ Katharina Seiler, Panzer Auftrag: FFG in Flensburg geht leer aus, NDR, 5.9.2025.
- ⁹ Siehe z.B. Christian Schweppe, Milliarden für Rüstungskonzerne, Wer am meisten von der Zeitenwende profitiert, ZDFheute.de, 25.6.2025.
- ¹⁰ Das soll an dieser Stelle nicht vertieft werden, exemplarisch sei aber auf das vom Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit herausgegeben Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 verwiesen.
- ¹¹ Auch das soll hier nur kurz angerissen werden – siehe als genauere Einstieg Jürgen Wagner, Militärausgaben und Sozialabbau. Rüstung statt Rente – Kanonen statt Butter, IMI-Studie Nr. 1b/2025, Juni 2025.
- ¹² Beispielhaft wäre dies deutlich zu machen am Protest gegen Rheinmetall im August 2025. Christoph Marischka, Kriegstüchtig: Der Kölner Kessel und die Berichterstattung, Ausdruck 4/2025, S. 30-32.

Der vorliegende Text ist ein Auszug aus der gleichnamigen Studie, in der anhand von vier grundlegenden Thesen ein Bild der Rüstungsindustrie in Deutschland gezeichnet wird. Die Studie steht ab Mitte März online zum Download bereit.

Aufrüstung um jeden Preis

„Orte der Aufrüstung“ und das Zukunftswerk Osnabrück
als konkreter Kampf

von Tobi Rosswog

„Whatever it takes“ – mit diesen Worten fasst Bundeskanzler Merz am 4. März 2025 auf einer Pressekonferenz die Aufhebung der Schuldenbremse zusammen, um die Militarisierung der Gesellschaft massiv voranzutreiben. Am 25. Juni 2025 beschließt die NATO in Den Haag ihr Fünf-Prozent-Ziel vom Bruttoinlandsprodukt. Für Deutschland hätte das im Jahr 2024 Militärausgaben von 215,27 Milliarden Euro bedeutet – fast die Hälfte des gesamten Bundeshaushalts. Der Boom der Rüstungsindustrie zieht einen gigantischen Umbau der Wirtschaft nach sich. Produktionskapazitäten werden verschoben, zivile Zukunftsprojekte – etwa für Verkehrswende, Pflege oder Klimaschutz – geraten ins Hintertreffen oder verschwinden ganz.

Wie weit die Militarisierung bereits gesellschaftlich normalisiert ist, zeigen drei Zitate, die für sich sprechen:

„Mit Sozialleistungen und mit Bildung lässt sich dieses Land nicht verteidigen.“ Boris Pistorius (SPD), Bundesverteidigungsminister, ZEIT, 21.5.2025

„Bei Rheinmetall werden wir in einigen Bereichen die Kapazitäten nicht nur verdoppeln, sondern verzehnfachen.“ Armin Papperger, Vorstandschef Rheinmetall, Handelsblatt-Konferenz „Wirtschaftsfaktor Rüstung“, 4.9.2025

„In der Stahl- und Automobilindustrie stehen wir vor enormen strukturellen Herausforderungen. Gleichzeitig muss die Verteidigungsindustrie sehr zügig und im großen Maßstab skalierbar wachsen. Wir prüfen daher, wie die Umrüstung und Ertüchtigung vorhandener Werke für die Bedarfe der Verteidigungsindustrie unterstützt werden können.“ Koalitionsvertrag CDU/CSU/SPD, 21. Legislaturperiode, „Verantwortung für Deutschland“

Was will „Orte der Aufrüstung“?

Auf der Webseite der Initiative heißt es: „Wir stellen uns gegen eine katastrophale Konversion rückwärts – in Osnabrück & überall! Denn: Überall schreitet die Militarisierung der Gesellschaft voran. Von zivil zu militärisch in Richtung Kriegstüchtigkeit: Fabriken, Softwarefirmen, Krankenhäuser, Bahnstrecken. Jeder Mensch, der in die

Rüstung wechselt, fehlt in Pflege, Gesundheit, Bahn und Klimaschutz. Genau hier können wir den Wahnsinn aufhalten: Durch Verweigerung und Widerstand in den Betrieben und den Orten der Aufrüstung. Ein widerständiges Symbol gibt es bereits: In Osnabrück will Rheinmetall das VW-Werk übernehmen. Und auch an anderen Orten regt sich bereits der Widerstand. Organisieren wir uns gemeinsam: Kämpferische Arbeiter*innen, kreative Aktivist*innen und engagierte Zivilgesellschaft. Verhindern wir die Militarisierung – vor Ort und überall.“

Mit der Webseite soll der Widerstand eine Stimme erhalten. Die Karte verweist auf Orte in Deutschland, an denen Militarisierung auf unterschiedlichen Ebenen sichtbar ist – und zugleich auf Orte, an denen Protest stattfindet und unterstützt werden kann. Ziel ist es, Anregungen für lokales Handeln zu geben.

Dazu ein Faktencheck: Rüstung schafft keine sichere Zukunft! Immer wieder wird behauptet, der Rüstungsboom sichere Arbeitsplätze und nütze der Gesamtwirtschaft. Das ist so nicht haltbar. Dort, wo Produktionskapazitäten von zivil auf militärisch umgestellt werden, gibt es keine vollständige Arbeitsplatzsicherung. Beispiele sind Görlitz, wo KNDS das Alstom-Werk übernommen hat und künftig Panzer statt Züge produzieren will, oder Gifhorn, wo Rheinmetall Teile des ehemaligen Conti-Geländes nutzt. Auch gesamtwirtschaftlich ist der Nutzen fraglich: Eine Studie der Universität Mannheim zeigt, dass sich jeder in Rüstung investierte Euro am Ende halbiert – es bleiben etwa 50 Cent Wertschöpfung. Investitionen in Infrastruktur hingegen verdoppeln sich, Investitionen in Bildung verdreifachen sich sogar.

Osnabrück im Fokus: „ÖPNV statt Panzer“

Der Ausgangspunkt ist das VW-Werk Osnabrück, wo offen ist, wie es ab 2027 weitergeht. Rheinmetall bekundet Interesse an einer Übernahme. Während die deutsche Automobilindustrie in der Krise steckt, verzeichnet Rheinmetall Rekordaufträge. Bestehende Industrieanlagen zu übernehmen, ist für den Konzern der schnellste Weg zur Produktionsausweitung.



Aktion von Robin Wood in Osnabrück, Foto: Robin Wood.

Ein Blick auf die Berichterstattung zeigt die Dynamik: „Jetzt ist plötzlich alles weg – Osnabrück bangt um VW-Werk. Für Osnabrück war Volkswagen einst der Retter. Nun dürfte das niedersächsische Werk ganz oben auf der Streichliste stehen.“ Handelsblatt, 29.10.2024.

Das VW-Werk in Osnabrück beschäftigt rund 2.300 Kolleg*innen. Produziert wurden hier über Jahre unter anderem Cabrio-Modelle sowie Fahrzeuge für Porsche – zuletzt auch die MOIA-Kleinbusse. Bemerkenswert ist, dass diese Kleinbusse innerhalb von nur elf Monaten gemeinsam mit VW Nutzfahrzeuge vor Ort entwickelt wurden. Damit war am Standort nicht nur industrielle Kompetenz vorhanden, sondern auch die Fähigkeit, in kurzer Zeit neue Produkte für eine andere Mobilität auf den Weg zu bringen.

In der konkreten Ausgestaltung von MOIA folgte das Projekt jedoch einer plattformkapitalistischen Logik: Als hochpreisiger Ridepooling-Dienst in Hamburg stellt es eine Luxuskonkurrenz zum öffentlichen Personennahverkehr dar und leistet keinen Beitrag zu einer sozial-ökologischen Verkehrswende. Als öffentlich integrierte Kleinbusse, insbesondere im ländlichen Raum, wäre genau diese Form von Fahrzeugen jedoch dringend notwendig – und davon bräuchte es deutlich mehr.

„Weihnachtswunder von Hannover sichert Volkswagen-Standorte ab. Betriebsbedingte Kündigungen, Werkschließungen und Einschnitte in das laufende Monatseinkommen beim Autobauer abgewendet.“ IG Metall, 20.12.2024.

Schon kurz auf den von der IG Metall herbeigeführten Tarifabschluss, der auch das Werk in Osnabrück sichern sollte, machten u.a. kämpferische VW-Kolleg*innen klar, dass dieser Abschluss kein Grund zur Entwarnung ist.

Eskalation der Debatte

„Militärfahrzeuge von VW? Konzern ist offen. Welche Wege findet VW aus der Krise - insbesondere in Osnabrück und Dresden?“ titelt zdfheute am 11.3.2025. Die Produktion in der gläsernen Manufaktur in Dresden ist mittlerweile eingestellt. Aber was wird aus Osnabrück?

Zwei Tage später folgt der NDR: „Rheinmetall-Chef: VW-Werk in Osnabrück gut für Rüstung geeignet“

Auch die Porsche Holding SE, Hauptanteilseignerin von VW, mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Wolfgang Porsche, Enkel des Kriegsverbrechers Ferdinand Porsche, möchte in Zeiten, wo die Profite eher mit Rüstung statt mit Autos zu machen sind, wieder zurück zu den Wurzeln und positioniert sich neu. Das Handelsblatt schreibt am 13.8.2025: „Porsche SE setzt auf Rüstung – Gewinn eingebrochen. Die Situation in der Autoindustrie ist angesichts von US-Zöllen und der Flaute in China schwierig.“

An diese gesellschaftliche Stimmung anknüpfend, veranstaltet das Handelsblatt ausgerechnet am Antikriegstag, dem 1. September 2025, in Düsseldorf eine Konferenz unter dem Titel „Wirtschaftsfaktor Rüstung – Motor für den Industriestandort Deutschland?“ Dass das Fragezeichen dabei eher ein Ausrufezeichen ist, wird spätestens mit Blick auf das Programm deutlich. Die Veranstaltung versammelt zentrale Akteur*innen aus Politik, Militär, Rüstungsindustrie und Gewerkschaften, die gemeinsam die militärische Umrüstung der Industrie vorantreiben.

Ein besonders prägnantes Beispiel ist Annette Lehnick-Emden, Präsidentin des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) aus Koblenz. In einem Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 14.8.2025 bringt bereits die Überschrift die Stoßrichtung auf den Punkt: „Kriegswirtschaft in Osnabrück? Chefeinkäuferin der Bundeswehr: ‚VW könnte auch Panzer bauen‘.“

Ebenfalls Teil des Programms ist Jürgen Kerner, zweiter Vorsitzender der IG Metall. Er steht exemplarisch für die zunehmende Annäherung von Gewerkschaftsspitzen an rüstungsindustrielle Interessen. Bereits Anfang 2024 veröffentlichte Kerner gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) sowie dem Wirtschaftsforum der SPD das Positionspapier „Souveränität und Resilienz sichern“. Schon der Titel der begleitenden Pressemitteilung macht die politische Richtung unmissverständlich klar: „Verteidigungsindustrie zukunftsfähig machen“.

Damit wird deutlich, wie eng politische Entscheidungsträger*innen, militärische Beschaffungsstellen, Rüstungskonzerne und Teile der Gewerkschaftsführung mittlerweile zusammenarbeiten, um die militärische Umrüstung ganzer Industriezweige gesellschaftlich zu legitimieren und praktisch voranzutreiben. Dabei steht in der Satzung der IG Metall (§ 2), sie setze sich für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung ein – ein zunehmender Widerspruch zur realen Praxis.

Politische Rückendeckung gibt es auch auf Landesebene: Im Sommerinterview des NDR bezeichnet Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) die Rüstungsindustrie als „starkes Standbein“ des Landes. Das ist insofern bemerkenswert, da Niedersachsen mit 20 Prozent Anteil und einer Sperrminorität zweitgrößter Aktionär von VW ist. Die Kräfteverhältnisse scheinen klar: Rheinmetall soll übernehmen. Doch was ist noch möglich?

Druck von unten: Zukunftswerk Osnabrück

Einen wichtigen Hinweis darauf, wo konkrete Handlungsspielräume liegen, liefert eine Mitteilung des Betriebsrats im VW-Werk Osnabrück. In der „Wichtigen Info...“ vom 29.4.2025 heißt es unmissverständlich: „Alternativen außerhalb des zivilen Fahrzeugbaus für Volkswagen sind weiterhin in Abstimmung – aber abhängig von politischen Entscheidungen.“ Direkt im Anschluss folgt – bewusst hervorgehoben – der Satz: „Wir sind bereit!“

Diese Formulierung ist mehr als ein rhetorischer Nachsatz. Sie benennt den entscheidenden Punkt: Die Zukunft des Standorts ist keine technische oder ökonomische Frage, sondern eine politische. Auch wenn spätere öffentliche Aussagen der IG-Metall-Führung inhaltlich alles andere als progressiv ausfallen, wird hier ein zentraler Punkt ausgesprochen: Ohne politischen Druck wird es keine zivilen Alternativen geben.

Gerade in der Friedensstadt Osnabrück, die diesen Titel gemeinsam mit Münster aufgrund des Westfälischen Friedens von 1648 trägt, geht es deshalb darum, Druck von unten aufzubauen und gesellschaftliche Mehrheiten zu verschieben. Politische Entscheidungsträger*innen reagieren selten aus Überzeugung – sie reagieren auf Stimmungen, Konflikte und Kräfteverhältnisse. Am Ende sind sie nichts anderes als Fähnchen im Wind.

Genau an diesem Punkt setzt der wachsende, kreative Widerstand gegen die Übernahmepläne von Rheinmetall an. Unterschiedlichste Akteur*innen – Beschäftigte, Initiativen, Aktivist*innen und Teile der Stadtgesellschaft – beginnen sich zu vernetzen. Aus diesem Prozess heraus formiert sich das Zukunftswerk Osnabrück, das seine Forderungen klar und unmissverständlich in drei Punkten zusammenfasst:

1. Verhinderung einer Rheinmetall-Übernahme oder anderer Rüstungsumstellungen
2. Erhalt aller Arbeitsplätze und Entwicklung langfristiger Sicherheit
3. Entwicklung von Perspektiven einer Konversion und Vergesellschaftung des Werks

Eine reale Alternative

Unter dem Titel „Volkswagen vor Grundsatzentscheidung: Panzer oder Kleinbus?“ zeigen Stephan Krull und Mario Candeias (der Freitag, 8.8.2025) eine konkrete Perspektive auf: „Tatsächlich werden in Osnabrück bereits jetzt Kleinbusse für den öffentlichen Personennahverkehr in Hamburg und Hannover gebaut. Daran könnte man anschließen, wenn man wollte.“

Kreativer Widerstand wirkt, aber es muss weiter gehen

Lokale Schlagzeilen geben einen Eindruck der Proteste: „RIP Friedensstadt Osnabrück“: Aktivisten stellen Holzkreuze gegen den Krieg auf (NOZ, 22.10.2025)

„Straßenschilder in Osnabrück überklebt – Aus dem Vaterlandsweg [...] haben Aktivisten zwischenzeitlich die „Deserteursstraße“ gemacht.“ (NOZ, 13.11.2025)

„Heger Tor beschmiert: Rausmetall protestiert gegen Aufrüstung in Osnabrück“ (NOZ, 26.11.2025)

Nach einer intensiveren Phase kreativer Intervention titelt beispielsweise ntv am 27. November 2025: „Rheinmetall winkt bei VW-Werk in Osnabrück vorerst ab“.

Doch Entwarnung ist das nicht. Zum einen: Rheinmetall möchte auch Druck in der Öffentlichkeit erzeugen, um noch mehr Großaufträge zu bekommen. Zum anderen: Ohne zivile, bedarfsorientierte Perspektive bleibt das Werk gefährdet.

Osnabrück als Symbol

Deshalb bleiben die Initiativen präsent: vor den Werkstoren, in Gesprächen mit Kolleg*innen, in der Stadtgesellschaft. Am 31. Januar 2026 veranstalteten sie ein antimilitaristisches Winterfest direkt vor dem Werk – gut besucht, trotz Kälte, auch überregional. Osnabrück kann ein Symbol werden: gegen die Militarisierung der Gesellschaft und gegen Aufrüstung. Was es braucht, ist klar: Druck von unten. Und den können wir nur gemeinsam aufbauen.

Mehr Infos unter: zukunftswerk-osnabrueck.de



Operationsplan Deutschland

Was Militärs und Behörden für die Heimatfront planen

von Martin Kirsch

Mit dem Operationsplan Deutschland (OPLAN) liegt inzwischen eine – geheime – Blaupause für die zivil-militärische Vorbereitung auf den Kriegsfall in Friedenszeiten vor. Im Folgenden soll der OPLAN anhand dessen, was sich aus öffentlichen Quellen erschließen lässt, in seinen wesentlichen Elementen kurz vorgestellt und sich anschließend auf dessen kernmilitärischen Teil fokussiert werden. Es soll beschrieben werden, auf welche Weise und in welchen Bereichen die Bundeswehr unter Berufung auf einen permanenten Quasi-Kriegszustand schon heute zivile Akteure, Strukturen und Organisationen in ihre Planungen für den Ernstfall einbezieht.

Geheime Entstehung

Salopp formuliert handelt es sich beim OPLAN zunächst einmal um ein Dokument, also um einen großen Haufen Papier oder eine große Computer-Datei – er hat eine hohe Einstufung und ist nicht für die Augen der Öffentlichkeit bestimmt: „Der Operationsplan Deutschland umfasst rund 1.400 Seiten und ist als Gesamtdokument geheim eingestuft. Aus Gründen der nationalen Sicherheit ist das Dokument nicht öffentlich als Download verfügbar.“¹

Obwohl also kaum jemand das Papier zu Gesicht bekommen hat, gibt es eine Reihe von Veröffentlichungen, die Rückschlüsse auf seine Inhalte zulassen. Dazu gehört zum Beispiel die vom Presse- und Informationszentrum des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr herausgegebene Broschüre „Operationsplan Deutschland: Eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe“.²

Außerdem gibt es diverse Militärs, die in Interviews Teile durchblicken lassen. Zu den Ursprüngen des OPLANs gab etwa General André Bodemann, der Kommandeur Territoriale Aufgaben, im April 2024 zu Protokoll: „Wir haben vor rund einem Jahr mit diesem Plan begonnen und mussten fast alles neu denken. Beteiligt daran waren rund 150 Experten aus Bundeswehr, Bund und Ländern, an rund 100 Tagen haben wir unter ‚geheim‘ getagt. Und was wir jetzt haben, ist ein ‚lebendes Dokument‘, es wird also ständig fortgeschrieben. [...] Am 27.

März [2024] haben wir den Plan dem Generalinspekteur vorgelegt. Nach dessen Billigung setze ich als Nationaler Territorialer Befehlshaber diesen Plan, der mehrere, auf die Bedrohungslage abgestufte Maßnahmen beinhaltet, in Kraft.“³

Unter „geheim“ tagen bedeutet, dass der Plan in abgeschotteten Räumen ohne Handynutzung erarbeitet wurde und es den Beteiligten – Personen aus der Bundeswehr, der Bundesregierungs-Ebene, den Länderregierungen und aus den Kommunen – strikt verboten ist, darüber zu berichten, was dort eigentlich passiert ist. Als „lebendiges“ Dokument, das permanent überarbeitet wird, soll eine zweite Fassung bereits Mitte 2026 vorgelegt werden.

Grauzone Beinahe-Krieg

Entscheidend am OPLAN ist, dass seine Planungen aus der Behauptung abgeleitet (und legitimiert) werden, dass wir uns nicht mehr im Frieden befänden. So äußerte sich etwa General Bodemann gegenüber der FAZ wie folgt: „Früher gab es nur Null oder Eins, Frieden oder Krieg. Heute liegt dazwischen eine lange Strecke hybrider Bedrohungen. Schon heute gilt: Wir sind nicht im Krieg, formaljuristisch, aber wir befinden uns auch schon lange nicht mehr im Frieden, weil wir täglich bedroht und auch attackiert werden. Trotzdem müssen wir natürlich über die zivilen Beiträge zur Gesamtverteidigung reden.“⁴ Wie auch der gesamte OPLAN sieht uns Bodemann also in irgendeinem Zwischenzustand, wo die klassischen Kriegsdefinitionen noch nicht greifen, aber auch kein Frieden mehr herrschen soll.⁵

Aus Bundeswehrsicht besteht dabei das Problem, dass viele „nützliche“ Gesetze im Frieden nicht oder kaum zur Anwendung kommen – sie greifen erst bei zunehmenden Eskalationsstufen in Richtung Krieg. In der Broschüre „Gesamtverteidigung Deutschland. Ein gemeinsamer Auftrag für unsere Gesellschaft“ listet die Bundeswehr zwölf solcher Gesetze auf, die erst unter bestimmten Bedingungen zum Tragen kommen: Normalzustand, Grauzone, Bündnisfall, Zustimmungsfall, Spannungsfall und Verteidigungsfall. Rechtlich klar geregelt sind ledig-

lich vier der fünf vom Frieden wegführenden „Eskalationsstufen“: „Das Rechtsregime des äußeren Notstands legt Ausnahmevorschriften an und unterscheidet dabei vier Eskalationsstufen: Den Fall besonderer Zustimmung („Zustimmungsfall“), den Spannungsfall, den Bündnisfall sowie den Verteidigungsfall. Diese unterschiedlichen Fälle sind an klar umrissene verfassungsrechtliche Voraussetzungen geknüpft und bedürfen grundsätzlich einer Feststellung durch den Bundestag mit der jeweils erforderlichen Mehrheit.“⁶

Entscheidend ist also diese rechtlich nicht klar definierte „Grauzone“ und wie die Bundeswehr in diesem Beinahe-Krieg nun Zugriff auf zivile Ressourcen bekommen kann, um sie schon heute in die Vorbereitung militärischer Auseinandersetzungen zu integrieren. Zivile Akteure sind damit nach Auffassung von General Bodemann integrale Bestandteile der Gesamtverteidigung, die er wie folgt definiert: „Verantwortlich dafür ist das Bundesministerium des Innern und für Heimat. Ich bin für den militärischen Teil von Gesamtverteidigung zuständig. Wir befassen uns mit der Frage, welche zivile Unterstützung brauchen wir, um die territoriale Integrität des Landes zu verteidigen oder wiederzuerlangen. Wie erhalten wir die Regierungsfähigkeit, wie schützen wir wichtige Infrastrukturen – das kann die Bundeswehr allein absolut nicht tun, deswegen brauchen wir die Unterstützung der zivilen Seite.“⁷

Fokus Aufmarsch

Im Mittelpunkt des OPLANs stehen Maßnahmen, um den reibungslosen Auf- bzw. Durchmarsch an die Ostfront zu ermöglichen, lässt sich bei der Bundeswehr nachlesen: „Wesentlicher inhaltlicher Schwerpunkt des Operationsplan Deutschland ist die Beantwortung der Frage, wie die Bundesrepublik den geplanten Aufmarsch und die Versorgung verbündeter als auch eigener Streitkräfte im Bündnisfall gewährleisten kann. Entsprechend der Planungen der NATO müssen hierbei Hunderttausende Soldatinnen und Soldaten mit unterschiedlichen Bereitschaftsgraden durchgängig logistisch und medizinisch versorgt sowie geschützt werden. [...] Dies umfasst Unterstützungsleistungen bei Schutz und Sicherung, Verkehrsleitung, Transport und Umschlag auf Straße, Schiene sowie in See- und Flughäfen, Unterbringung und Verpflegung, Betankung und Instandhaltung, medizinischer Versorgung bis hin zur Rechtsberatung. Diese Aufgabe ist – ohne langen Vorlauf und über lange Zeit – nur mit den Leistungen zivil-gewerblicher Partner sicherzustellen.“⁸

Es geht also vor allem um den Aufmarsch der NATO von Westen gen Osten, wofür Deutschland nördlich der Alpen der zentrale Knoten ist, durch den alles durch muss, danach kommen Nord- und Ostsee. Konkrete Manöver geben dann einen kleinen Einblick in die möglichen Rollen nicht-militärischer Akteure: In einer Teilübung von „Steadfast Defender“ zog z.B. im September 2025 eine Bundeswehr-Brigade nach Litauen und machte dabei

Rast in Prenzlau (Brandenburg). Unter dem Generalunternehmer Rheinmetall gab es dann dort einen bewaffneten zivilen Sicherheitsdienst, der das Gelände bewachte sowie zivile Angestellte, die die LKWs betanken und warteten; es gab einen zivilen Caterer und es gab zivile Firmen, die Zelte und Betten zur Verfügung stellten, weil sich die eigene Logistik im Kriegsfall oder in der Vorbereitung davon in den Plänen der Bundeswehr bereits in Polen, in Litauen oder andernorts entlang der Frontlinie befände.

Wichtig ist, dass nicht nur der reibungslosen Verlegung an die Ostfront, sondern auch den Rücktransporten ins Hinterland große Bedeutung beigemessen wird: Von Westen müssen also NATO-Truppen, Gerät, deren Versorgungsgüter wie Treibstoff, Essen, Munition usw. nach Osten und umgekehrt müssen verwundete und tote Soldat*innen oder zum Beispiel auch Kriegsgefangene gen Westen zurücktransportiert werden.

Arbeitsgruppen

Was die im OPLAN konkret adressierten Themenfelder angeht, hat „Frag den Staat“ ziemlich hartnäckig nachgebohrt. Bekommen haben sie nicht allzu viel, aber doch einen Flyer, der sieben Arbeitsgruppen auflistet, deren Themen augenscheinlich im Operationsplan ausgearbeitet wurden.⁹

AG1 „Definition ziviler Unterstützungsbedarfe“: Was kann die zivile Seite für die Bundeswehr tun?

AG2 „Lebens- und verteidigungswichtige Strukturen“: Was ist allgemeine kritische Infrastruktur? Was ist zivile Infrastruktur, die für das Militär wichtig ist? Und was ist militärische Infrastruktur, die speziell geschützt werden muss – das ist der Teil, der für den Operationsplan Deutschland besonders wichtig ist.

AG3 „Führungsfähigkeit und gesamtstaatliches Lagebild“: Deutschland hat als föderaler Staat im Gegensatz zum Militär im Zivilbereich keine geraden Befehlswege. Es geht also darum, wie eine Befehlskette etabliert werden kann – auch wenn es diese Strukturen eigentlich nicht gibt –, die irgendwie aus Berlin den Kommunen sagen kann, was sie zu tun haben. Wie es gelöst werden soll, ist unklar, aber auf jeden Fall wird sich fleißig darüber Gedanken gemacht.¹⁰

AG4 „Personal und Gesundheit“: Die im Flyer aufgelisteten Bereiche für diese Arbeitsgruppe umfassen „Wehrersatzwesen“; „Kriegsgefangenenwesen“; „Gefallene“; „Fluchtbewegungen“; „Betreuung und Fürsorge“; „psychosoziale Unterstützung“; „Gesundheitsversorgung“.

AG5 „Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsleitung“: Dazu im Flyer: „Die AG thematisiert die Ertüchtigung der nationalen Verkehrsinfrastruktur und die Erhöhung ihrer Widerstandsfähigkeit mit dem Ziel, in Krise und Konflikt den militärischen Anforderungen unter Berücksichtigung der zivilen Herausforderungen gerecht werden zu können.“

AG6 „Military Mobility“: Die Truppen müssen auch Grenzen überqueren, weshalb sich unter anderem über Dinge wie Zollkontrollen Gedanken gemacht wird. Es geht um die „Vereinfachung, Standardisierung und Beschleunigung von Verfahren sowie die Modernisierung von Infrastruktur, um Truppen und Material schneller grenzüberschreitend verlegen zu können“.

AG7: „Strategische Kommunikation“: Man könnte dazu auch Propaganda sagen, also wie adressiert man die Bevölkerung so, dass sie gefälligst irgendwie an diesem Operationsplan Deutschland mitarbeitet? Da das Dokument geheim ist, wissen wir nicht, ob diese Strategische Kommunikation im Sinne des Operationsplans jetzt schon stattfindet oder erst wenn Fall X oder Y ausgerufen wird, von dem wir dann aber möglicherweise auch gar nichts mitbekommen. Jedenfalls wird sich hier auf höchster Regierungsebene Gedanken darüber gemacht, wie man die Bevölkerung propagandistisch adressiert, um sie ins Glied zu rücken.

OPLAN-Heimatschutztruppe

Von militärischer Seite ist auf oberster Ebene das Operative Führungskommando in Berlin für den OPLAN zuständig, das mit Bundesregierung und NATO kommuniziert. Ihm unterstellt gibt es Landeskommandos in allen Landeshauptstädten, die mit den Landesregierungen und deren Behörden in Kontakt stehen. Und unterhalb davon, weitestgehend aus der Reserve besetzt, existieren Kreis- und Bezirksverbindungskommandos, das heißt, in jedem Kreis, in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Regierungsbezirk gibt es ein kleines Bundeswehrkommando, das sozusagen ebenengerecht mit den jeweiligen Behörden kommuniziert, um im Fall der Fälle das auch alles irgendwie gangbar zu machen.

Neben diesen organisierenden gibt es auch noch ausführende Kräfte bei der Bundeswehr. Das ist der sogenannte Heimatschutz, der gerade massiv ausgebaut wird. Aktuell gibt es sechs Regimenter, zusammen 500 aktive Soldat*innen und um die 6.000 Reservistinnen und Reservisten, die dafür da sind, mit der Waffe ebendiese militärrelevante Infrastruktur in Deutschland zu schützen. Kürzlich kündigte der scheidende Heeresinspekteur Alfons Mais aber an, er sehe für die Heimatschutztruppe einen Bedarf von 9.500 Aktiven sowie 138.000 Reservistinnen und Reservisten, die – wie auch immer das gehen soll – bis 2029 zur Verfügung stehen müssten.¹¹ Damit würden

genug Truppen zur Verfügung stehen, um den permanenten Quasi-Ernstfall gegen alle Eventualitäten militärisch abzusichern – erklärtermaßen auch gegen Proteste aus der Friedensbewegung.¹²

Anmerkungen

- ¹ Operatives Führungskommando der Bundeswehr: Operationsplan Deutschland. Ein militärisches Kernelement an der Gesamtverteidigung, bundeswehr.de o.J.
- ² Operatives Führungskommando der Bundeswehr: Operationsplan Deutschland: Eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bundeswehr.de, September 2025.
- ³ FAZ: „Im Frieden befinden wir uns schon lange nicht mehr“, faz.net, 22.4.2024.
- ⁴ Ebd.
- ⁵ Bodemanns Vorgesetzter, General Alexander Sollfrank, Chef des Operativen Führungskommandos, beschreibt diese Quasi-Kriegslage wie folgt: „Diese hybriden Aktivitäten, wie wir dazu sagen, darf man nicht losgelöst von einem Krieg in der Ukraine betrachten. [...] Sowohl der Krieg in der Ukraine als auch diese Angriffe gegen uns sind Elemente eines strategischen Gesamtansatzes Russlands mit dem Ziel, die gesamte Sicherheitsordnung in Europa zu verändern.“ (bundeswehr.de, 7.11.2025).
- ⁶ Führungsakademie der Bundeswehr: Gesamtverteidigung Deutschland. Ein gemeinsamer Auftrag für unsere Gesellschaft, bundeswehr.de, Juni 2025.
- ⁷ faz.net, 22.4.2024.
- ⁸ Operatives Führungskommando der Bundeswehr: Operationsplan Deutschland. Ein militärisches Kernelement an der Gesamtverteidigung, bundeswehr.de, o.J.
- ⁹ Die Zitate in diesem Kapitel stammen aus diesem Flyer, der hier abrufbar ist: fragdenstaat.de/anfrage/operationsplan-deutschland/.
- ¹⁰ Dies wurde auch noch einmal im Januar 2026 deutlich, als über ein vom Militär erarbeitetes Eckpunktepapier „Zivile Komplementärplanungen zum Oplan Deu“ berichtet wurde. Dabei handele es sich um „eine Art Checkliste für die Länder als Vorbereitung für den Ernstfall“, in dem unter anderem folgender Bedarf angemeldet worden sein soll: „Klare Befehlsketten werden künftig wichtiger. Auf der zivilen Seite muss klar sein, welche Instanz beim Bund im Spannungs- und Verteidigungsfall als ‚Kommandobehörde‘ den Ländern gegenüber weisungsbefugt ist. Damit verbunden sein muss laut dem Papier die Benennung von Verantwortlichen in den Bundesministerien und den nachgelagerten Behörden. Wesentlich sind auch weitere Abstimmungen mit den Bundesbehörden, Ländern und Kommunen. Jede Stelle muss wissen, was im Krisen- oder Kriegsfall in ihrer jeweiligen Zuständigkeit liegt, etwa wenn es darum geht, Straßen und Kreuzungen freizuhalten für Militärkonvois, oder bei der Aktivierung von Personal und Ressourcen.“ (Klein, Lisa-Martina/Stenglin, Wilhelmine: Oplan Deutschland: Das steht in der Checkliste für die Länder zur Vorbereitung auf den Bündnisfall, Security.Table #389, 21.1.2026).
- ¹¹ Boes, Stefan Axel: Mehr Heer muss her: Personalaufwuchs und Heimatschutz, Hardthöhenkurier, 20.9.2025.
- ¹² Jokisch, Jonathan: Militärische Mobilität – Korridore der Aufrüstung, IMI-Studie 2025/05.

Vorbereitungen auf den Kriegsfall

Interview mit Daniel Lücking zum „Grünbuch ZMZ 4.0“

Daniel Lücking befasst sich als Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Jan Köstering mit Themen des Zivil- und Katastrophenschutzes. Auf dem IMI-Kongress hat er zu Auswirkungen des „Operationsplans Deutschland“ auf Bevölkerung und Kommunen referiert.

Daniel, Du hast auf dem Kongress vor allem über das „Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0“ gesprochen, das im Gegensatz zum Operationsplan Deutschland nicht als geheim eingestuft wird, aber Vorschläge zu dessen Umsetzung macht. Kannst Du kurz beschreiben, was der Inhalt dieses Grünbuchs im Kern ist?

Im Grünbuch sind die Wünsche des Militärs an Länder, Kommunen und Katastrophenschutzorganisationen skizziert. Es ist deutlich herauslesbar, dass sich das Militär im Fall eines Krieges an der Nato-Ostgrenze auf Infrastruktur abstützen will, die bislang zur Basisversorgung der Bevölkerung gehört. Während in der öffentlichen Darstellung stets darauf verwiesen wird, es gehe nicht um Krieg auf dem Bundesgebiet, machen die Szenarien im Grünbuch dann aber doch deutlich, dass die Auswirkungen einer Nato-Kriegsführung zu massiven Einschränkungen führen werden.

Die Inhalte des Grünbuchs sind öffentlich verfügbar und diskutierbar. An den fortgesetzten Aktivitäten des Verteidigungsministeriums zur Umsetzung des OPLAN Deutschlands hätte eine Verhinderung der Veröffentlichung des Grünbuchs nichts geändert. Das Grünbuch macht diese allerdings sichtbar. In begrenzter Weise decken Parlamentarier*innen mit der Veröffentlichung des Grünbuchs die Kriegsplanungen der Regierung auf.

Veröffentlicht wurde das Grünbuch vom „Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V. (ZOES)“. Um was für eine Institution handelt es sich dabei?

Das ZOES wurde als Verein gegründet, um Parlamentarier*innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ein Forum

für die Zusammenarbeit und den Austausch zu Themen der öffentlichen Sicherheit zu bieten. An der Gründung im Jahr 2007 waren Parlamentarier*innen aller Fraktionen beteiligt. Im Verein treffen sich einerseits Expert*innen aus vielen Bereichen, z.B. dem Katastrophenschutz, aber es ist auch eine Anlaufstelle für Lobbyisten. Teil des Forums ist der Beirat, der aus je einem Mitglied aus Union, SPD, Grünen und Linke besteht. Auch die FDP war vertreten. Die AfD ist im ZOES nicht vertreten.

Was fällt Dir am Grünbuch besonders auf und was würdest Du besonders kritisieren?

Das Grünbuch folgt der militärischen Logik und nutzt viele Erzählungen, die eigentlich davon ablenken sollen, was ein Krieg der Nato-Länder für Folgen mit sich bringt. Die Rolle Deutschlands wird in dieser Situation als „Dreh Scheibe“ verharmlost. Wenn die Nato-Truppen jedoch mit 800.000 Soldat*innen und 200.000 Fahrzeugen auf dem Durchmarsch in Richtung Nato-Ostgrenze zu versorgen sind und aus der Gegenrichtung Tote, Verwundete und flüchtende Menschen eintreffen, dann bedeutet das auch Kriegszustände im Inland. Gleichzeitig ist ein solches Aufmarschgebiet auch Ziel von gegnerischer Sabotage und Angriffen.

Diese wesentlichen Auswirkungen eines Krieges werden im Grünbuch allerdings nicht behandelt. Insbesondere die Frage nach der Versorgung von Geflüchteten und der Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung im Inland sind keine Themen.

Trotzdem hat der damalige Bundestagsabgeordnete Dr. André Hahn, für den Du seinerzeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig warst, an der Erstellung mitgewirkt. Was war die Motivation dahinter?

Als im Jahr 2024 die Arbeit am Grünbuch stattfand, waren nur wenige Aspekte des Operationsplans Deutschland bekannt. Der OPLAN ist von der Bundesregierung als streng geheim eingestuft und steht nicht einmal Bundestagsabgeordneten zur Einsicht zur Verfügung. Er ist auch

nicht in der Geheimschutzstelle des Parlamentes zugänglich. Damit entzaubert das Verteidigungsministerium das Märchen von der sogenannten „Parlamentsarmee“ gänzlich, denn eine parlamentarische Kontrolle ist beim OPLAN weder vorgesehen noch faktisch möglich.

Es wurde sehr schnell deutlich, dass mit dem überwiegend von Militärs geschriebenen Grünbuch eine fundierte Kritik möglich werden würde, ohne dass strafrechtlich Ermittlungen aufgrund von Geheimschutzvergehen eingeleitet werden können.

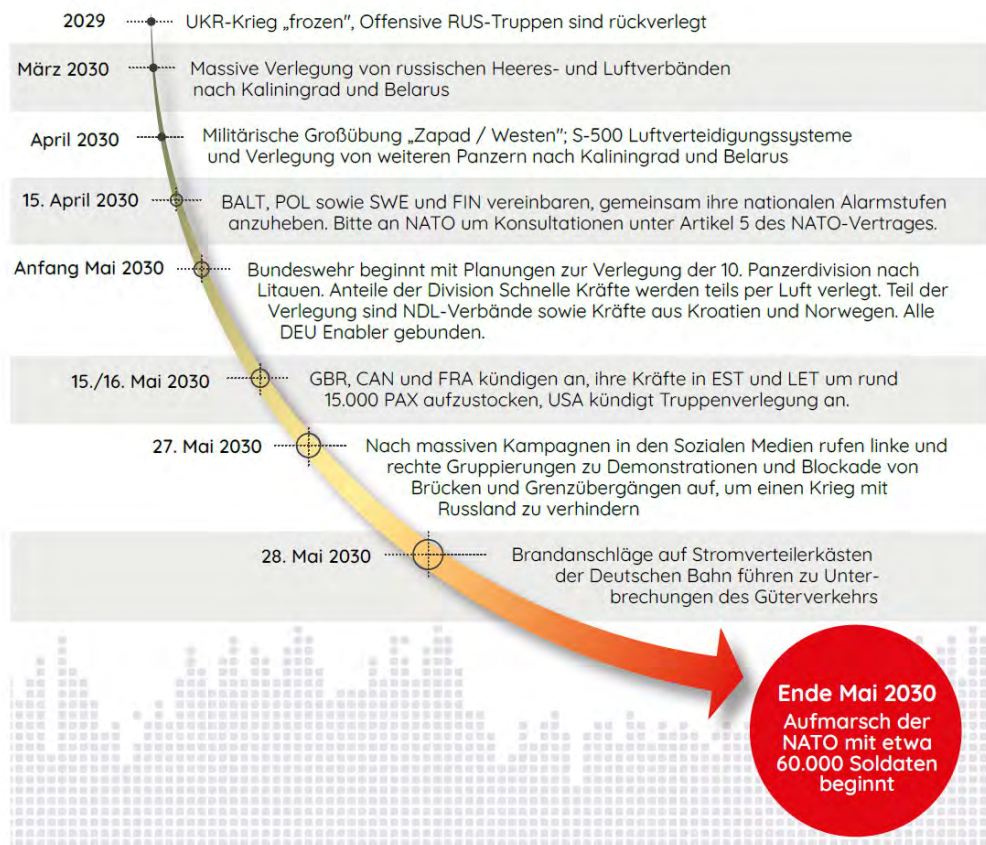
Was ist Dein Eindruck von der Debatte um den Operationsplan Deutschland und das Grünbuch ZMZ? Hast Du das Gefühl, dass das einer breiten Öffentlichkeit bekannt ist und kontrovers diskutiert wird?

Über die Auswirkungen des Operationsplans wird derzeit zu wenig diskutiert. Die öffentliche Debatte hängt beim Aspekt der Sonderschulden. Kommen aber die Vorbereitungen für die Nato-Logistik zum Tragen, dann wird mehr Militärfunktion im Land sichtbar. Sperrgebiete, Sonderregeln für durchmarschierende Truppenteile, Priorisierung medizinischer Versorgung für Soldat*innen statt für Zivilbevölkerung. Einschränkung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit – all das wird massive Eingriffe in den Alltag der Menschen mit sich bringen.

Die organisatorischen Vorbereitungen dafür werden bereits in geheimen Gesprächen mit Ländern, Kommunen oder auch Krankenhausleitungen geführt. Aus denen wird natürlich kein Kommunalpolitiker, der vom Militär zur Geheimhaltung verpflichtet und damit auch massiv eingeschüchtert wird, jemals berichten oder mit sich diskutieren lassen. Da aber die Inhalte des Grünbuchs keiner Geheimhaltung unterliegen, ist es zur Konfrontation geeignet, ohne dass sich jemand mit „Das muss ich aber geheim halten“ herausreden kann.

„Die Entscheidung, mit im Kreis der Herausgeber des ‚Grünbuch Zivilmilitärische Zusammenarbeit ZMZ 4.0‘ genannt zu werden, ist mir diesmal nicht leichtgefallen. Ausschlaggebend war dann aber letztlich, dass hier deutlich wird, in welchen Dimensionen die Planungen für einen Krieg in Europa mittlerweile angekommen sind. Während der sogenannte OPLAN Deutschland – Operationsplan Deutschland – weitgehend geheim eingestuft ist, ist nun dank des vorliegenden Grünbuchs ersichtlich, welche Ausmaße militärische Planungen bereits annehmen und in welchem Umfang militärische Handlungen vorbereitet werden.“

André Hahn in einer Pressemitteilung anlässlich der Veröffentlichung des Grünbuchs.



Im Grünbuch ZMZ wird dieses Szenario für einen NATO-Aufmarsch an der NATO-Ostflanke zugrunde gelegt. Siehe GRÜNBUCH ZMZ 4.0 „Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall“, S. 27.

Militarisierung des Gesundheitswesens

Operationsplan Deutschland und Grünbuch Zivilmilitärische Zusammenarbeit

von Volker Mörbe

Mit dem sogenannten Operationsplan Deutschland (OPLAN) werden zivile Akteure und Strukturen in die Kriegsvorbereitungen der Bundeswehr eingebunden. Dies trifft auch und gerade für das Gesundheitswesen zu. An den geheimen OPLAN angelehnt ist das öffentlich einsehbare Grünbuch ZMZ 4.0, worin Krankenhäuser dementsprechend eine zentrale Rolle spielen: „Gesamtverteidigung als Aufgabe der Zivilgesellschaft und der Bundeswehr bedeutet für alle Akteure im Gesundheitswesen, ihren Beitrag zu leisten und am Bedarf der Streitkräfte zu planen... Die Wirksamkeit dieser Absicherung ist auch eine grundlegende Voraussetzung für die Motivation und das Vertrauen der eingesetzten Kräfte.“¹

Beschäftigte im Gesundheitswesen sind damit fester Bestandteil der Kriegsvorbereitung. Bei Kampfhandlungen in einem Nato-Staat rechnet man mit täglich ca. 1000 verletzten Soldaten, die Hälfte davon schwer bzw. stark pflegebedürftig. Und auch für psychische Behandlungskapazitäten wird es einen erhöhten Bedarf geben, was bereits jetzt schon aus unseren Psychatrien auf Grund des Ukraine-Krieges berichtet wird.

Weiter heißt es im Grünbuch: „Soweit Umsetzungen und Maßnahmen gewählt werden, die zu einer Einschränkung des Versorgungsniveaus führen oder die Qualität der medizinischen Versorgung absenken ist eine Kommunikationsstrategie erforderlich, die die Maßnahmen der Bevölkerung erklären...“ Darin wird auch eine Art KI-gestützte Selbsttriage empfohlen: „Ferner könnten KI-gestützte Systeme Patienten bei der Entscheidung unterstützen, eine Behandlungseinrichtung aufzusuchen oder nicht.“²

Bundeswehrrfassungen Stuttgarter Kliniken

Es gibt erste Anzeichen für die neue Kommunikationsstrategie: In einer Stuttgarter Krankenpflegeschule wurden Pflegeazubis aufgefordert, sich an einer Befragung zu beteiligen. Gefragt wurde beispielsweise, ob man auch in einem Militärkrankenhaus arbeiten würde; ob man den Bündnisfall als wahrscheinlich ansehe; ob es dazu Unterricht gebe; ob man deutsche Soldaten oder auch ausländi-

sche Soldaten versorgen würde; ob man dazu auch im Ausland bereit wäre; ob man sich weiterbilden würde zu Katastrophenmedizin und typischen Kriegsverletzungen und ob das schon in der Ausbildung stattfinden soll; und auch ob diese Themen auch auf den Stationen besprochen würden.

Offiziell hieß es, diese Umfrage sei keine Werbung für die Bundeswehr. Jedoch ist der Studienleiter der Umfrage, Professor Ulrichs, seit sechs Jahren im Rahmen einer Kooperation der Hauptansprechpartner der Bundeswehr in der Akkon-Hochschule des Johanniter-Rettungsdienstes und selbst Reserveoffizier an der Führungsakademie der Bundeswehr.

Außerdem hatte die Notaufnahmestation in einem großen Stuttgarter Krankenhaus Besuch von Bundeswehroffizieren zur Erfassung von Versorgungskapazitäten und zur Diskussion mit den dort Beschäftigten. In einem anderen Stuttgarter Krankenhaus soll in einem Parkhausneubau eine Lazaretteinrichtung eingebaut werden.

Rahmenplan für die Zivile Verteidigung

In Berlin sind weitergehende Pläne bekannt geworden: Der eigentlich geheim zu haltende „Rahmenplan für die Zivile Verteidigung im Bereich der Berliner Krankenhäuser“ ist öffentlich geworden. Erstellt wurde er vom Gesundheitssenat, der Bundeswehr und der Berliner Krankenhausgesellschaft mit zwölf Berliner Kliniken.

Ausgehend von der These, dass wir nicht mehr im Frieden, aber auch noch nicht im Krieg seien, soll die gesamte Gesellschaft verteidigungswillig werden. Für zivile Katastrophen, aber auch für den Bündnis- und Kriegsfall sollen Übungen, Fort- und Weiterbildungen durchgeführt werden. Dafür sei das medizinische Personal als unabdingbar zu erklären. Das heißt, wer brav unsere Freiheit am verletzten Soldaten verteidigt, muss nicht an die Front.

Zur Versorgung verletzter Soldaten sollen bereits aufgenommene Patienten entlassen oder in Einrichtungen einer niedrigeren Versorgungsstufe untergebracht werden. Einstellung oder Einschränkung verschiebbarer Behand-

lungen sollen durch eine sogenannte normative Anordnung der Gesundheitssenatsverwaltung durchgesetzt werden. Wörtlich heißt es im Rahmenplan der Berliner Krankenhäuser: „Es ist hierbei anzustreben, dass die Notaufnahmen der Krankenhäuser nicht durch pflegebedürftige Menschen ohne notfallmedizinische (Behandlungs)Bedarfe im Bündnis und Verteidigungsfall in ihren medizinischen Leistungskapazitäten eingeschränkt werden.“³

Im Rahmen der Belastung soll die Triage von Individualmedizin (Wer braucht am ehesten medizinische Hilfe) auf Katastrophenmedizin (wie kann man möglichst vielen statt aufwendigen Patienten helfen) umgestellt werden. Für zivile Patienten ist so immer weniger Platz im Krankenhaus.

Symposium mit der Bundeswehr

Darüber hinaus haben Bundes- und Landesministerien, MDBs, die deutsche Krankenhausgesellschaft, Kassenvertreter, Vertreter von Rettungsdiensten, Firmen aus dem Gesundheitsbereich und alle Landesärztekammern im Juni 2025 mit der Bundeswehr ein Symposium zur Landesverteidigung veranstaltet. Ärzte stellen die Berufsgruppe, die über Einweisung, Entlassung und Behandlung von Patienten im Krankenhaus entscheidet. Alle anderen Berufsgruppen werden vor vollendete Tatsachen gestellt, wen sie versorgen sollen und wen nicht. Die Landesärztekammern, in denen alle Ärzte organisiert sein müssen, haben über eine Berufsordnung und Berufsgericht starke Einflussmöglichkeiten auf die Ärzteschaft.

Was durch das Symposium an die Öffentlichkeit gelangte: Seit 2019 gibt es eine Kooperation der fünf Bundeswehr-Krankenhäuser und den neun Kliniken der Berufsgenossenschaft (BG-Kliniken). auch die BG-Klinik in Tübingen arbeitet dabei mit dem Bundeswehrkrankenhaus Ulm zusammen. Dort lernt man die Versorgung kriegstypischer Verletzungen bei gemeinsamen Fortbildungen und durch Personalrotationen. Konkrete Erfahrungen werden derzeit mit der Versorgung von ukrainischen Soldaten gesammelt. Übungen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit sollen verpflichtend werden. Im Abschlussbericht des Symposiums wird unter anderem gefordert: „Die zivil-militärische Zusammenarbeit muss ausgeweitet, gestärkt und verpflichtend beübt werden.“⁴ Weiter seien Inhalte der Krisenbewältigung einschließlich Triage in die Ausbildungen zu integrieren: „Die Ausbildung medizinischen Fachpersonals muss um Module ergänzt werden, die Inhalte zur Krisenbewältigung vermitteln – ob für Triage, Versorgung im Ausnahmezustand oder Arzneimittelsicherheit.“⁵

Es heißt, der geheime Operationsplan Deutschland solle zielgruppenorientiert als öffentliche Version aufbereitet und breit kommuniziert werden. Gleichzeitig wird gewarnt: Eine sogenannte Desinformationskampagne würde dafür sorgen, dass das Vertrauen in die Gesundheitsversorgung sinke. Kürzlich habe ich einen Vortrag über



Cartoon von Arno Neuber, IMI.

meine 40-jährige Erfahrung über unsere Gesundheitsversorgung gehalten. Mit dem, was ich da berichten musste, bin ich jetzt wohl ein Agent Putins.

Kürzungen als Einfallstore

Die beschlossene Kürzung der jährlichen Krankenhausbudgets um 1,8 Milliarden Euro führt zu weiter deutlich verschlechterten Versorgungs- und Arbeitsbedingungen, erleichtert der Bundeswehr dadurch jedoch auch die Annahme von zivilmilitärischen Kooperationsangeboten, wenn den Krankenhäusern dafür Gelder aus dem Wehretat winken. Nicht zuletzt deshalb müssen wir den betroffenen Beschäftigten in den Krankenhäusern eine Möglichkeit verschaffen, sich gegen die Vereinnahmung für eine Kriegsvorbereitung erklären und wehren zu können!

Anmerkungen

- ¹ Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall. Eine Situationsbeschreibung, Analyse und Handlungsempfehlungen, Zukunftsforum Öffentlichkeit e.V., 2. Auflage, März 2025, S. 32.
- ² Ebd., S. 37.
- ³ Der „Rahmenplan ZVKH Berlin. Rahmenplan für die Zivile Verteidigung im Bereich der Berliner Krankenhäuser 1.0“ (hier S. 20) wurde im Sommer 2025 erstellt und im Oktober bei Frag den Staat öffentlich gemacht: <https://fragdenstaat.de/dokumente/273086-rahmenplan-zvkh-berlin/>
- ⁴ Gesundheitsversorgung in der Landesverteidigung, Unterstützungskommando der Bundeswehr, 7/2025, S. 6.
- ⁵ Ebd., S. 13.

Unwissenschaftlich, undemokratisch, rechtsbeugend

Repression gegen palästinasolidarische Stimmen in Deutschland

von Fairouz Qasrawi

In Deutschland geraten Bewegungen, die sich für Menschenrechte, Gerechtigkeit und internationale Solidarität einsetzen, zunehmend unter politischen und staatlichen Druck. Besonders betroffen sind palästinensische Gruppen sowie Menschen und Organisationen, die sich solidarisch mit Palästina positionieren. Was häufig als notwendige Sicherheitsmaßnahme oder als Schutz jüdischen Lebens legitimiert wird, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als systematische Einschränkung demokratischer Grundrechte und als gezielte Delegitimierung einer antikolonialen und menschenrechtsorientierten Bewegung.

Seit dem Jahr 2019 wurden in Deutschland mindestens 766 Fälle staatlicher Repression gegen Palästina-Solidarität dokumentiert.¹ Diese Repressionen nehmen unterschiedliche Formen an: Vereinsverbote, Demonstrationauflagen und -verbote, polizeiliche Razzien, Veranstaltungsabsagen, Diffamierungskampagnen sowie die Überwachung und Kriminalisierung politisch aktiver Personen. Besonders auffällig ist dabei, dass sich diese Maßnahmen nicht auf konkrete strafrechtlich relevante Handlungen beziehen, sondern häufig präventiv, pauschalisierend und politisch motiviert erfolgen.

Ein besonders drastisches Beispiel für die Eskalation staatlicher Repression stellt die gewaltsame Polizeirazzia und die erzwungene Schließung des Palästina-Kongresses in Berlin am 12. April 2024 dar.² An der Veranstaltung nahmen mehrere Hundert Menschen teil, darunter Parlamentarier:innen, Wissenschaftler:innen und Menschenrechtsaktivist:innen. Der Kongress wurde bereits zu Beginn von einem Großaufgebot von rund 2.500 Polizist:innen gestürmt. Ohne vorherige schriftliche Anordnung und unter Berufung auf vage Behauptungen über angebliche verfassungswidrige Aktivitäten sowie eine angebliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung wurde der Veranstaltungsort gewaltsam geräumt.³ Inzwischen haben Gerichte festgestellt, dass das Verbot und die Auflösung des Kongresses rechtswidrig waren und keine ausreichende rechtliche Grundlage besaßen.⁴ Damit bestätigte sich, dass der massive Grundrechtseingriff nicht durch eine konkrete Gefahr gerechtfertigt war. Dieser Vorgang zählt

zu den öffentlichsten und extremsten Beispielen für die zunehmende Unterdrückung palästinasolidarischer Stimmen in Deutschland.

Besonders deutlich lassen sich diese repressiven Dynamiken auf kommunaler Ebene am Beispiel der Stadt München nachvollziehen. Im Herbst 2023 erklärte der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter öffentlich, dass palästinensische Demonstrationen in München grundsätzlich verboten seien.⁵ Die Maßnahme wurde mit angeblicher Gefahrenabwehr begründet, stellte jedoch faktisch ein pauschales Demonstrationsverbot dar. Damit wurde nicht nur das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt, sondern eine ganze politische Bewegung unter Generalverdacht gestellt. Es handelte sich um einen klaren Akt politischer Zensur und um ein beunruhigendes Beispiel dafür, wie schnell demokratische Rechte im Namen vermeintlicher Sicherheit außer Kraft gesetzt werden können.

Auch das geplante Pro-Palästina-Camp vor der Ludwig-Maximilians-Universität München wurde im Jahr 2024 verhindert. Der CSU-Politiker Ludwig Spaenle forderte öffentlich den Entzug der Genehmigung und begründete dies mit dem Vorwurf, es würde antisemitische Propaganda verbreitet.⁶ Eine inhaltliche Prüfung oder eine differenzierte Unterscheidung zwischen tatsächlichem Antisemitismus und legitimer Kritik an der israelischen Besatzungspolitik fand nicht statt. Stattdessen wurde erneut pauschalisiert und eine gesamte Bewegung kriminalisiert.

Solche Absagen sind keineswegs Einzelfälle. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Veranstaltungen zu Themen wie der Nakba, zur israelischen Besatzung oder zur Solidarität mit Gaza abgesagt oder politisch unter Druck gesetzt. Mal geschah dies durch universitäre Gremien, mal durch direkte Interventionen aus der Politik. Sichtbar wird dabei ein strukturelles Problem: Kritik an israelischer Politik wird zunehmend automatisch mit Antisemitismus gleichgesetzt – ohne Beweise, ohne Kontext und ohne Differenzierung. Die Folge ist eine systematische Schließung von Räumen für Debatte, Aufklärung und kritisches Denken.

UN-Sonderberichterstatterin Irene Kahn warnt 2026 bei einem Besuch in Deutschland vor Gefahren für die Meinungsfreiheit. Foto: Gemeinfrei über Wikipedia.



Diese Entwicklung verweist auf koloniale Kontinuitäten, die nicht an nationalen Grenzen enden. Stimmen, die einen Stopp des Genozids an den Palästinenser:innen fordern, werden delegitimiert und marginalisiert. Politik und Medien greifen dabei häufig auf fragwürdige Quellen oder Einzelpersonen zurück, die selbst Teil von Netzwerken sind, welche koloniale Machtverhältnisse reproduzieren.

Die Analyse „Architektur der Ausgrenzung und des anti-palästinensischen Rassismus“ untersucht diese Repressionsmechanismen am Beispiel Münchens.⁷ Im Fokus steht die Gruppe Palästina Spricht München (PSMuc), die in den vergangenen zwei Jahren massiv diffamiert und in ihrer politischen Arbeit eingeschränkt wurde. Ein zentrales Instrument dieser Delegitimierung ist der Bericht „Analyse: Palästina Spricht 2024“ der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (FIRM).⁸ Diese Einrichtung ist ursprünglich für die Beobachtung rechtsextremer Strukturen zuständig und verfügt weder über die fachliche Kompetenz noch über den legitimen Rahmen, palästinasolidarische Bewegungen zu analysieren.

Der Verdacht liegt nahe, dass die Stadt München den Bericht in Auftrag gab und die FIRM so als vorgeschobenen Akteur nutzt, um Repression gegen Gruppen wie PSMuc zu legitimieren. Bei genauer Betrachtung zeigt sich, dass es nicht um sachliche Analyse geht, sondern um gezielte Kriminalisierung. Auf methodischer Ebene fehlt ein nachvollziehbares Untersuchungsdesign; verwendete Begriffe bleiben undefiniert, zentrale Quellen werden weder offengelegt noch kontextualisiert, und politisch aufgeladene Kampfbegriffe wie „Antisemitismus“, „Islamismus“ oder „Verschwörungsideologien“ fungieren nicht als analytische Instrumente, sondern als delegitimierende Zuschreibungen. Aussagen werden aus dem historischen und politischen Zusammenhang gerissen: So wird etwa die Formulierung „Wir erkennen kein Existenzrecht [Israels] an, wenn es Vertreibung und Unterdrückung bedeutet“ ohne Einordnung des anti-kolonialen Kontextes oder der Differenzierung zwischen Staat und politischem System als pauschale Vernichtungsdrohung gewertet. Verdacht wird mit Beweis verwechselt, indem Antisemitis-

mus allein aus visueller Symbolik oder Vermutungen konstruiert wird – beispielsweise wenn ein Schild mit einer israelischen Flagge, die einer Frau den Mund zuhält, ohne Kontextualisierung als antisemitisches „Maulkorb“-Motiv interpretiert wird. Begriffe bleiben unscharf, etwa wenn die 3D-Regel von Natan Scharanski (Dämonisierung, Doppelstandards, Delegitimierung) als Bewertungsmaßstab herangezogen wird, ohne die umfangreiche wissenschaftliche Kritik an dieser Definition zu erwähnen. Quellen sind problematisch gewählt und werden nicht kritisch geprüft: Politisch positionierte Akteure wie die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) erscheinen als neutrale Instanzen, ohne ihre Agenda, Methodik oder Definitionsstandards offenzulegen. Die Stimmen der Betroffenen fehlen vollständig; weder Interviews noch Zitate oder Versuche, interne Pluralität abzubilden, finden sich im Bericht. Politische Forderungen werden rhetorisch pathologisiert, indem Parolen wie „We don’t want no two states, give us back ’48!“ ohne Diskussion historischer Bezüge oder alternativer Staatsmodelle als Radikalisierung oder Gefährdung interpretiert werden. Zugleich wird mit dem Prinzip der Kollektivschuld gearbeitet, wenn einzelne Vorfälle – etwa ein geteilter Instagram-Post mit einem stilisierten Davidstern – als Beleg für die angebliche Grundhaltung einer gesamten Organisation herangezogen werden, ohne eine kollektive Verantwortlichkeit nachzuweisen.

Diese Praxis dient nicht dem Schutz jüdischen Lebens und auch nicht der ernsthaften Bekämpfung von Antisemitismus. Sie dient der Kontrolle des Diskurses. In München funktioniert diese Unterdrückung nicht allein durch Gesetze oder Verbote, sondern durch ein eng verflochtenes Netzwerk aus Behörden, politischen Akteur:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Drei Akteure sind dabei zentral:

Der Antisemitismusbeauftragte des Freistaats Bayern, Ludwig Spaenle. In seiner Funktion beansprucht er Deutungshoheit darüber, was als antisemitisch gilt – und damit implizit auch darüber, welche Formen politischer Kritik als legitim gelten können. Kritische Positionen gegenüber der israelischen Regierungspolitik geraten so schnell



*Shut Elbit down: Palästinasolidarische Demo in Ulm.
Foto: IMI.*

unter Generalverdacht. Das staatliche Amt wird auf diese Weise nicht nur zur Beobachtungs-, sondern zur Bewertungsinstanz politischer Meinungsäußerung – mit der Folge, dass Protest delegitimiert oder kriminalisiert werden kann.

Eine zweite Schlüsselrolle spielt die Meldestelle RIAS Bayern. Ihre Aufgabe, antisemitische Vorfälle zu dokumentieren, ist grundsätzlich sinnvoll und notwendig. Problematisch wird es jedoch, wenn ein Großteil der erfassten Vorfälle im Bereich politischer Israelkritik verortet wird. Wenn rund 80 Prozent der Meldungen in dieses Feld fallen, wirft das Fragen nach Definitionen, Kategorien und Bewertungsmaßstäben auf. Der Eindruck entsteht, dass der Begriff des Antisemitismus nicht nur zur Bekämpfung jüdenfeindlicher Ressentiments dient, sondern zunehmend auch zur politischen Markierung und Delegitimierung unliebsamer Positionen eingesetzt wird.

Als dritter Akteur tritt das Bündnis München in Erscheinung. Es versteht sich als zivilgesellschaftliche Initiative für Demokratie und gegen Rassismus. Zugleich beteiligt sich das Bündnis an Gegenkundgebungen zu palästinasolidarischen Demonstrationen. Kritiker sehen darin einen Widerspruch: Statt Räume für pluralen Diskurs zu öffnen, würden so Polarisierung und gesellschaftliche Frontstellungen verstärkt. Die Dynamiken von Ausgrenzung, öffentlicher Stigmatisierung und Einschüchterung, die man zu bekämpfen vorgibt, könnten auf diese Weise unbeabsichtigt reproduziert werden.

In ihrem Zusammenspiel formen diese drei Akteure ein politisches Klima, in dem die Grenzen zwischen notwendiger Antisemitismusbekämpfung und der Einschränkung legitimer politischer Meinungsäußerung zunehmend umkämpft sind. Aus Politik, „Expertise“ und Zivilgesellschaft entsteht so eine geschlossene Architektur der Repression.

Der Fall PSMuc zeigt exemplarisch, wie sich demokratische Grundrechte in Deutschland verschieben. Aktivist:innen werden öffentlich überwacht, diffamiert und pauschal als antisemitisch oder sogar „terroristisch“ bezeichnet. Teilnehmende an Veranstaltungen werden bloßgestellt und unter Generalverdacht gestellt, mit realen Konsequenzen bis hin zu Arbeitsplatzverlust, sozialer Ausgrenzung oder disziplinarischen Maßnahmen.

Diese Entwicklung ist kein isoliertes Phänomen. Sie ist Teil einer zunehmenden Autoritarisierung der politischen Landschaft in Deutschland, sichtbar in der Verschärfung von Asylgesetzen, der Ausweitung polizeilicher Befugnisse, der Militarisierung des Diskurses und der Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Besonders migrantische Menschen sind betroffen, da Aufenthaltsstatus, Visum oder Staatsbürgerschaftsantrag zunehmend als Druckmittel genutzt werden.

Der Umgang mit Palästina-Solidarität berührt damit grundlegende Fragen des Demokratieverständnisses. Wenn Menschen für friedliche politische Meinungsäußerung bestraft werden, sind Meinungs- und Versammlungsfreiheit keine Rechte mehr, sondern Privilegien. Der Fall München steht exemplarisch für einen gefährlichen Trend, der nicht nur Palästinenser:innen betrifft, sondern alle, die sich für Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde einsetzen.

Anmerkungen

- ¹ Report: Repression of Palestine Solidarity in Germany, palaestinaspricht.de, 2025.
- ² Resolution des Palästina Kongress 2024, palaestina-kongress.de.
- ³ Polizei löst umstrittenen „Palästina-Kongress“ auf, spiegel.de, 12.4.2024.
- ⁴ Verbot von „Palästina-Kongress“ war rechtswidrig, spiegel.de, 26.11.2025.
- ⁵ Landeshauptstadt München: Allgemeinverfügung vom 20.10.2023, stadt.muenchen.de.
- ⁶ Antisemitismusbeauftragter Dr. Spaenle fordert: Landeshauptstadt München soll Genehmigung für das „Pro-Palästina-Camp“ vor der LMU widerrufen, antisemitismusbeauftragter.bayern.de, 6.9.2024.
- ⁷ Decolonial Scholars: Architektur der Ausgrenzung & des anti-palästinensischen Rassismus. Analyse zur strukturellen Repression und Diffamierung gegen Palästina-Solidarität in München, decolonial-scholars.org, 2025.
- ⁸ Fachinformationsstelle Rechtstextremismus München (FIRM): Antisemitismus, Verschwörungsideologien und Islamismus Bei „Palästina Spricht München“. Eine Analyse der Anti-Israel-Bewegung, feierwerk.de, 2024.

Keine Verhandlungsmasse

Die Generation Z und der neue Wehrdienst

von Reza Schwarz

Am 5. Dezember 2025 stimmten CDU und SPD mit einer knappen Mehrheit für die Einführung des „Neuen Wehrdienstes“.¹ Sie besiegelten damit das Schicksal einer ganzen Generation junger Menschen, sich dem Interesse des deutschen Staates, der seine sogenannten „freiheitlichen und demokratischen Werte“ mit Waffengewalt verteidigen möchte, hingeben zu müssen. Was vor allem im Jahr 2024 von Verteidigungsminister Boris Pistorius noch als absolut freiwilliger Auswahlwehrdienst für die „Fittesten und am besten Geeigneten“ angepriesen wurde, erodierte im Laufe der Zeit Stück für Stück immer weiter zum Pflichtdienst. Da die Debatte der Bundesregierung in Teilen sehr widersprüchlich und dementsprechend verwirrend geführt wurde, hier einige Beispiele: Die freiwillige Musterung wurde zunächst bis Mitte 2027 begrenzt, um ein „gesundheitliches Lagebild“ aller Wehrpflichtigen zu erhalten.² Kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes hieß es plötzlich, dass die Musterungen ab sofort³ innerhalb von 24 Musterungszentren, die sich jedoch noch im Aufbau befinden, durchgeführt werden sollen.⁴ Wenn die Beantwortung des Fragebogens von wehrpflichtigen Männern* nicht fristgerecht erfolgt, oder „falsche Angaben“ gemacht werden, drohen empfindliche Bußgelder von bis zu 1.000 Euro.⁵ Wenn diese Maßnahmen weiterhin nicht ausreichen sollten, um jährlich zunächst mindestens 15.000 Menschen rekrutieren zu können, wird sogar eine Wehrdienst-Lotterie diskutiert, bei der die Ausgelosten gemustert und ggf. für einen mindestens sechsmonatigen Dienst verpflichtet werden.⁶ All diese Maßnahmen, die Stück für Stück innerhalb von Möglichkeitsfenstern den Zwang ausgebaut haben, sorgten für hitzige Diskussionen und breite gesellschaftliche Ablehnung.

Moderne „Hunger Games“ und alte weiße Männer

Laut einer Forsa-Umfrage vom Juni 2025 sind zwar insgesamt nur 37% der Deutschen gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, jedoch lohnt sich an dieser Stelle ein genauerer Blick in demographische Variablen sowie bezüglich der Parteipräferenzen: 61% der 18- bis 29-Jährigen, also die unmittelbar Betroffenen, sind gegen die

Wiedereinführung, bei den 30- bis 44-Jährigen sind es noch 44%, bei den Angehörigen der Generation 60+, also die, die sowieso nicht mehr zu irgendeinem Dienst eingezogen werden können, sind es nur noch 30%, die sich gegen einen neuen Wehrdienst aussprechen. Bezüglich der Parteipräferenzen gibt es auch eindeutige Trends: Ganze 78% der CDU/CSU-Anhänger*innen sprechen sich für eine Wehrpflicht aus, bei AfD-Anhänger*innen sind es 71%. Bei Anhänger*innen der Linken sind es nur noch 34%.⁷ Wenn jedoch die Frage gestellt wird, „Einmal angenommen, Deutschland würde militärisch angegriffen: Wären Sie in einem solchen Fall bereit, Deutschland auch selbst mit der Waffe zu verteidigen?“, sind nur noch 17% auf jeden Fall dazu bereit, 60% würden dies hingegen kategorisch ablehnen.⁸ Zusammenfassend kann also vorerst festgestellt werden: Ältere Menschen, vor allem wenn die Wahrscheinlichkeit abnimmt, einen Wehr- oder Ersatzdienst leisten zu müssen, sprechen sich mehr als doppelt so häufig dafür aus als junge Erwachsene, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit davon betroffen sein werden. Je rechter und konservativer die politische Einstellung ist, desto wahrscheinlicher ist die Befürwortung des verpflichtenden Wehrdienstes.

Diese junge Generation, für die auch der soziologische Begriff „Generation Z“ verwendet wird, tauscht sich vor allem auf den Sozialen Medien über dieses Thema aus. So gibt es auf TikTok und Instagram einige Videos, die einen Filmausschnitt aus „Die Tribute von Panem – The Hunger Games“ verwenden: Am „Tag der Ernte“ müssen die 18-Jährigen eines Distrikts gesammelt auf einem Platz antreten, anschließend werden aus Loskugeln (eine für Jungen und eine für Mädchen) die Teilnehmenden für die „Hunger Spiele“ gezogen. Überschriften in diesen bearbeiteten Videos lauteten oftmals „Deutsche Hungersgames“ und waren auch teilweise mit Fotomontagen von Boris Pistorius und Friedrich Merz versehen.⁹ Im Film gibt es verschiedene Distrikte, die unterschiedlich starke sozio-ökonomische Klassen widerspiegeln und jedes Jahr jeweils einen Jugendlichen zu den Spielen entsenden müssen. Ab dem 12. Lebensjahr erhält ein Kind bis zum 18. Lebensjahr an der Anzahl der Lebensjahre aufsteigende Lose für

die Hungerspiele. In den ärmeren Distrikten können Kinder/Jugendliche „Tesserasteine“ als Verpflegungsgutscheine für ihre Familien erhalten, die aber im Gegenzug als zusätzliche Lose für die Hungerspiele fungieren.¹⁰ Die Zentralmotive des Krieges: „Arme werden gezwungen für die Reichen in den Krieg zu ziehen und ihr Leben zu lassen“, werden hier anhand der Filmhandlung kritisch aufgegriffen und in Beziehung zur aktuellen verteidigungspolitischen Strategie Deutschlands gesetzt.

In der letzten Zeit meldeten sich auch einige „ehemalige Kriegsdienstverweigerer“ wie zum Beispiel der mittlerweile 77-jährige ehemalige grüne Vizekanzler Joschka Fischer zu Wort. Der ehemalige Frankfurter Sponti bezeichnet die Aussetzung der Wehrpflicht als Fehler und sagt mittlerweile, dass er, wenn er jetzt ein junger Mann wäre, sich freiwillig zum Kriegsdienst melden würde. Darüber hinaus hält er die Entwicklung einer „Europäischen Atombombe“ für unterstützenswert.¹¹ Sein Parteigenosse Robert Habeck pflichtet ihm bei und würde den Kriegsdienst nicht mehr verweigern, wenn er in der heutigen Situation jung wäre.¹²

Schüler*innen wehren sich

Parallel zum Tag der Abstimmung des Bundestags über den neuen Wehrdienst gab es bundesweit in über 90 Städten den „Schulstreik gegen Wehrpflicht“. Viele Schüler*innen sowie deren Eltern und Großeltern gingen an diesem Tag auf die Straße und brachten ihre Wut über den bevorstehenden Zwangsdienst zum Ausdruck. Sie schafften es, dabei eine fundamentale Systemkritik zu formulieren: „Die Unis und Schulen werden kaputtgespart, alles Soziale geht den Bach runter – und alles, was die Kids hören, ist: ‘Hey wir wollen wissen, ob ihr theoretisch mit ‘ner Waffe an die Front gehen könnt‘.“¹³ In den neuen Bundesländern kamen wenige Tage vor den Protesten einige Drohgebärden zum Einsatz: Der konservative Deutsche Lehrerverband forderte „erzieherische Maßnahmen“ bis hin zu Schulverweisen bei „unentschuldigtem Fehlen“, die Bildungsministerien Sachsens und Sachsen-Anhalts bezeichneten die Zukunftsängste junger Menschen als „Meinungsausßerung“, welche „außerhalb der Unterrichtszeiten“ wahrgenommen werden sollte.¹⁴

Auch am Stuttgarter Eschbach-Gymnasium gab es Konsequenzen für das Engagement angehöriger Schüler*innen. Der Schulleiter weigerte sich, Beurlaubungen für Schüler*innen an diesem Tag anzuerkennen, versendete einen Elternbrief und initiierte ein einschüchterndes Gespräch einen Tag nach dem Streik. Den Schüler*innen wurde sogar mit der Verhängung von Bußgeldern und dem Ausschluss aus sämtlichen Schulgremien und Schüler*innenarbeitsgemeinschaften gedroht, sollten sie nochmals an einem Streik teilnehmen. Darüber hinaus wurde ihnen vorgeworfen, dass sie nur gestreikt hätten, um dem Schulunterricht fernbleiben zu können.¹⁵ Dieses Vorgehen widerspricht jedoch dem, was der jeweilige Schulleiter

auf der Website dieser Schule selbst über das Leitbild schreibt: „In unserem Leitbild heißt es: ‚Unser Ziel ist es, dass sich die Schüler/-innen zu eigenständigen und verantwortlich handelnden Persönlichkeiten entwickeln.‘ Das ist kein Lippenbekenntnis, sondern unser täglicher Auftrag. Wir leben in einer Zeit, in der junge Menschen nicht mehr einfach ‚funktionieren‘ sollen. Sie brauchen die Fähigkeit, Verantwortung für sich selbst, für andere und für unsere Gesellschaft zu übernehmen. Das gelingt nicht durch Druck oder Kontrolle, sondern durch Vertrauen, Mitbestimmung und echte Begegnung.“¹⁶ Anscheinend gibt es auch hier eine Auffassung von „richtigem“ und „falschem“ Engagement, welches belohnt oder sanktioniert wird...

Anmerkungen

- ¹ Bundestag stimmt für neues Wehrdienstgesetz, bundestag.de, 5.12.2025.
- ² Schwarz, Reza: Der neue Wehrdienst ist da! - Schein-Freiwilligkeit und Verpflichtungs-Falltüren, IMI-Analyse 2025/22, Informationsstelle Militarisation, imi-online.de, 22.8.2025.
- ³ Update: Verpflichtende Musterung für junge Männer ab 2026 – Bundestag beschließt neuen Wehrdienst, tagespiegel.de, 5.12.2025.
- ⁴ Bergerhoff, Svenja & Dohmeyer Svenja: Post von der Bundeswehr – Wenn der Musterungsbrief im Briefkasten landet, zdfheute.de, 2.2.2026.
- ⁵ Neues Wehrdienstgesetz – Ignorieren von Fragebogen kann teuer werden, tagesschau.de, 23.12.2025.
- ⁶ Bundeswehr: Wehrdienst-Lotterie – fair oder nicht?, deutschlandfunk.de, 15.11.2025.
- ⁷ Umfrage: Sollte die Wehrpflicht in Deutschland wieder eingeführt werden? (Nach Parteipräferenz und demografischen Merkmalen), forsa, de.statista.com, Juni 2025.
- ⁸ Umfrage: Einmal angenommen, Deutschland würde militärisch angegriffen: Wären Sie in einem solchen Fall bereit, Deutschland auch selbst mit der Waffe zu verteidigen?, forsa, de.statista.com, 5.3.2025.
- ⁹ TikTok Video von „immer_gemeinsam“, tiktok.com, 24.11.2025; Melcher, Angelika: Wehrpflicht in Deutschland – Bitte lasst die Spiele (nicht) beginnen, Wirtschaftswoche, wiwo.de, 16.10.2025.
- ¹⁰ Die Tribute von Panem Fandom: Tag der Ernte, dietributevonpanem.fandom.com.
- ¹¹ Kogelboom, Esther & Wehler-Schöck Anja: Joschka Fischer über die neue Weltlage: „Als junger Mann würde ich mich freiwillig zum Wehrdienst melden“. tagespiegel.de, 29.1.2026.
- ¹² Beucker, Pascal: Debatte um Wehrpflicht: Wehret der Pflicht, taz.de, 15.6.2025.
- ¹³ Piwon, Jacqueline: Gesetz im Bundestag – Bundesweite Proteste gegen den Wehrdienst, tagesschau.de, 5.12.2025.
- ¹⁴ Proteste: Lehrerverband warnt Schüler vor „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ während der Unterrichtszeit, mdr.de, 4.12.2025.
- ¹⁵ Bußgeld wegen Schulstreik: „Die Schulleitung will weitere Streiks verhindern!“, perspektive-online.net, 4.2.2026; Petition: Keine Bußgelder für die Streikenden am Eschbach-Gymnasium!, change.org, Februar 2026.
- ¹⁶ Grußwort der Schulleitung, Eschbach-Gymnasium Stuttgart-Freiberg, eschbach-gymnasium.de.

Kann Spuren von Pflichtdienst enthalten

Informationen zum „freiwilligen“ Neuen Wehrdienst

von Susanne Bödecker

Auf der Pressekonferenz am 13.11.2025 nach der Einigung von Union und SPD zum Inhalt des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes (WDMoG) sagte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius: „Freiwilligkeit kombiniert mit Attraktivität funktioniert!“ Nettogehalt von 2.300 Euro bei Einstieg in die Bundeswehr (BW), nach einem Jahr ein Zuschuss zum PKW- oder LKW- Führerschein in Höhe von 3.500 Euro, angeblich flexible Arbeitszeiten, gute Karrierechancen, sicherer Arbeitsplatz... Zum Vergleich: Menschen, die sich für den Bundesfreiwilligendienst entscheiden, bekommen rund 640 Euro im Monat.

Pistorius sagte dann am 5.12.2025 bei der Abstimmung über das WDMoG im Bundestag: „Niemand zwingt uns zu irgendetwas, außer zu einem Fragebogen, der die Erfassung abbildet und zu einer Musterung, die niemandem wehtut. Worüber reden wir hier eigentlich?“

Wir reden darüber, dass das WDMoG Männer, die ab dem 1.1.2008 geboren sind, zwingt, eine *Bereitschaftserklärung* zu einem Dienst in der BW auszufüllen und sich mustern zu lassen.

Wir reden darüber, dass das Gesetz alle Wehrpflichtigen (das sind Männer von 18 bis 45 Jahren in Friedenszeiten, im Spannungs- und Verteidigungsfall bis 60 Jahren, mit deutscher Staatsangehörigkeit) und Frauen bis 23 Jahre zwingt, mit dem *Abgreifen ihrer Daten durch die BW* bei den Einwohnermeldeämtern einverstanden zu sein, weil das bisherige Recht auf Widerspruch mit Inkrafttreten des WDMoG entfallen ist.

Wir reden darüber, dass das Gesetz alle Wehrpflichtigen zwingt, damit zu rechnen, dass eine *Bedarfswehrpflicht* beschlossen werden könnte, wenn es mit der Freiwilligkeit nicht klappt, und dann in einem Auswahlverfahren entschieden wird, ob sie im Militärapparat benötigt werden oder nicht.

Nicht neu, aber dennoch ein Zwang: Wer bei der Kriegstüchtigkeit nicht mitmachen möchte, kann den Kriegsdienst aus Gewissensgründen verweigern, wird aber gezwungen, einen Antrag zu stellen – mit einem Lebenslauf und einer ausführlichen Begründung, die mindestens zwei Seiten lang sein sollte, in der seine Gewissensentscheidung nachvollziehbar und glaubhaft dargestellt werden

muss. Dies ist die Voraussetzung, um überhaupt das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) nach *Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes* wahrnehmen zu können, das da lautet: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“

Wir als DFG-VK wenden uns entschieden gegen jede Art von Kriegsvorbereitung und Mobilisierung. Wir unterstützen Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen weltweit und stellen uns gegen jede Art von Zwangsdienst. Niemand sollte lernen, seine Mitmenschen umzubringen. Wir sind der Ansicht, dass die Politik den Jugendlichen eine friedenspolitische Alternative bieten muss, die ihren Vorstellungen entspricht. Dazu gehört bestimmt nicht, dass sie gezwungen werden, in den Krieg zu ziehen und zu töten oder getötet zu werden. Da der Politik aber Kriegstüchtigkeit wichtiger ist als Friedensfähigkeit, kann eine sofortige KDV Wehrpflichtige schützen und ein deutliches Signal an die Bundesregierung senden. Wir klären deshalb alle Wehrpflichtigen über das auf, was mit dem „Neuen Wehrdienst“ auf sie zukommt und beraten und unterstützen sie bei der Stellung eines Antrages auf KDV.

Wehrerfassung und Fragebogen

Am 1.1.2026 trat das WDMoG in Kraft und das Erste, was passierte, war, dass die BW die Daten von allen jungen Menschen bei den Einwohnermeldeämtern abgreifen konnte, die ab dem 1.1.2008 geboren sind (also dieses Jahr 18 Jahre alt werden) und ihren Wohnsitz in Deutschland haben. Wir haben wieder eine Wehrerfassung. Seit dem 15.1.2026 werden die ersten *Bereitschaftserklärungen (BE)*, auch Fragebögen genannt, an diejenigen verschickt, die bis dahin schon Geburtstag hatten. 650.000 solcher Briefe werden im wöchentlichen Rhythmus bis zum Jahresende versendet werden.

Im Briefkasten der Jugendlichen landet ein Schreiben mit einem QR-Code, hinter dem sich der Fragebogen verbirgt. Über einen 16-stelligen Zahlencode zusammen mit dem Geburtsdatum kann man sich online anmelden und den Fragebogen öffnen. Dieser heißt offiziell BE, denn er zielt darauf ab, dass möglichst viele junge Menschen In-

teresse an der BW zeigen und sich zu einem Wehrdienst bereiterklären. Menschen mit Geschlechtseintrag „männlich“ müssen die Erklärung online ausfüllen und innerhalb von vier Wochen zurückschicken, Menschen mit anderem Geschlechtseintrag müssen sie nicht ausfüllen, können es aber tun. Die DFG-VK ruft zum zivilen Ungehorsam gegen diese Zwangsmaßnahme auf. Man muss nicht sofort alles erfüllen, was das Militär von einem verlangt.

Was ist nun, wenn der Brief gar nicht ankommt,
was ist, wenn man gerade ein Papier brauchte und das Schreiben anderweitig verwendete,
was ist, wenn man allergisch auf QR-Codes reagiert,
was ist, wenn man grundsätzlich keine Post von der BW öffnet?

Nun, dann passiert erst einmal gar nichts.

Es können getrost Friedenstauben aus dem Papier gefaltet werden oder man vernichtet sein Schreiben öffentlichkeitswirksam zusammen mit anderen jungen Menschen bei einer Schredderaktion. Wenn die BW keine Antwort von dem jungen Menschen erhält, schickt sie nach vier Wochen eine Erinnerung per Einschreiben. Wenn man dieses zweite Schreiben ebenfalls ignoriert, zweckentfremdet, schreddert, falsch oder unvollständig beantwortet, begeht man eine Ordnungswidrigkeit, die mit einem Bußgeld geahndet werden kann. Die Höhe des Bußgeldes liegt im Ermessen der zuständigen Behörde.

Möchte man keine Ordnungswidrigkeit begehen, besteht noch die Möglichkeit, den Fragebogen schriftlich auszufüllen. Im Gesetz ist diese Möglichkeit ausdrücklich genannt, wenn die technischen Voraussetzungen für ein Online-Ausfüllen nicht gegeben sind.

Egal ob online oder schriftlich – mit der Bereitschaftserklärung sind folgende Angaben abzugeben:

Persönliche Daten: Diese Felder sind schon ausgefüllt mit den Daten, die die BW abrufen konnte und sollen nun auf Richtigkeit überprüft und ggf. korrigiert werden: Angaben zur Person, zum Geschlecht, zum Familienstand und zu weiteren Staatsangehörigkeiten.

Fast alle Fragen sind mit einem roten Sternchen markiert, sind also Pflichtfelder, und erst bei der Beantwortung dieser kommt man über den „Weiter-Button“ zu den nächsten Fragen: Bildungsabschlüsse, Körpergröße und Gewicht, Fitnesslevel, Schwerbehinderung, Wehrdienst in einem anderen Land, bereits Soldat*in.

Besonders relevant ist die Frage: „Bewertung Interesse am Dienst als Soldat*in“. Auf einer Skala von Null (kein Interesse) bis zehn (ich möchte unbedingt Soldat*in werden) soll man sein Interesse an einem Dienst bei der BW angeben. Entscheidend für alle Menschen, die kein Interesse haben, ist die Angabe der NULL auf der Skala. Man kann sich auch ganz einfach merken: Nur NULL heißt NEIN! Schon die Eins bedeutet: Ich kann mir vorstellen, Soldat*in zu werden.

Hat man die NULL angegeben, endet der Fragebogen an dieser Stelle und man muss ihn zurückschicken.

Die BW lässt einen erst einmal in Ruhe. Raus ist man damit aber nicht.

Die BW kann einen in ein paar Jahren erneut anschreiben und fragen, ob man seine Meinung geändert hat. Außerdem – und das ist neben der BE *das zweite verpflichtende Element* des angeblich so freiwilligen Neuen Wehrdienstes – sind ja alle ab dem 1.1.2008 geborenen Wehrpflichtigen zu einer *Zwangsmusterung* verpflichtet, die ab sofort durchgeführt werden sollte. Da aber die Musterungskapazitäten noch nicht vorhanden sind, soll sie ab dem 1.7.2027 flächendeckend realisiert werden. Es wird dann jeweils ein ganzer Jahrgang (300.000 junge Männer) gemustert. Erscheint man nicht zum Musterungstermin, begeht man wieder eine Ordnungswidrigkeit und die Polizei kann eingeschaltet werden, um den Betroffenen vorzuführen. Im Gesetz steht ausdrücklich, dass Feldjäger, also die Militärpolizei der BW, in solchen Fällen nicht zum Einsatz kommen sollen. Auf Antrag kann man von der Musterung ausgenommen werden.

Man hat also keine Ruhe vor der BW und eine NULL beim Interesse zum Wehrdienst im Fragebogen hat auch nichts mit KDV zu tun. Selbst Menschen, die einen Antrag auf KDV gestellt haben, sind verpflichtet, die Bereitschaftserklärung auszufüllen.

Antrag auf Kriegsdienstverweigerung

Wenn man als Wehrpflichtiger für den Staat weder töten noch sterben möchte, sollte man einen Antrag auf KDV stellen. KDV ist Menschenrecht und in diesen kriegsschwangeren Zeiten wichtiger denn je.

Sie ist für alle Wehrpflichtigen von 17,5 bis 60 Jahren möglich, auch für Männer und Frauen, die bereits bei der BW waren oder noch sind! Männer, die vor dem 1.1.2008 geboren sind, trifft die Neue Wehrpflicht insofern, dass auch sie flächendeckend erfasst werden – zurückgehend bis zum Jahrgang 1993, hier interessiert die BW Vor-, Nachname und gegenwärtige Adresse, damit sie auf diese Daten jederzeit schnell zurückgreifen kann. Eine flächendeckende Musterung dieser Männer wäre nicht zu bewältigen. Im Spannungs- und Verteidigungsfall können sie einberufen werden, wenn die verteidigungspolitische Lage kurzfristigen Aufwuchs erfordert. Ist keine Anerkennung auf KDV vorhanden, sind sie zum Dienst an der Waffe verpflichtet. Ein dann noch eilig gestellter Antrag auf KDV hat zumindest im Spannungs- und Verteidigungsfall keine aufschiebende Wirkung mehr.

In der Beratungspraxis sieht es so aus, dass bei uns in der Bundesgeschäftsstelle der DFG-VK vorwiegend Mütter und Väter für ihre um das Jahr 2008 geborenen Söhne anrufen und bezüglich einer KDV beraten werden möchten. „Der Sohn begreift den Ernst der Lage nicht, sieht noch nicht, was auf ihn zukommt. „Chill mal Mama, da wird schon nichts passieren“. Ist der Sohn 17,5 Jahre alt, kann er den Antrag auf KDV stellen. Er besteht aus drei Papieren:

1. Dem Antragsschreiben, adressiert an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr, bestehend aus einem Satz: „Hiermit verweigere ich den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen gemäß Artikel 4, Absatz 3 des Grundgesetzes.“
2. Dem einseitigen, tabellarischen Lebenslauf. Ohne Bild, es ist kein Lebenslauf für eine Bewerbung! Persönliche Daten: Vor- und Nachname, Geburtsort- und Datum, Anschrift, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Kinder (ohne Namen, evtl. Alter), Eltern, Geschwister, Konfession, wenn in der Begründung von Bedeutung. Werdegang: Grundschule und weiterführende Schulen (Zeiten und Ort), Ausbildung, Studium (Zeit und Ort), Tätigkeit, Ehrenamt, Verein, besondere Vorkommnisse, die in der Begründung auftauchen und für den Entschluss zur KDV entscheidend waren. Hier kurz mit Datum erwähnen, z.B. Tod, Krankheit, Reise, Praktikum, Begegnung, Klassenfahrt, Gespräche, Filme.
3. Der schriftlichen Begründung für die Verweigerung. In eigenen Worten und sehr persönlich beschreiben, warum einem aus Gewissensgründen kein Dienst an der Waffe möglich ist und man nicht auf einen Mitmenschen schießen könnte bzw. würde. Textbausteine aus dem Internet und KI-Texte werden von den Prüfer*innen erkannt, das Schreiben muss wirklich individuell sein, die ganz persönliche, einzigartige Lebensgeschichte des Antragstellenden darstellen, sonst wird man abgelehnt.

Kriegsdienst kann nur aus Gewissensgründen verweigert werden. Es können in der Begründung durchaus politische, religiöse, ethische Gründe genannt werden, aber nur, wenn sie das Gewissen geprägt haben. Als Ungedienter, der ja keinerlei Erfahrung mit der Bundeswehr, der Waffe, dem Schießen hat und sich alles nur vorstellen kann, schreibt man z.B., wie man sich fühlt, wenn man aktuelle Bilder oder Videos von Kriegsschauplätzen sieht. Wie man sich vorstellt, man wäre jetzt dort, würde eine Waffe in die Hand gedrückt bekommen und den Befehl zu schießen. Was passiert in einem?

Wie sieht es in einem aus, wenn der Mensch, auf den man schießen soll, so alt ist wie man selber? Wenn der einem gerade in die Augen schaut? Könnte man das mit seinem Gewissen vereinbaren? Könnte man die Verantwortung für den Tod eines oder mehrerer Menschen mit seinem Gewissen vereinbaren? Was könnte man sich stattdessen vorstellen? Was hat man vor zu tun, wo würde man mitarbeiten, um ein besseres Leben für alle Menschen auf der Welt zu ermöglichen?

Die Begründung schließt ein Satz ab, der praktisch die Konsequenz aus der Gewissensentscheidung ist: „Deshalb verweigere ich hiermit nach Artikel 4, Absatz 3 des GG aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe“.

Ist der Antrag fertig geschrieben und hat man auch eine Kopie des Personalausweises beigelegt, die neuerdings

zur Identifizierung gewünscht wird, so steckt man die drei Dokumente in einen DIN A4-Umschlag und sendet das Ganze per Einschreiben mit Rückschein an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr, Wehrersatzbehörde, Militärringstr. 1000, 50737 Köln. Den Rückschein gut aufheben, er ist der einzige Nachweis dafür, dass man den Antrag verschickt hat.

Bis vor kurzem musste man noch eine Musterung durchlaufen, damit festgestellt werden konnte, ob man wehrdienstfähig ist, denn nur dann hatte man ein Recht auf das Stellen eines KDV-Antrages. Seit Inkrafttreten des neuen Wehrdienstgesetzes erlaubt eine „Kann-Bestimmung“, dass die Anträge bei ungedienten Wehrpflichtigen, die vor dem 1.1.2010 geboren sind, auch ohne Musterung bearbeitet werden. Die Bearbeitung muss dann innerhalb von neun Monaten erfolgen.

Das Bundesamt für das Personalmanagement prüft den Antrag auf Vollständigkeit, leitet ihn dann an das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, kurz BaFzA in Köln weiter. Das ist eine zivile Behörde, die über den Antrag im schriftlichen Verfahren entscheidet. Es gibt keine persönliche Anhörung mehr wie früher. Fehlen Unterlagen, bestehen Zweifel oder Unklarheiten, wird man vom BaFzA angeschrieben. Reicht man die Unterlagen innerhalb der angegebenen Frist nach, wird der Antrag ganz normal weiterbearbeitet. Versäumt man die fristgerechte Einreichung, führt das zur Ablehnung. Bei einer Ablehnung hat man die Möglichkeit zum Widerspruch und reicht eine neue Begründung ein. Erst wenn es dann wieder zu einer Ablehnung käme, müsste man vor das Verwaltungsgericht ziehen und benötigt dazu einen Anwalt oder eine Anwältin.

KDV-Beratung durch die DFG-VK

Alle Verweigernden, die die Hilfe der DFG-VK in Anspruch genommen und sich an die Vorgaben gehalten haben, sind bisher anerkannt worden. Die Bearbeitungsdauer beträgt allerdings einige Monate, man muss also Geduld haben, bis man ein Schreiben erhält, in dem steht, dass man als Kriegsdienstverweigerer anerkannt wurde. Würde es in der Zwischenzeit zu einem Kriegsfall kommen, hätte der gestellte Antrag aufschiebende Wirkung. Hat man seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erhalten, ist man weiterhin Wehrpflichtiger und wird im Spannungs- und Verteidigungsfall eingezogen, aber nicht zur Bundeswehr, nicht zum Dienst an der Waffe, nicht zum Töten. Stattdessen zu einem Dienst im zivilen Bereich.

Wir beraten auch Reservist*innen und Soldat*innen. Bei Berufssoldat*innen mit Spezialausbildung kann es durch die Verweigerung zu Regressansprüchen seitens der Bundeswehr kommen. Sie möchte das Geld wieder haben, das sie in die Person investiert hat, das kann in die Zehntausende oder mehr gehen. Hier ist eine anwaltliche Beratung zu empfehlen.

Die Sache mit den Medien

Essay über Militarisierung in Talkshows und auf Social Media

von Simon David Dressler

Die Militarisierung Deutschlands findet nicht nur in den Rüstungsfabriken statt. Sie vollzieht sich parallel in den Köpfen der Menschen, und zwar auf eine Weise, die oft unsichtbarer und gerade deshalb wirksamer ist als die plakative Bundeswehr-Werbung in den Berliner U-Bahnstationen, an denen ich täglich vorbeilaufe.

Influencer*innen als Frühwarnsystem

Als Influencer kann ich aus einer Perspektive berichten, die in diesem Bereich eher selten gehört wird: Wir sind so etwas wie ein Frühwarnsystem für gesellschaftliche Trends. Unser „Job“ besteht darin, möglichst werbefreundliche Werbeplakate zu sein. Die weiße PR-Westen dabei alles und genau deshalb ist in vielen Werbeverträgen explizit festgehalten, dass Influencer*innen nicht über Politik, Religion oder Kriege sprechen dürfen, weil es in den Augen von Werbetreibenden ihren Marktwert schmälert.

Wenn Influencer*innen sich jedoch zunehmend auf Werbung mit der Bundeswehr einlassen, bedeutet das im Umkehrschluss: Sie kalkulieren, dass die Zusammenarbeit mit dem Militär ihren Marktwert nicht mehr nennenswert gefährdet. Die Sorge schwindet, weil die Bundeswehr nicht mehr als kontrovers gilt. Das ist ein Kanarienvogel in der Goldmine: ein Indikator dafür, wie eine breite, oft unpolitische Gesellschaftsschicht für die Militarisierung gewonnen wird.

Beispiele gibt es zuhauf: Der Twitch-Streamer „Rumathra“ mit knapp einer Million Follower*innen macht Gaming-Content und wirbt plötzlich für die Bundeswehr. Vier Influencer*innen fahren in einer Bundeswehr-Webserie auf TikTok durch Deutschland und inszenieren den Militärdienst als großes Abenteuer. 2016 startete die Serie „Die Rekruten“ auf YouTube; sie wurde damals noch kritisch aufgenommen, heute ist so etwas selbstverständlich.

Militarismus in Popkultur verpackt

Die Bundeswehr ist auf Social Media angekommen und verpackt die eigene Message in Popkultur und Werbung.

Auf der GamesCom, einer der weltweit größten Videospiele-Messen, wirbt sie mit Slogans wie „Mehr Open World geht nicht“ und „Multiplayer at its best!“. Der Bundeswehr-Stand reiht sich nahtlos zwischen „Call of Duty“ und „Battlefield“ ein. Das Soldatenleben wird als Videospiele-Inszenierung, als Job wie jeder andere.

Was besonders perfide ist, sind Figuren wie David Matei, ein Jugendoffizier Mitte 30, der dank Frisur und Kleidungsstil nur halb so alt aussieht. Sein Job ist explizit, die Bundeswehr gegenüber jungen Menschen zu repräsentieren. Auf TikTok zeigt er seinen 200.000 Follower*innen eine Drohne mit Einschusslöchern aus einem Kriegsgebiet – natürlich mit fröhlicher Musik unterlegt. „100% Made in Germany!“ sagt ein Vertreter der Hersteller-Firma neben Matei. Na, Gott sei Dank!

Matei bestreitet öffentlich, Werbung für die Bundeswehr zu machen. Offiziell dürfen Jugendoffiziere das während ihren Besuchen an Schulen nämlich gar nicht. Wie lange dieses Verbot von Kriegswerbung für Kinder bestehen bleibt, ist fraglich. Die Besuche von Jugendoffizieren an Schulen sind sogar im aktuellen Koalitionsvertrag verankert. Der CSU-Wehrbeauftragte Florian Hahn sagte wörtlich: „Nicht nur informieren, sondern auch werben!“

Versprechen der Bundeswehr

Die Sache ist: Die Bundeswehr hat objektiv einiges zu bieten. Kameradschaft, insbesondere in Zeiten zunehmender Vereinsamung, besonders bei jungen Männern. Sport, Ausbildung, ein kompetitives Gehalt. In einer Zeit der Prekarisierung, in der selbst mehrere Uniabschlüsse kein lebenswertes Leben mehr garantieren, ist das ein echter Vorteil.

Dazu kommt der Nationalismus, das große „Wir“-Gefühl. In der Krisenhaftigkeit der Gegenwart verspricht die Bundeswehr eine Panzerung gegen Verunsicherung im wörtlichen Sinn. „Bei uns findest du Halt, bei uns bist du Teil vom Wir.“ Die aktuellen Werbeplakate arbeiten so stark mit einem Kollektiv-Gefühl, dass man meinen könnte, linke Organisationen würden damit werben. All

diese Vorteile sprechen objektiv für die Bundeswehr. Nur der Preis für all das ist: Du musst im Zweifelsfall für deinen Nationalstaat kämpfen, töten und sterben. Das ist kein Job wie jeder andere – es geht immer um Leben und Tod.

Der Krieg wird als Abenteuer dargestellt, die Ästhetik hebt Kameradschaft, Spaß und Action hervor. Die Realität von Krieg wird ausgeblendet. Ich nannte das in einem Essay für die Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Eher ‚American Pie‘ als ‚Im Westen nichts Neues‘.“

Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien

Ich hatte das große Vergnügen, in mehreren öffentlich-rechtlichen Talkshows dabei zu sein. Im März saß ich in der phoenix runde zum Thema „Bundeswehr in Kriegszeiten – Müssen wir umdenken?“ Die Antwort war natürlich: Ja, WIR müssen wehrhaft werden. Von fünf Personen vertrat nur einer – ich – eine militarismuskritische Haltung. Der ZEIT-Journalist Peter Dausend hatte zwar früher den Wehrdienst verweigert, würde es aber „heute nicht mehr so machen“. Eine weitere Gästin war Offiziersanwärterin, der ältere Herr neben ihr ehemaliger Vorsitzender einer Bundeswehreinstitution. Vier gegen eins (wenn man die Moderatorin mitzählt).

Dabei teilen 83% der Menschen in Deutschland meine Haltung: Nur 17% sagen, sie wären bereit, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen. Wir sind die absolute Mehrheit! Aber die öffentlich-rechtlichen Medien bilden nicht Meinungen der Bevölkerung ab, sondern machen sich die allgemeinen Ziele des Staates zu eigen: Wirtschaftsstandort, internationale Konkurrenzfähigkeit, Exportweltmeister.

Die Medien sind kritisch – aber eben aus der Perspektive, dass Regierungsfiguren ihren Job nicht richtig machen, den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht gut genug bedienen. Nicht, weil sie ein fundamentales Problem mit Aufrüstung und Weltkriegsvorbereitung hätten.

Drei Funktionen als Feigenblatt

Warum werde ich – oder mein „Waffenbruder“ Ole Ny-moen – überhaupt in solche Sendungen eingeladen? Ich erfülle drei Funktionen:

- Erstens: Feigenblatt für den eigenen Liberalismus. Man kann stolz behaupten: „Hier kann man doch alles sagen!“ Dass ich eine Meinung vertrete, die 80% der Leute teilen, aber nur 20% der Sendungsbesetzung bin, während 80% der Gäste eine Meinung darstellen, die von 20% der Leute vertreten wird – geschenkt.
- Zweitens: Den Zuschauer*innen wird gezeigt, dass meine Meinung die Minderheit ist. Wäre sie repräsentativ für eine Mehrheit der Bevölkerung, würde man schließlich mehr davon einladen!
- Drittens: Meine Meinung wird sofort von echten Profis wie Peter Dausend und anderen als egoistisch, kontraproduktiv, schädlich für UNS ALLE eingeordnet.



Politik&Wir - ARD Politiktalk mit dem Autor und Kiesewetter. Screenshot.

Eine konstruktive Diskussion wird in Sendungen solcher Art konsequent verunmöglicht. Wenn ich länger als 90 Sekunden rede, hängt der Moderator schon mit seinem Arm in meinem Gesicht; er muss das tun, weil die Zeit ja begrenzt ist. Sachzwänge etc. Man kauft mit seiner Präsenz in einer dieser Politik-Talkrunden unzählige Prämissen mit: „Herr Dreßler, wir leben in einer Demokratie, wir müssen wehrhaft werden, warum wollen Sie das nicht?“ Diese Prämissen müsste man erst einmal dekonstruieren (z. B. wer denn dieses ominöse Wir ist), und allein dafür bräuchte man vermutlich 20 Minuten am Stück. Es gibt keinen Wahrheitsanspruch, nur ein wahlloses Aneinanderreihen von Perspektiven. „Danke, dass Sie das geteilt haben, danke für Ihre Perspektive!“ Aber hat hier vielleicht mal jemand Recht? Und Unrecht?

Kann sich diese grundlegende Haltung des Journalismusbetriebs ändern? Bei manchen Themen sicherlich: Die Gaza-Berichterstattung hat sich gewandelt, weil die unkritische Position untragbar wurde. Aber die allgemeine mediale Linie wird nie weit von den bürgerlichen Staatszielen abweichen. Der Militarismus ist darin fest verankert: als Wachstumsmodell (Rüstungsindustrie statt Autobranche) und geopolitische Notwendigkeit.

Konsequenz

Wir als antimilitaristische Bewegung können nicht auf die mediale Landschaft setzen. Wir dürfen nicht darauf abzielen, deren Meinung zu ändern. Der Antimilitarismus steht zu fundamental in Opposition zu den Staatszielen der BRD.

Das führt zu frustrierenden Erlebnissen in Talkshows. Aber genau deshalb ist es wichtig, dass wir uns organisieren, uns gegenseitig stärken und nie vergessen: Wir sind die Mehrheit. 83% der Menschen wollen nicht mit der Waffe für Deutschland kämpfen. Diese Mehrheit müssen wir sichtbar machen – außerhalb der Talkshows, auf der Straße, in den Schulen, überall dort, wo die Militarisierung unsere Köpfe erobern will.

Die „regelbasierte Ordnung“ Anfang 2026

von Bernhard Klaus

Die Nachrichten zu Beginn des neuen Jahres verheißen nichts Gutes. Sie fallen jedoch weiterhin sehr unterschiedlich aus, je nachdem, ob es dabei um Verbündete oder Rivalen geht. Mit dem Völkerrecht hat das alles wenig zu tun, was seiner Erosion weiter Vorschub leistet. Dieser Prozess ist nicht neu, beschleunigt sich aber.

Besuch in Damaskus, Gefechte in Aleppo

Tagesschau.de berichtete am 9. Januar 2026: „Die syrischen Behörden hatten die Bewohner von Scheich Mak-soud und Aschrafija, zwei Vierteln im Norden der Großstadt Aleppo, zur Flucht aufgefordert: zu ihrer eigenen Sicherheit. Doch dafür blieb den Bewohnern nur wenige Stunden Zeit, dann griffen die von Islamisten dominierten Regierungstruppen und mit ihnen verbündete Milizen die Stadtteile erneut an. Aufnahmen zeigten am Donnerstag heftigen Artilleriebeschuss und Explosionen.“ Zwei Tage später wurden dort die Auseinandersetzungen um Aleppo als „die schwersten Kämpfe seit dem Assad-Sturz vor gut einem Jahr“ eingeordnet. 150.000 Menschen seien aus der Stadt geflohen; sicherlich die Mehrheit von ihnen Kurd*innen, denn gegen diese richtete sich der Angriff der – auch von ARD klar als „von Islamisten dominiert“ bezeichneten – Regierungstruppen. Die Gefechte endeten mit einer international vermittelten Waffenruhe, während die verbliebenen bewaffneten kurdischen Kräfte Aleppo verlassen sollten. In anderen Fällen würde ein solcher Ausgang als „Siegfrieden“ etikettiert.

Bereits am 7. Januar hatten die UN auf die zunehmenden Gefechte in Aleppo hingewiesen, eine sofortige Deeskalation und eine Rückkehr an den Verhandlungstisch eingefordert. Außerdem forderten sie die Konfliktparteien auf, das humanitäre Völkerrecht zu achten und die Zivilbevölkerung zu schützen. Laut ihren Angaben waren zu jenem Zeitpunkt bereits etwa 30.000 Menschen geflohen, mindestens drei Kliniken hätten ihren Betrieb einstellen müssen.

Ebenfalls am 7. Januar hatte Ursula von der Leyen ihre „Nahost“-Reise angetreten, in deren Rahmen sie sich just am 9. Januar – also auf dem Höhepunkt der Gefechte, die

eine faktische Vertreibung der kurdischen Bevölkerung aus Aleppo zum Ziel hatten – in der syrischen Hauptstadt mit den dortigen Machthabern traf. Nach dem Treffen teilte die Kommissionspräsidentin auf der Nachrichtenplattform X (der ultrarechten „Galionsfigur des Tech-Faschismus“, Elon Musk) mit: „Europa wird alles in seiner Macht Stehende tun, um die Erholung und den Wiederaufbau Syriens zu unterstützen“. Hierfür sagte sie beim Treffen selbst satte 620 Mio. Euro an Hilfsgeldern für die syrische Regierung zu, die nicht durch Wahlen, sondern durch den militärischen Sturz der vorhergehenden Regierung durch überwiegend islamistische Milizen an die Macht gekommen war. Unterstützt wurden und werden diese bis heute von der benachbarten Türkei (NATO-Mitglied), die bereits zuvor – wiederum vorwiegend von Kurd*innen bewohnte – Teile des syrischen Territoriums besetzt und teilweise annektiert hatte.

Schnöde Geopolitik

Trotz der umfangreichen Zusagen und Geldgeschenke hielt sich die Berichterstattung über den hochrangigen EU-Besuch in Damaskus in Grenzen und die Gleichzeitigkeit mit Gefechten und Vertreibungen in Aleppo wurde (wie etwa im Deutschlandfunk) gar nicht oder nur am Rande erwähnt. Lediglich die linke Zeitung *nd* kritisierte: „EU hofiert die neuen syrischen Machthaber ... Ausgerechnet inmitten einer Militäroffensive der syrischen Übergangsregierung gegen die kurdisch dominierten Selbstverteidigungskräfte in Aleppo treffen die [EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident António Costa] den syrischen Übergangspräsidenten Ahmad Al-Scharaa, der diese Offensive angeordnet hat.“ Auch die rechtspopulistische *Bild* erkannte zumindest einen „Besuch zur Unzeit“.

Natürlich war auch der Besuch in Damaskus einschließlich Finanzierungszusage letztlich ganz schnöde, alltägliche Geopolitik (deren Interessenlage hinsichtlich Syrien siehe IMI-Studie 3/2025). Dass diese bei der EU und auch der Bundesregierung von Werten geleitet sei mit dem Ziel einer „regelbasierten Weltordnung“ ist jedoch

ein Phantasma, das trotz ständiger Wiederholung in den Leitmedien nicht der Realität entspricht.

Legitimation von Angriffskriegen

So bestand die offizielle Reaktion der EU auf die klar völkerrechtswidrigen Angriffe der USA auf Venezuela und die Entführung des amtierenden Staatsoberhauptes im Wesentlichen in einer gemeinsamen Erklärung, in der diesem „das Fehlen einer Legitimation als gewähltem Präsidenten“ attestiert und die (vagen) Vorwürfe des „transnationalen organisierten Verbrechens“ und des Drogenhandels – welche den USA als Vorwände für ihren Enthauptungsschlag dienten – als „Bedrohung der weltweiten Sicherheit“ bestätigt werden. Letztlich macht sich die EU damit zum Sprachrohr für Trumps Fake-News-Maschinerie, denn tatsächlich spielt Venezuela im globalen Drogenmarkt laut dem UN-Büro für Drogen und Kriminalität (UNODC) eine eher marginale Rolle – mit derselben Argumentation ließen sich Regime Changes in sehr vielen anderen Ländern rechtfertigen.

Von schnöder Geopolitik, ebenfalls alles andere als wertebasiert, zeugt eine weitere Meldung vom 12. Januar. Der deutsche Innenminister besuchte Israel – und damit eine Regierung, gegen die gerade aufgrund des Vorwurfs eines Verstoßes gegen das Völkerrecht verhandelt wird und die verschiedene Gebiete in seiner Nachbarschaft völkerrechtswidrig besetzt hält. Dobrindt traf sich dort mit dem amtierenden Premierminister Benjamin Netanyahu – gegen den ein internationaler Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen vorliegt. Tagesschau.de berichtet hierzu: „Dobrindt und Netanyahu unterzeichneten einen Cyber- und Sicherheitspakt, den der Minister bei seinem Besuch vor einem halben Jahr bereits angekündigt hatte. Die Sicherheitsbehörden beider Länder sollen stärker zusammenarbeiten bei Cyberkriminalität, Künstlicher Intelligenz und Drohnenabwehr.“ Eigentlich wäre die Bundesregierung nach internationalem Recht verpflichtet, Druck auf Israel auszuüben, seine völkerrechtswidrige Besetzung palästinensischer Gebiete zu beenden. Ein „Sicherheitspakt“ stellt eher das Gegenteil dar. Das spielt im ARD-Bericht aber natürlich keine Rolle. Dort wird stattdessen ausgeführt: „Israel setzt Künstliche Intelligenz und automatisierte Früherkennungssysteme ein, die Angriffe melden, bevor sie Schäden anrichten.“ Das völlige Versagen dieser Frühwarnsysteme im Vorfeld des 7. Oktober 2023 wird hier ebenfalls nicht angesprochen.

Stattdessen geht es dort um den möglicherweise bevorstehenden nächsten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, den die USA aktuell wohl vorbereiten. Der wird aber natürlich nicht als solcher benannt, stattdessen heißt es, dass sich „[Israel] wieder auf eine Eskalation mit dem Iran einstellt. Sollten die USA intervenieren, hat das Mullahregime auch Israel mit Vergeltung gedroht.“ Eine „Intervention“ gegen ein „Regime“ – so wird ein Angriffskrieg vorbereitet, wenn er von den eigenen Verbündeten ausgeht.

Noch etwas billiger berichtete die ARD am Tag zuvor: „US-Präsident Trump bietet der Protestbewegung Hilfe an.“ Und anstatt den NATO-Verbündeten Trump, der gerade erst mit einer Annexion Grönlands gedroht hat, an das („komplexe“) Völkerrecht zu erinnern und vor dem Beginn eines neuen Krieges zu warnen, sekundiert der deutsche Bundeskanzler, indem er öffentlichkeitswirksam verkündet, er gehe davon aus, „dass wir jetzt hier auch gerade die letzten Tage und Wochen dieses Regimes sehen“.

Nichts neues, nur schneller (und dreister)

Die folgenreichen Ereignisse schnöder Geopolitik haben sich freilich zuletzt beschleunigt, wie dieses Blitzlicht vom traurigen Start in das neue Jahr demonstriert. Aber sie haben auch nur das – sich beschleunigt. All das fand schon lange vor Trump und auch dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine statt. Jugoslawien, Irak, Libyen, die Liste westlicher Angriffskriege ist lang, auch den türkischen Einmarsch in Syrien könnte man so klassifizieren. Noch deutlich länger ist die Liste der gestürzten unliebsamen Regierungen und die Unterstützung nicht demokratisch legitimer aber kooperationswilliger Regime. Das Playbook für die russische „Intervention“ in der Ukraine wurde schon lange vorher – und ganz wesentlich auch von den NATO-Staaten und der EU – geschrieben. Dies rückblickend als „regelbasierte Ordnung“ zu verklären, ist geschichtsvergessen und: Propaganda.



Board of Peace: Beispiel privatisierter Außenpolitik, Foto: White House, public domain.

Grönland im Fokus

Drohende US-Übernahme „auf die ein oder andere Art“

von Ben Müller

Noch vor dem offiziellen Beginn von Donald Trumps zweiter Amtszeit als US-Präsident geriet Grönland wieder in den Fokus der allgemeinen Aufmerksamkeit. Anders als in seiner ersten Amtsperiode verfolgt Trump die Übernahme der Insel durch die USA jetzt hartnäckiger und will dafür auch militärische Gewalt nicht ausschließen. Vor dem Hintergrund des US-Militärschlags gegen Venezuela Anfang 2026 verbreitet sich daher die Sorge vor einer gewaltsamen Annexion.

Das US-Interesse an Grönland

Die USA haben einen beträchtlichen Teil ihres Territoriums durch Kaufgeschäfte erworben. Im 19. Jahrhundert zählten dazu etwa der Kauf von Louisiana und von Alaska. Als sie 1867 Alaska von Russland erworben hatten, führten sie auch Verhandlungen mit Dänemark über den Erwerb von Grönland und Island. Zum Kauf der beiden Inseln kam es damals aber nicht, und auch der Kauf von Alaska war seinerzeit wenig populär. Spötter bezeichneten das Territorium als „Gefriertruhe“ von Außenminister Seward oder als Präsident Johnsons „Eisbärengehege“. Aber spätestens als im Norden Alaskas Erdölvorkommen entdeckt wurden, war die Mehrheit der Nation stolz auf den Erwerb.

Möglicherweise möchte sich Donald Trump mit dem Erwerb von Grönland heute einen ähnlich bedeutsamen Platz in den Geschichtsbüchern sichern wie einst William Seward und Andrew Johnson. In seiner ersten Amtszeit bezeichnete er sein Vorhaben als „großen Immobilienerwerb“. Und laut Aussagen, die Peter Baker für die New York Times festgehalten hat, war Trump allein durch Grönlands Ausdehnung auf der Landkarte so fasziniert, dass er die größte Insel der Welt für die USA vereinnahmen wollte.¹ Vermutlich betrachtet er es als seine verdienstvolle Aufgabe, das US-Territorium um die Landmasse von Grönland zu erweitern.

Die USA unternahmen bereits 1910, 1946 und 1955 weitere erfolglose Versuche, Grönland zu kaufen. Während des Zweiten Weltkriegs, als Dänemark von Nazi-Deutschland besetzt war, überließ ihnen aber der dänische

Botschafter einige Souveränitätsrechte, um den Status quo in Grönland aufrecht zu erhalten und zu verhindern, dass Deutschland von der Insel Besitz ergreift. Die USA errichteten daraufhin rund ein Dutzend Militärbasen, Flughäfen und Wetterstationen, von denen sie viele auch im Kalten Krieg weiterbetrieben. 1951 willigte Dänemark in ein Militärabkommen ein, das den USA exklusive Rechte für ihre Stützpunkte in Grönland einräumt.²

Nach dem Ende des Kalten Kriegs reduzierten die USA ihre Präsenz in Grönland auf die Thule Air Base (seit 2023 „Pituffik Space Base“) im Nordwesten der Insel. Das Abkommen von 1951 erlaubt ihnen aber, in Abstimmung mit Dänemark und Grönland weitere Militärbasen zu errichten.³

Die strategische Bedeutung von Grönland

„Kalaallit Nunaat“, wie Grönland in der Landessprache heißt, verfügt über reiche, noch unerschlossene Rohstoffvorkommen. Außerdem ist seine geostrategische Lage zwischen Nordatlantik und Arktis von internationalem Interesse. Durch die Klimaerwärmung, die in der Arktis viermal so stark messbar ist wie im globalen Durchschnitt, verkleinern sich die Gletscher und geben Raum für Bergbauprojekte. Auch das Meereis geht zurück und ermöglicht neue Schifffahrtsrouten durch die Arktis, die Asien mit Europa und Nordamerika verbinden und Grönland in den internationalen Seeverkehr einbinden.

Zu den grönländischen Bodenschätzen zählen reiche Erzvorkommen wie Gold, Platin, Kupfer, Zink, Molybdän und Eisenerz, aber auch Graphit, Uran und Seltene Erden. Grönland verfügt über 24 von 34 Mineralien, die von der EU als kritische Rohstoffe eingestuft werden.⁴ Hinzu kommen Fisch und andere Meeresressourcen, im Eis gebundene Süßwasserreserven und Gesteinsmehl, das als wertvoller Dünger verwendet werden kann. Auch für die Energieerzeugung aus Wasserkraft gibt es Potential.

Bereits während des Kalten Kriegs war die Arktis die kürzeste Verbindung zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR, so dass Frühwarnsysteme zur Erkennung von Raketenangriffen möglichst weit im Norden

stationiert werden mussten. Die Pituffik Space Base ist die nördlichste Militärbasis der USA. Als wichtige Bodenstation zur Weltraum-Überwachung und mit Frühwarn-Radaranlagen ausgestattet ist sie für die USA unverzichtbar.

Aus geostrategischer Sicht sind auch die Wasserstraßen zwischen Grönland, Island und Großbritannien, die sogenannte „GIUK-Lücke“, von besonderer Bedeutung. Einerseits verlaufen hier wichtige Untersee-Kabel, die Nordamerika und Europa verbinden, und der Seeweg gilt als militärische Nachschubroute im Fall eines Kriegs in Europa. Andererseits stellen diese Meerengen die einzige Möglichkeit für russische Schiffe dar, von der Arktis in den Atlantik vorzudringen. In Übungen wie „Dynamic Mongoose“ bereitet sich die NATO daher regelmäßig auf den Anti-U-Boot-Kampf in diesen Gewässern vor.⁵

Militärische Gewalt nicht ausgeschlossen

Bereits in seiner ersten Amtszeit als US-Präsident wollte Donald Trump Grönland kaufen. Die dänische Antwort, dass das „absurd“ sei und Grönland nicht zum Verkauf stehe, verstörte ihn so, dass er deswegen einen Staatsbesuch in Dänemark absagte.⁶ Noch vor der offiziellen Einführung zu seiner zweiten Amtszeit griff er das Thema wieder auf und erklärte „Eigentum und Kontrolle über Grönland“ zu einer „absoluten Notwendigkeit“ für die nationale Sicherheit und die Freiheit in der Welt.⁷

Wahrscheinlich geht es Trump um die grönländischen Bodenschätze. Auch den arktischen US-Staat Alaska betrachtet er offenbar hauptsächlich als Rohstoffquelle. Gleich nach seinem Amtsantritt hat er Dekrete zur Förderung von Öl, Gas und anderen Ressourcen im Naturschutzgebiet „Arctic National Wildlife Refuge“ erlassen.⁸ Und auch nach seinem Militärschlag gegen Venezuela war es ihm wichtig, das venezolanische Öl für US-Konzerne verfügbar zu machen. Aber im Fall von Grönland spricht er das nicht aus, sondern redet nur von der nationalen und internationalen Sicherheit, oder dass die Insel „von russischen und chinesischen Schiffen umzingelt“ sei.⁹

Trump stellte auch den völkerrechtlichen Anspruch Dänemarks auf Grönland in Frage: „Die Leute wissen nicht einmal genau, ob Dänemark überhaupt einen Rechtsanspruch darauf hat. Aber wenn es einen hat, dann sollte es ihn aufgeben.“¹⁰ Und er lehnte es ab, militärische Gewalt zur Übernahme der Insel auszuschließen. Vor dem US-Kongress gab er sich zuversichtlich, Grönland „auf die ein oder andere Art“ zu übernehmen, und den Menschen in Grönland versprach er großspurig Sicherheit und Reichtum.¹¹ Auf die Frage, ob das Pentagon Pläne für eine bewaffnete Invasion in Grönland habe, wiederholte US-Verteidigungsminister Pete Hegseth vor einem Ausschuss des Repräsentantenhauses mehrfach, das Pentagon habe Pläne für alle Eventualitäten.¹²

Aktuelle Entwicklung

In seiner Rede beim Weltwirtschaftsforum am 21.1.2026 in Davos hat Donald Trump zugesichert, er werde Grönland nicht mit Gewalt annectieren. Ein paar Stunden später nahm er nach einer Unterredung mit NATO-Generalsekretär Rutte auch die angekündigten Zölle gegen acht europäische Staaten zurück und verkündet, es gebe ein Konzept für einen zukünftigen Deal zu Grönland und zur Arktis insgesamt. Vermutlich bezieht sich diese Ankündigung auf zwei Vereinbarungen: eine stärkere NATO-Präsenz in der Arktis und Verhandlungen zwischen den USA, Dänemark und Grönland über eine Aktualisierung des Militärabkommens von 1951.

Als Folge der Vereinbarungen hat die NATO am 11.2.2026 eine Mission „Arctic Sentry“ gestartet, mit der sie russischen und chinesischen Aktivitäten in der Arktis begegnen will. Ein Schwerpunkt soll auf der GIUK-Lücke liegen. Anfangs sollen vor allem Übungen von Mitgliedstaaten wie Dänemarks „Arctic Endurance“ oder Norwegens „Cold Response“ gebündelt und auf NATO-Ebene koordiniert werden. Die Bundeswehr möchte „Arctic Sentry“ mit vier Eurofighter und Kapazitäten zur Betankung in der Luft unterstützen, und Großbritannien hat einen Flugzeugträger angekündigt und die Verdopplung seiner Truppenpräsenz in Norwegen auf 2000 Soldat*innen. Ob die Verhandlungen zwischen den USA, Dänemark und Grönland zu einem Ergebnis führen werden, das Donald Trump als Sieg verkaufen kann, bleibt offen. (Stand: 15.2.2026)

Einflussnahme auf Grönland

Im Mai 2025 berichtete das Wall Street Journal über eine Anweisung an die US-Geheimdienste, Grönland stärker zu beobachten. Insbesondere sollten Personen in Grönland und Dänemark ausfindig gemacht werden, die die US-Interessen in Grönland unterstützen. Auch die Unabhängigkeitsbewegung in Kalaallit Nunaat sollte beobachtet werden sowie die öffentliche Meinung zu einer Beteiligung der USA an Bergbau- und Infrastrukturprojekten.¹³ Auch der dänische Rundfunk berichtete im August 2025 von mindestens drei US-Bürgern mit Verbindungen zu Donald Trump, die sich anschickten, Grönland zu „infiltrieren“. Ob die Männer in staatlichem Auftrag unterwegs waren, konnte der Sender zwar nicht ermitteln. Dänemark nahm die Angelegenheit dennoch zum Anlass, den obersten US-Diplomaten ins Außenministerium einzubestellen.¹⁴

Dänemark bemühte sich seinerseits, Verbundenheit mit Kalaallit Nunaat auszudrücken. Im April 2025 reisten sowohl Premierministerin Frederiksen¹⁵ als auch König Frederik X.¹⁶ in die grönländische Hauptstadt Nuuk. Auch andere europäische Staatsschefs stellten sich an die Seite Dä-

nemarks. Der französische Präsident Emmanuel Macron etwa stattete Nuuk einen Besuch ab und beteuerte die Bereitschaft Frankreichs, für Grönlands Sicherheit einzustehen.¹⁷ Und Deutschland, das seine militärische Präsenz in der Arktis steigern möchte, nutzte die Gelegenheit und ließ mit dem Einsatzgruppenversorger „Berlin“ im August 2025 zum ersten Mal ein Kriegsschiff in Nuuk Station machen.¹⁸

Zu den Akteuren, die ihren Einfluss geltend machen möchten, zählen auch reiche Personen aus der US-amerikanischen Tech-Branche, die möglicherweise Donald Trumps Grönland-Deal finanzieren sollen. Laut einer Reuters-Recherche befürworteten Peter Thiel, Marc Andreessen oder Dryden Brown, die Grönland offenbar für verfügbares Niemandsland halten, dort die Gründung einer deregulierten Privatstadt. Für Brown wäre die grönländische Geographie demnach auch eine gute Vorbereitung für eine zukünftige Mars-Kolonisierung.¹⁹ Unterstützung werden sie vielleicht von Ken Howery erhalten, der zusammen mit Thiel an der PayPal-Gründung beteiligt war und seit Oktober 2025 als neuer US-Botschafter in Dänemark amtiert.

Wer bedroht Grönland?

Die Behauptung von Trump, dass Grönland von russischen und chinesischen Schiffen umzingelt sei, lässt sich leicht widerlegen. Ulrik Pram Gad vom Dänischen Institut für Internationale Studien verweist dafür auf die Größe der Arktis, die sich in mehrere Gebiete unterteile, deren jeweilige Sicherheitssituation für Grönland meistens nicht relevant sei. Es gebe zwar russische und chinesische Schiffe in der Arktis, aber von Grönland seien sie nicht einmal mit dem Fernglas zu erkennen.²⁰ Und von den Ausführungen zur Bedrohungslage, die US-Vizepräsident JD Vance bei einem Besuch der Pituffik Space Base im März 2025 geäußert hatte, distanzierte sich sogar Oberst Susannah Meyers, die damalige Chefin der Basis, in einer E-Mail, woraufhin sie allerdings umgehend ihres Postens enthoben wurde.²¹

Viele Wissenschaftler*innen haben sich bereits mit der von Trump beschworenen Bedrohung Grönlands, der angeblich nur mit einer Übernahme durch die USA begegnet werden könne, auseinandergesetzt. Meistens stellt sich dabei heraus, dass diese Bedrohung nicht existent oder maßlos übertrieben ist. Andreas Østhagen vom norwegischen Fridtjof Nansen Institut stellt z.B. klar, dass Russland vor allem in der europäischen Arktis (Barentssee, Svalbard, norwegische Küste) aktiv sei, aber nicht bei Grönland. Und China sei zwar an Geschäften in der Arktis interessiert, die Versuche chinesischer Firmen, in Grönland zu investieren seien aber meist aus Sicherheitsgründen unterbunden worden. Chinesische Schiffe seien vor allem an der russischen Küste und vor Alaska anzutreffen, aber nicht vor Grönland.²²

Im Gegensatz zu den USA hat der chinesische Außenminister Wang Yi im Mai 2025 betont, dass China die dänische Souveränität über Grönland respektiere.²³ Auf der

Arctic Security Conference im September 2025 in Oslo bemerkte die kanadische Wissenschaftlerin Heather Exner-Pirot dazu, in den letzten 30 Jahren sei die einzige Bedrohung in der Arktis von den USA ausgegangen, eben die von Trump angedrohte Annexion Grönlands.²⁴ Und Mia Bennett, Geographin an der Universität Washington, kommentiert: „Während Trump die Furcht vor einem Einfall russischer und chinesischer Schiffe in Grönland schürt, fürchten sich die Inselbewohner vor der viel realeren Möglichkeit eines Einfalls amerikanischer Schiffe auf der größten Insel der Welt.“²⁵

Troy Bouffard, Lehrbeauftragter für Arktis-Sicherheit an der Universität Alaska Fairbanks, vermutet, dass die Bedrohungen auch für Trump nicht real existieren müssen. Er benutze sie aber, um zu eskalieren, und um in dem Handelsgeschäft, das die Grönland-Übernahme für ihn darstelle, der Gegenseite Zugeständnisse abzupressen.²⁶

Dänemark rüstet auf

Mit der Begründung einer wachsenden Bedrohung durch Russland und China in der Arktis setzt die dänische Regierung zurzeit auf massive Aufrüstung. Zusammen mit den autonomen Regierungen in Grönland und auf den Färöer Inseln hat sie 2025 zwei Militärabkommen für den Nordatlantik und die Arktis vereinbart mit einem Volumen von zusammen 42 Mrd. Kronen (ca. 5,6 Mrd. Euro).²⁷ Hinzu kommen weitere militärische Großausgaben für Luftabwehr und zusätzliche F35-Kampfflugzeuge sowie ein „Beschleunigungsfonds“, der die dänischen Militärausgaben 2025 und 2026 auf mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts heben soll.

Die beiden Rüstungspakete für die Arktis beinhalten u.a. fünf neue eisgängige Schiffe als Ersatz für die vier Fregatten der Thetis-Klasse. Zur Überwachung des ausgedehnten Gebiets sollen Seefernaufklärer, Langstreckendrohnen, Radaranlagen und Satelliten beschafft werden. Hinzu kommt ein Hauptquartier für das „Joint Arctic Command“ in der grönländischen Hauptstadt Nuuk, ein Marine-Kai sowie weitere kleinere Drohnen zur Stationierung in Grönland. Auch das militärische „Basistraining“ für junge Menschen in Grönland soll ausgeweitet und um ein Modul zur Drohnensteuerung erweitert werden.

Nicht nur die NATO-Vorgaben und die Vorwürfe von JD Vance fordern Dänemark heraus. Auch ein Bericht des öffentlichen dänischen Rundfunks vom Januar 2025 attestiert der dänischen Marine erhebliche Schwächen beim Anti-U-Boot-Kampf im Nordatlantik und in der Arktis und setzt das Militär zusätzlich unter Druck.²⁸ Der dänische Militärgeheimdienst, der in den vergangenen Jahren hauptsächlich vor einer wachsenden Bedrohung durch Russland und China gewarnt hat, erwähnt in seinem Bericht für 2025 allerdings erstmals kritische Töne zur Rolle der USA: „die USA setzen ihre wirtschaftliche und technologische Macht jetzt als politisches Druckmittel ein, auch gegen Alliierte und Partner.“²⁹



Von Venezuela nach Grönland?

Um den Jahreswechsel 2025/26 ist die Auseinandersetzung um Grönland weiter eskaliert. Bereits im Dezember 2025 sorgte die Ernennung von Jeff Landry zum US-Sondergesandten für Grönland für diplomatische Verstimmung, die Dänemark abermals veranlasste, den US-Botschafter ins Außenministerium einzubestellen. Landry, republikanischer Gouverneur von Louisiana, postete nach seiner Ernennung auf X, es sei ihm eine Ehre, Grönland zu einem Teil der USA zu machen.³⁰

Der völkerrechtswidrige US-Angriff auf Venezuela am 2. Januar 2026 mit der Entführung von Nicolás Maduro und Cilia Flores setzte einer Reihe von militärischen Drohungen und ungerechtfertigten Attacken auf Schiffe in der Karibik mit über 100 Toten die Spitze auf. In der Pressekonferenz am Folgetag lobte Verteidigungsminister Hegseth den Militärschlag und die Durchsetzungsfähigkeit von Donald Trump. Und er erklärte, ähnliche Aktionen zu jeder Zeit und an jedem Ort wiederholen zu können („America can project our will anywhere, anytime“).³¹ Diese Kampfansage galt auch Grönland und Dänemark. Einen Tag später ergänzte Trump, die USA würden sich um Grönland in etwa zwei Monaten kümmern.³²

Für Aufregung sorgte auch eine Grönlandkarte in den Farben der US-Fahne, die am 3.1.2026 von Katie Miller

über X verbreitet wurde. Mit dem Zusatz „SOON“ deutete die frühere Trump-Mitarbeiterin und Ehefrau von US-Vize-Stabschef Stephen Miller an, Grönland werde „bald“ zu den USA gehören.³³ Stephen Miller erläuterte derweilen in einem CNN-Interview seine imperialistische Sicht auf die Welt, die nur von Stärke, Kraft und Macht regiert werde: „Wir sind eine Supermacht, und unter Präsident Trump werden wir uns auch wie eine Supermacht verhalten.“ Angesichts der militärischen Stärke der USA bedeutete das, dass niemand wegen der Zukunft Grönlands gegen die Vereinigten Staaten kämpfen werde.³⁴

Auch Donald Trump fühlt sich nicht an das Völkerrecht gebunden. In einem Interview mit der New York Times sagte er im Januar 2026, seine einzigen Grenzen seien seine moralischen Abwägungen und sein Verstand. Er wolle keinen Menschen schaden, aber er brauche kein Völkerrecht.³⁵ Auf die Frage, warum er nicht nach dem Abkommen von 1951 Truppen in Grönland stationiere, antwortete er, dass Eigentum für ihn psychologisch notwendig sei, um Erfolg zu haben.³⁶

Das Ende der NATO?

Im Zuge der Eskalation im Grönlandkonflikt hielt Mette Frederiksen Trump vor, ein militärischer Angriff auf Grönland sei gleichbedeutend mit dem Ende der NATO und der Sicherheitsarchitektur seit dem Zweiten Weltkrieg.³⁷ Trump erklärte dagegen, wenn Grönland in den Händen der USA sei, würde das die NATO noch viel mächtiger und wirksamer machen. Alles darunter sei inakzeptabel.³⁸ Für Trump ist es anscheinend kein Widerspruch, einem NATO-Mitglied militärisch zu drohen und sich gleichzeitig zur NATO zu bekennen.

NATO-Generalsekretär Mark Rutte hatte im März 2025 bei einem Treffen mit Trump im Oval Office versucht, die NATO aus der Grönlandfrage herauszuhalten. Er gab Trump zwar Recht, dass die Arktis vor Russland und China geschützt werden müsse, wollte sich aber nicht dazu äußern, ob Grönland zur USA gehören sollte oder nicht.³⁹ Auch im Januar 2026 vermeidet es Rutte, sich zu den US-Annexionsdrohungen zu äußern. Stattdessen greift er die von Donald Trump behauptete Bedrohung Grönlands auf, um ihr eventuell mit einer gemeinsamen NATO-Aktion zu begegnen.⁴⁰ Möglicherweise will er damit die US-Argumentation entkräften, nur die USA könne die Sicherheit Grönlands gewährleisten. Da eine russische oder chinesische Bedrohung Grönlands aktuell aber gar nicht vorliegt, und es den USA wahrscheinlich eher um Rohstoffe und um Trumps Geltungssucht geht, ist Rutes Strategie zum Scheitern verurteilt. Sie führt nur zu einer weiteren Militarisierung der Arktis.

Unabhängig von Mark Rutes Initiative hat Dänemark im Januar 2026 seine Militärpräsenz in Grönland verstärkt. Laut Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums sollen die Truppen den Einsatz unter arktischen Bedingungen trainieren und durch ihre Anwesenheit die



Maschine des US-Vizepräsidenten bei der Ankunft in Pituffik, Foto: US-Space Force, public domain.

europäische und transatlantische Sicherheit verstärken. Angekündigt sind Flugzeuge, Schiffe und Soldaten auch von NATO-Verbündeten. Zu ihren Aufgaben zählen der Schutz kritischer Infrastruktur, die Unterstützung lokaler Behörden, die Verlegung von Kampfflugzeugen sowie Operationen auf See.⁴¹

Auf Einladung Dänemarks schickte auch Deutschland ein Erkundungsteam der Bundeswehr nach Grönland. Der aus 15 Logistikern und Experten unterschiedlicher militärischer Bereiche bestehende Trupp weilte vom 16. bis 18. Januar 2026 auf der Insel. Sein Auftrag war es, die Bedingungen für einen möglichen Bundeswehreinsatz in Grönland auszukundschaften. Ähnliche Erkundungsmissionen wurden auch von Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Schweden, Finnland und den Niederlanden durchgeführt.⁴² Als Reaktion kündigte Donald Trump Strafzölle gegen diese Länder an.

Konsequenzen

Am 14. Januar 2026 fand in Washington ein Treffen zur Zukunft Grönlands statt, an dem der dänische Außenminister Lars Løkke Rasmussen, die grönländische Außenministerin Vivian Motzfeld sowie US-Außenminister Marco Rubio und US-Vizepräsident JD Vance teilnahmen. Bei diesem Gespräch zeigten sich „grundlegende Meinungsverschiedenheiten“ zwischen den beiden Positionen. Eine Arbeitsgruppe soll jetzt sondieren, wie der Konflikt beigelegt werden könnte.⁴³ Es steht aber zu befürchten, dass US-Präsident Trump von seinem Anspruch, Grönland zu besitzen, nicht abrücken wird.

Bedrohlich wird die Situation dadurch, dass Politiker wie Stephen Miller inzwischen völlig offen für das Recht des Stärkeren in internationalen Beziehungen eintreten. Wenn Donald Trump behauptet, seine Entscheidungen müssten sich nicht am Völkerrecht orientieren, oder wenn

Pete Hegseth androht, die USA könnten Militärangriffe wie in Venezuela jederzeit und überall durchführen, dann erinnert das an finstere Zeiten, in denen Machthaber ihre Herrschaft willkürlich und mit brutaler Gewalt durchsetzen.

Im Moment sieht es so aus, als würden die US-Annexionsdrohungen gegen Grönland innerhalb der NATO zu einer Art Wettbewerb führen, wer die Sicherheit Grönlands am Besten schützen kann. Unabhängig von der Frage, ob eine Bedrohung Grönlands durch Russland und China überhaupt existiert, heizen die beteiligten Akteure damit aber den Machtkampf an, auf dem eine am Recht des Stärkeren ausgerichtete Weltordnung beruht. Jede weitere Militarisierung (nicht nur) in der Arktis ist abzulehnen. Die daraus entstehende Gefahr der Eskalation bringt verheerende Folgen für Menschen, Umwelt und Klima mit sich. Kampfflugzeuge hinterlassen große Mengen Kohlenstoffdioxid, Kriegsschiffe beeinträchtigen die Meeresfauna und Militärfahrzeuge zerstören die empfindliche Vegetation an Land.

Kalaallit Nunaat wird zu einem Spielball fremder Mächte. Eigentlich will sich das Land von Dänemark lösen und seinen eigenen Weg gehen. Angesichts der Bedrohung aus den USA fühlt Regierungschef Jens-Frederik Nielsen jetzt aber sein Land an die ehemalige Kolonialmacht gebunden.⁴⁴ Und was wird aus den Menschen, falls Kalaallit Nunaat von den USA annektiert wird? Werden sie sich dann weiter von Fischfang und Robbenjagd ernähren können? Oder müssen sie ihren Lebensunterhalt in neu entstehenden Erz- und Kohleminen verdienen? Oder werden sie zu Dienstpersonal in einer deregulierten Privatstadt, während die Kraftwerke und Serverfarmen der tonangebenden Tech-Magnaten den Klimawandel weiter anheizen?

Der Friedensforscher Egon Spiegel sieht in Kalaallit Nunaat ein erfolgversprechendes Potential für gewaltfrei-

en Widerstand. Gerade die kulturelle Identität und der direkte soziale Kontakt innerhalb der Bevölkerung könne durch konsequente Verweigerung und Ausgrenzung den Preis, den die Besatzungsmacht USA langfristig aufbringen muss, nach oben treiben.⁴⁵ Ob dieser Weg angesichts der dünnen Besiedelung Grönlands wirklich zu einem Erfolg führen kann, ist unklar. Als Alternative zu militärischem Widerstand sollte er aber auf jeden Fall berücksichtigt werden.

Und es bleibt zu hoffen, dass das Recht des Stärkeren sich nicht durchsetzt, sondern dass stattdessen Selbstbestimmung und internationale Kooperation zur Grundlage der Weltordnung werden. Den Menschen in Kalaallit Nunaat ist jedenfalls zu wünschen, dass sie und die Insel, auf der sie leben, nicht zu einem Besitzstück oder zu bloßer Handelsware herabgewürdigt werden.

Anmerkungen

- 1 Jeffrey Gettleman: Greenland Would Be the Largest U.S. Land Acquisition, if Trump Got His Way, 13.1.2026 nytimes.com
- 2 Marc Jacobsen: Das Interesse der USA an Grönland, 12.09.2025 bpb.de
- 3 Elías Thorsson: Danish experts baffled: what more does Trump want?, 27.1.2025 arctictoday.com
- 4 Astri Edvardsen: „Greenland Needs the EU, and the EU Needs Greenland“, 9.10.2025 highnorthnews.com
- 5 Dynamic Mongoose, 9.7.2020 bundeswehr.de
- 6 Carsten Schmiester: Verschnupft bis entsetzt, 21.8.2019 tagesschau.de
- 7 Rebecca Shabad: Trump says ownership of Greenland ‚is an absolute necessity‘, 23.12.2024 nbcnews.com
- 8 Hilde-Gunn Bye: Trump Signs Order to Maximize Resource Development in Alaska, 22.1.2025 highnorthnews.com
- 9 Elías Thorsson: Trump repeats call for Greenland annexation, declines to rule out force, 4.1.2026 arctictoday.com
- 10 John L. Dorman, Brent D. Griffiths: Trump refuses to rule out using military force to take Greenland or the Panama Canal, 7.1.2025 businessinsider.com
- 11 Trine Jonassen: Trump Says The U.S. Will Take Control of Greenland ‚One Way or The Other‘, 5.3.2025 highnorthnews.com
- 12 Lolita C. Baldor, Tara Copp: Hegseth says the Pentagon has contingency plans to invade Greenland if necessary, 13.6.2025 apnews.com
- 13 Elías Thorsson: Trump orders espionage campaign against Greenland, 7.5.2025 arctictoday.com
- 14 Astri Edvardsen: Denmark and Greenland’s Message to the US: Any Attempt at Interference is Unacceptable, 29.8.2025 highnorthnews.com
- 15 Elías Thorsson: Danish PM to U.S.: ‚You cannot annex another country‘ in blunt Facebook message, 4.4.2025 arctictoday.com
- 16 Lasse Sørensen: Danish king packs suitcase of soft power on Greenland trip, 29.4.2025 courthousenews.com
- 17 Malte Humpert: France Ready for Joint Arctic Exercises, Will Open Consulate Says Macron During Visit to Greenland, 16.6.2025 highnorthnews.com
- 18 Elías Thorsson: Germany sends warship to Greenland to signal Arctic solidarity, 19.8.2025 arctictoday.com
- 19 Rachael Levy, Alexandra Ulmer: Exclusive: Greenland

- ‚Freedom City‘? Rich donors push Trump for a tech hub up north, 10.4.2025 reuters.com
- 20 Ulrik Pram Gad: Don’t get Greenland’s role in Arctic security wrong, 28.1.2025 diis.dk
- 21 Chefin von US-Basis auf Grönland gefeuert, 11.4.2025 tagesschau.de
- 22 Andreas Østhagen: Trump & Greenland: Is There Logic in the Chaos?, 8.1.2025 thearcticinstitute.org
- 23 Reuters: China fully respects Denmark’s sovereignty on Greenland, foreign minister says, 19.5.2025 reuters.com
- 24 Fridtjof Nansen Institut: Arctic Security Conference 2025: Managing Polarization and Fragmentation, 18.9.2025 youtube.com
- 25 Mia Bennett: After Venezuela, will Greenland be next to fall in the Western Hemisphere?, 8.1.2026 cryopolitics.com
- 26 Eilís Quinn: The U.S. already has leverage in Greenland, so why is Trump escalating? Experts weigh in, 9.1.2026 rcinet.ca
- 27 Astri Edvardsen: Denmark to Strengthen Arctic Defense by DKK 27,4 Billion, 15.10.2025 highnorthnews.com
- 28 Elías Thorsson: Danish navy’s Arctic capabilities fall short of NATO expectations, 29.1.2025 arctictoday.com
- 29 Elías Thorsson: Danish intelligence recasts U.S. as security challenge in ‚seismic shift‘, 19.12.2025 arctictoday.com
- 30 Reuters: Denmark summons US ambassador over Trump’s Greenland appointment, 22.12.2025 arctictoday.com
- 31 Peter Kornbluh, William M. LeoGrande: Trump’s Naked Imperialism, 4.1.2026 thenation.com
- 32 Elías Thorsson: Danish PM says U.S. attack on Greenland would be end of NATO, 5.1.2026 arctictoday.com
- 33 Elías Thorsson: U.S. will ‚soon‘ annex Greenland, wife of top Trump aide implies, 4.1.2026 arctictoday.com
- 34 Stephen Collinson: Trump’s new US mission statement: Strength, force, power, 6.1.2026 edition.cnn.com
- 35 Deutschlandfunk: US Präsident Trump: ‚Brauche kein Völkerrecht‘, 9.1.2026 deutschlandfunk.de
- 36 Jeffrey Gettleman, a.a.O.
- 37 Elías Thorsson: Danish PM says ‚...‘, a.a.O.
- 38 Nandita Bose, Simon Lewis, Jacob Gronholt-Pedersen: Trump reiterates desire for Greenland following high-stakes meeting, 15.1.2026 reuters.com
- 39 Sertac Aktan: Trump hält NATO-Chef Rutte bei Vorhaben zur Annexion Grönlands für ‚hilfreich‘, 14.3.2025 de.euronews.com
- 40 Reuters: NATO discussing next steps to ensure Arctic stays safe, Rutte says, 13.1.2026 reuters.com
- 41 Danish Ministry of Defence: The Danish Armed Forces expand their presence and continue exercises in Greenland in close cooperation with allies, 14.1.2026 fmn.dk
- 42 Was die Bundeswehr auf Grönland erkundet hat, 18.1.2026 zdfheute.de
- 43 Deutschlandfunk: Keine Einigung bei Gesprächen in Washington, 15.1.2026 deutschlandfunk.de
- 44 Elías Thorsson: ‚We choose Denmark,‘ Greenland PM says ahead of White House meeting, 13.1.2026 arctictoday.com
- 45 Egon Spiegel: Wie kann sich Grönland wirksam verteidigen?, 14.1.2026 gewaltfreieaktion.de



Die Langfassung weiter-
lesen auf imi-online.de



USA, Venezuela und die Trümmer des Völkerrechts

von Claudia Haydt

Ohne Kriegserklärung und dennoch mit brachialer militärischer Gewalt griffen die Streitkräfte der USA in den frühen Morgenstunden des 2. Januar 2026 Venezuela an. Sie bombardierten zivile und militärische Ziele und verschleppten den Präsidenten Nicolas Maduro sowie seine Ehefrau Cilia Flores. Was bedeutet dieser eklatante Bruch des Völkerrechts für die Zukunft der internationalen Beziehungen? Ist die juristische Bewertung tatsächlich so komplex, wie Kanzler Merz postuliert?

Die Eskalation und das Schweigen der Verbündeten

Dem militärischen Angriff auf Ziele in Caracas und der Umgebung ging eine längere Eskalation voraus. Die USA zerstörten mehr als 30 Fischerboote unter dem Vorwand, dass diese Drogen in die USA bringen könnten. Dabei starben über 100 Menschen. Darauf folgten Akte der Piraterie, in denen venezolanische Öltanker überfallen und in die Gewalt der USA gebracht wurden. Eine Hafenanlage auf dem venezolanischen Festland wurde angegriffen. Begleitet wurde dies vom größten Militäraufmarsch der US-Streitkräfte in der Karibik seit Jahrzehnten. Ein Flugzeugträger, die USS Gerald R. Ford, wurde verlegt, ehemalige US-Militärbasen in der Karibik wieder in Betrieb genommen und mindestens 15.000 Soldaten in die Region verlegt.

Zu all dem gab es bestenfalls Bitten um rechtliche Klarstellung, aber keine eindeutig kritische Stimme aus der deutschen Regierung oder der Europäischen Union. Exemplarisch für die auffällige deutsche Zurückhaltung steht die Äußerung des Sprechers des Auswärtigen Amtes Josef Hinterseher, der auf einer Pressekonferenz auf die Frage nach der deutschen Haltung zu US-Invasionsvorbereitungen erklärte: „[J]edes Vorgehen muss im Rahmen des Völkerrechts erfolgen. Es ist an den jeweiligen Parteien, darzulegen, ob und wie das der Fall ist.“ Einzelne Länder wie Spanien und Frankreich äußerten sich etwas kritischer. Insgesamt überwog jedoch das Schweigen. Die Regierung Venezuelas ließ sich trotz des Aufmarsches nicht zu einer militärischen Aggression provozieren, um keinen Vorwand für eine weitere Eskalation zu liefern. Schlussendlich war dies aber nicht relevant, da für die

Trump-Regierung die Interessenlage ausschlaggebend war. Das Schweigen seiner Verbündeten konnte er dabei als Zustimmung oder zumindest Gleichgültigkeit interpretieren.

Das venezolanische Öl

Venezuela verfügt mit 300 Milliarden Barrel über die weltweit größten Erdölreserven. Dies entspricht einem Anteil von rund 17 Prozent der weltweit bekannten Ölreserven. Obwohl die USA die eigene Erdöl-Produktion durch Fracking massiv ausgeweitet haben, benötigen sie nach wie vor Importe. Dabei fällt auf, dass in den letzten Jahren besonders der Import von Schweröl in die USA zunahm, um die Raffinerieauslastung zu gewährleisten. Genau dieses Öl hofft Trump zukünftig aus Venezuela zu bekommen – indem er US-Ölkonzernen den Zugriff auf das venezolanische Öl ermöglicht. „Wir werden unsere sehr großen US-amerikanischen Ölkonzerne – die größten weltweit – beauftragen, Milliarden von Dollar zu investieren, um die stark beschädigte Infrastruktur, die Ölinfrastruktur, zu reparieren“, erklärte Trump auf einer Pressekonferenz in Mar-a-Lago zu der Zukunft der Venezuelas. Trumps Regierung sendet mit ihrem brachialen Zugriffsversuch auf das venezolanische Öl auch eine deutliche Drohung an Kanada und Mexiko, von denen die USA zurzeit das meiste Rohöl beziehen.

Die Trümmer des Völkerrechts

Das Agieren Trumps und seiner Regierung in Venezuela kann wohl nur als Staatsterrorismus bezeichnet werden. Venezuela hat die USA nicht angegriffen, es stand auch kein Angriff unmittelbar bevor und dennoch entführten Spezialeinheiten der US-Armee, die Delta Forces, den Staatschef eines souveränen Landes. Mehr noch, er kündigte auch an, die USA würden weitere Angriffe starten, sollten die von ihnen ernannten neuen Machthaber nicht wie gewollt spüren: „Wir werden uns jetzt um das Land kümmern, bis wir einen sicheren, geordneten und umsichtigen Übergang gewährleisten können“, sagte US-Präsident Trump der Pres-

sekonferenz kurz nach Maduros Entführung. „Wir werden das Land mit einer Gruppe führen und wir werden sicherstellen, dass es ordentlich geführt wird.“

Dem gelehrten Juristen Friedrich Merz fällt die rechtliche Bewertung trotzdem schwer: „Die rechtliche Einordnung des US-Einsatzes ist komplex. Dazu nehmen wir uns Zeit.“

EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas mahnt zu Zurückhaltung. Gleichzeitig erklärt sie, Maduro fehle die Legitimität als Staatschef. Indem Kallas die innenpolitische Fragestellung der Legitimität der venezolanischen Regierung in Zusammenhang mit dem militärischen Vorgehen der USA bringt, stärkt sie de facto Trumps Argumentation. Das völkerrechtliche Gewaltverbot ist die Grundnorm der internationalen Ordnung und gilt ganz unabhängig von der inneren Verfasstheit eines Staates.

Lula da Silva, der Präsident Brasiliens, ordnet das Geschehen treffend als einen „gefährlichen Präzedenzfall“ ein und warnt vor einer Welt, „in der das Recht des Stärkeren herrsche“. Der Angriff auf Venezuela erinnere ihn an die „schlimmsten Momente der Einmischung“ in der Geschichte Lateinamerikas.

Kuba, Mexiko, Kolumbien und andere lateinamerikanische Staaten befürchten zurecht, dass auch bei ihnen ein Regime Change mit massiver militärischer Gewalt durchgesetzt werden könnte. Doch die Signalwirkung geht über den amerikanischen Kontinent hinaus. Mit welcher moralischen Autorität kann China von einer Einmischung in Taiwan oder Russland von einem weiteren Vorgehen in seiner Nachbarschaft abgehalten werden? Ohne klare und deutliche Ablehnung des US-Vorgehens wird das ohnehin schwer angeschlagene völkerrechtliche Gewaltverbot nicht nur geschwächt, sondern es droht zerstört zu werden.

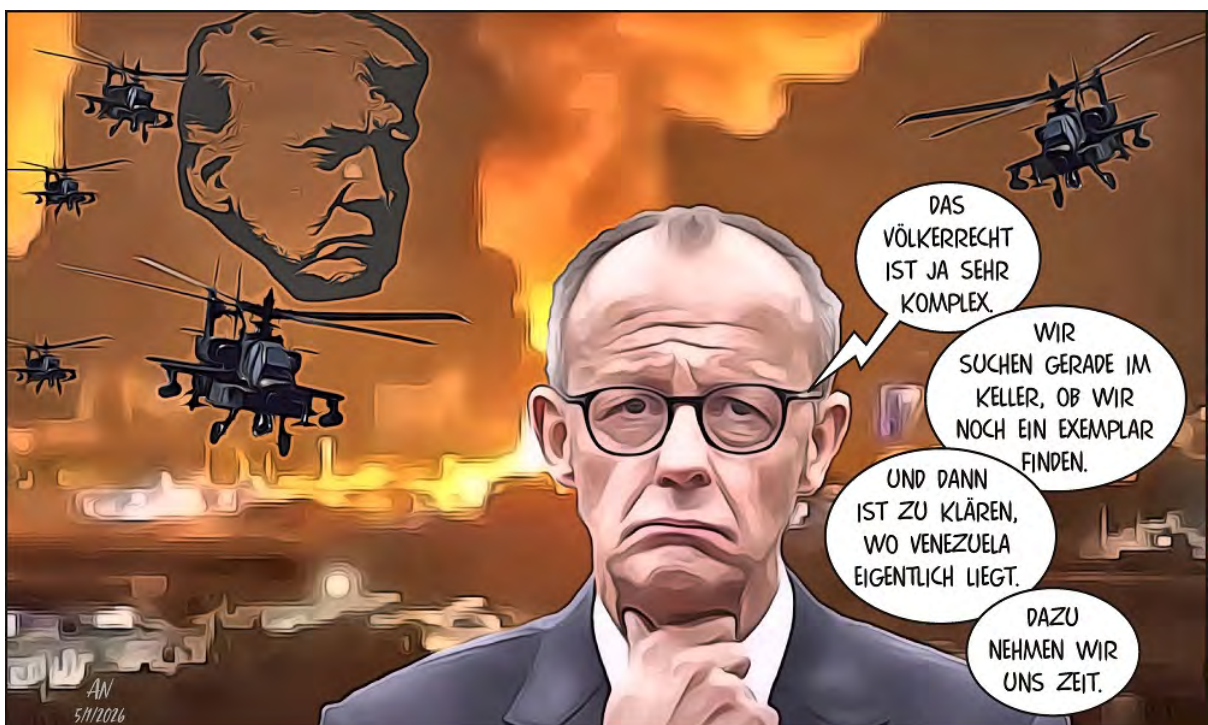
Hände weg von Venezuela!

Das Vorgehen Trumps ist nicht nur nach internationalem Recht illegal, sondern verstößt auch gegen US-Recht. In den USA und in vielen Teilen der Welt regt sich Protest gegen das imperiale und autoritäre Vorgehen der US-Regierung. Die Menschen gehen auf die Straße und sie erinnern an die lange Geschichte des US-Imperialismus in Lateinamerika.

Doch der Protest richtet sich nicht nur gegen die Trump-Regierung, sondern auch gegen die westlichen Komplizen, denn deren Anspruch, eine Wertegemeinschaft zu sein, ist mehr als unglaubwürdig geworden. Während gegen Russland wegen des Angriffskrieges auf die Ukraine von der EU 19 Sanktionspakete verabschiedet wurden, ist das Vorgehen sowohl gegen Trump als auch gegen Netanjahu geprägt von extremer Zurückhaltung und fortgesetzter Kooperation.

Nötig ist es aber, besonders die sicherheitspolitische Kooperation zu beenden, also keine militärische und keine geheimdienstliche Unterstützung für das US-Vorgehen zu leisten. Zu einem Ende der Kooperation gehört auch, das Vokabular der Aggressoren nicht zu übernehmen. Maduro wurde nicht „verhaftet“, wie es deutsche Medien teilweise beschreiben, sondern entführt beziehungsweise verschleppt.

Wer das Völkerrecht achtet, muss es entschieden verteidigen. Und das beinhaltet auch: Verstöße beim Namen nennen und alle Angriffe darauf entschieden zurückweisen. Dies muss konsequent und überall gelten – egal ob in Gaza, in der Ukraine, im Sudan, im Iran oder in Venezuela.



Cartoon, Arno Neuber, IMI.

Argumente gegen „humanitäre“ Interventionsphantasien

Staatssoveränität als Maxime staatlicher Außenpolitik verteidigen.

von Pablo Flock

Dieser Text erschien zuerst in stark gekürzter Fassung als Kommentar mit dem Titel „Staatssoveränität verteidigen“ in der Wochenzeitung nD. Er stand dort dem Kommentar „Grönland den Eisbären“ des Autors Raul Zelik gegenüber, der die konzeptuellen Schwächen der Staatssoveränität kritisiert, aber dennoch mit der Stoßrichtung dieses Texts vereinbar ist. Ebenfalls in der Ausgabe erschien der Artikel „Die Welt als Haifischbecken“ von IMI-Vorstand Jürgen Wagner.

Die Hoffnung, durch militärische Eingriffe in fremde Staaten ein freieres Leben für die Menschen dort zu erwirken, hat derzeit wieder Konjunktur – nicht nur bei MAGA-Republikanern und Konservativen, sondern auch weit ins progressive Lager hinein. Maduro sei sowieso „kein legitimer Herrscher“ oder es sei „nicht schade um den Diktator“, verteidigten kürzlich EUropäische Spitzenpolitiker und auch linksliberale Kommentator:innen die US-amerikanische Aggression gegen Venezuela und die Entführung des Präsidenten Nicolás Maduro und seiner Frau. Und wenn dies für einen Präsidenten gilt, der seine Legitimität nach strittigen Wahlen nicht durch die Veröffentlichung detaillierter Wahlergebnisse beweisen konnte, dann gilt dies offensichtlich mehr noch für beispielsweise die Regierung des Iran. Blutig niedergeschlagene Massenproteste mit Tausenden Toten sägen nicht nur weiter an der – schon durch das systematische Ausschließen von Frauen, Säkularen und Minderheiten fragwürdigen – Legitimität, sie bringen auch ein Gefühl der Dringlichkeit und eines kurzzeitig offenen Möglichkeits-Fensters.

Trotzdem sollten wir am völkerrechtlich verbrieften Gebot der Achtung der Souveränität anderer Staaten als Prinzip der staatlichen Außenpolitik festhalten. Und gerade die Linke sollte nicht in die Hoffnung verfallen, dass konservative, neoliberale und andere bürgerliche Regierungen ihre Vorstellungen eines freien Lebens woanders verwirklichen würden.

Interventionen schwächen Völkerrecht zugunsten des Rechts des Stärkeren

Das erste Argument ist denkbar simpel: Wenn der Westen (also die NATO und Koalitionen der Willigen aus ihren Reihen) weiterhin unilateral militärische Interventionen gegen Regierungen unternimmt, die nach hiesiger Auffassung keine Legitimität haben, unterminiert er die Grundlage des Völkerrechts und damit dieses Recht selbst zugunsten eines Rechts des Stärkeren. Dies ermutigt andere Staaten mit der nötigen Durchsetzungskraft, selbst militärisch zu intervenieren. Der Beginn dieser selbstverschuldeten Entwicklung ist mit dem relativen Erstarken der BRICS-Staaten schon zu beobachten. Sie wird sich mit dem weiteren Verlust von – zur Zeit vorerst – wirtschaftlicher, eventuell jedoch auch militärischer Macht noch verschärfen. Dieses Problem wird leider auch nicht durch das moralische Überlegenheitsgefühl verändert, hier im Sinne der Menschenrechte zu handeln. Denn auch gegnerische Regierungen können diese anführen, wie es Putin mit der „Schutzverantwortung“ in der Ukraine tat. Natürlich sind diese Gründe Putins nur vorgeschoben, um eigene machtpolitische Ziele zu erfüllen. Doch das sind die der westlichen Regierungen auch nur allzu oft – wenn nicht immer.

Hier seien die Worte des FDPlers und ehemaligen Justizministers, Edzard Schmidt-Jortzig, der damals der Abstimmung zur Kosovo-Intervention fernblieb, zu zitieren: Ohne einen Sicherheitsratsbeschluss würden in einer solchen Situation stets „einzelne Staats- oder Bündnisinteressen den Ausschlag geben. Immerhin hatte man in ganz ähnlichen Fällen mit vergleichbaren humanitären Katastrophen eben von einer militärischen Intervention abgesehen, offenbar weil bestimmte Machtinteressen nicht so eindeutig dafür stritten.“

Foto von Daniel
Bernard über
unsplash.com.



Selektive Skandalisierung repressiver Politiken

Tatsächlich fällt auf, dass der Westen sich in den durch militärische Gewalt ausgelösten großen humanitären Katastrophen oft eher untätig erweist – weil wirtschaftlich und strategisch wenig zu gewinnen ist, Verbündete die Verbrecher gegen die Menschlichkeit sind oder man anders wirtschaftlich profitiert. Offensichtlich ist dies beim israelischen Genozid an den Palästinenser:innen und den zwei Genoziden an der nicht-arabischen Bevölkerung in Darfur im Sudan im Jahr 2003 und aktuell, oder auch bei der andauernden Ignoranz gegenüber dem Proxy-Krieg in der Demokratischen Republik Kongo, in dem wohl mehr Menschen starben als in jedem anderen Krieg seit dem Zweiten Weltkrieg, viele davon Zivilisten, der Fall. Man unterstützt Israel, die die RSF-bewaffnenden Emirate und Ruandas Langzeitherrscher Paul Kagame und westliche Firmen kaufen dort weiterhin das Coltan, das die Proxy-Miliz des letzteren aus dem Nachbarland klaut.

Militärisch interveniert wird allerdings in Konflikten, um die strategischen Rivalen auszustechen oder aufmüpfige Regimes des globalen Südens loszuwerden. Hierfür kreierte man dann einen humanitären Notstand. So geschah es bei der ersten Intervention, an der die Bundeswehr beteiligt war gegen Jugoslawien – wo im Kosovo bis zum Zeitpunkt der NATO-Intervention gerade mal eine zweistellige Anzahl an Menschen starben und die von westlichen Geheimdiensten aufgerüstete UCK 80% der Waffenstillstandsbrüche verübte. Und ebenso sprach man von Massakern vor der Intervention der Koalition der Willigen (aus NATO-Staaten – ohne Deutschland) gegen Libyen im Jahr 2011, die gemeinhin als erste gilt, die durch die (erst nach dem Jugoslawienangriff 2005 angenommene) völkerrechtliche Norm der Schutzverantwortung legitimiert wurde. Auch hier starben zuvor bei Protesten und Auseinandersetzungen mit Rebellen wohl „nur“ um die 60 Personen vor dem Intervenieren Frankreichs, Großbritanniens und der USA.

Motivationen und Folgen „humanitärer“ Interventionen

Im Falle des Angriffs auf Jugoslawien ist die Unterstützung zumindest linker Eliten mit antifaschistischer Rhetorik beispielsweise im Buch „Die Grünen: Von der Protestpartei zum Kriegsakteur“ gut dokumentiert und das strategische Ziel, der Zerschlagung des auch noch nach dem Fall der Sowjetunion weiterbestehenden kommunistischen Blocks Jugoslawiens naheliegend.

Auch bezüglich Libyen hatte es bei Progressiven und aus der „Linken“ einige Fürsprache für eine Intervention gegeben, wollte man doch die aufbegehrende Bevölkerung gegen einen Diktator unterstützen. Die auf WikiLeaks zugänglich gemachten Emails an die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton zeigen, dass besonders Frankreich weniger edle Ziele verfolgte. So sollte Gaddafi u.a. wegen seiner Initiative einer Alternativwährung zu Frankreichs kolonialem CFA-Franc in Westafrika beseitigt werden und Frankreich hatte deswegen zuvor die Rebellen aufgerüstet.

Das Ergebnis letztgenannter Intervention, die Zustände in Libyen, die wir alle kennen, ist ein weiteres Argument gegen solches Eingreifen: Allzu oft werden die Länder, die Opfer einer solchen humanitären Intervention werden, in einem schlimmeren Zustand als vorher zurückgelassen. Für das einst reichste Land Afrikas, Libyen, bedeutet dies auch 15 Jahre später noch Bürgerkrieg – für viele Afrikaner:innen aus Subsahara-Afrika Rechtslosigkeit und Versklavung. Auch die Iraker:innen, besonders die auf bis zu eine Million geschätzten durch Kämpfe und Sanktionen Getöteten, profitierten wenig von der westlichen Intervention. Und in Afghanistan warnte die älteste Frauenrechtsorganisation des Landes, die Revolutionary Afghan Womens Association, nicht nur zuvor vor der Intervention, sondern auch vor der – letztendlich trotzdem initiierten – Installation der Nordallianz, der Frauen- und Menschenrechte auch nicht mehr bedeuteten als den Taliban. Die

Radikalisierung national-konservativer Bewegungen während und nach einer Intervention von außen ist zudem in Afghanistan wie auch Somalia belegt.

Empörungsdynamiken nationaler Menschenrechts-Diskurse

Dass hingegen keinerlei Interventionen oder Sanktionen gegen das ägyptische Regime ergriffen wurden, als dieses im Rabaa-Massaker über tausend friedlich Demonstrierende erschoss, die für die Reinstallierung des ersten demokratisch gewählten Präsidenten Mursi auf der Straße waren, zeigt ein weiteres Mal die Doppelmoral. Im Nachbarland Libyens war ein Massaker, weit größer als die von Gaddafis Schergen zwei Jahre zuvor, dem Westen kein Anlass für irgendeinen Eingriff. Der damalige Putschistenführer und heutige Präsident wurde noch mit Verkäufen von Überwachungstechnologie belohnt, während woanders wieder Protestniederschlagungen als Legitimationen für Interventionsforderungen eingesetzt werden, wenn die geopolitische Anbindung der Regierung nicht genehm ist.

Daran schließt mein vorerst letztes Argument gegen die Unterstützung von humanitär begründeten Interventionen durch Progressive und Linke an: Der Spin (also die Themenauswahl) der öffentlichen Medien wird maßgeblich durch Äußerungen von Spitzenpolitiker:innen beeinflusst, da diese zumindest auf den vorderen Seiten die Themen behandeln, die scheinbar unsere Außenpolitik beschäftigen. So standen beispielsweise während der Massenproteste gegen die – bei südamerikanischen Linken als Putsche bezeichneten – Verfassungskrisen in Bolivien 2019 und Peru 2021, die mit vielen Toten niederge-

schlagen wurden, nie westliche Interventionen zur Diskussion. Ebenso wenig fordern deutsche Linke ein Eingreifen in den sudanesischen Bürgerkrieg auf Seiten der Sudanesischen Streitkräfte, obwohl dies nicht nur völkerrechtlich unproblematisch wäre, sondern die genozidalen Massaker der RSF auch rund das Zehnfache an Opfern forderten wie die Niederschlagung der Proteste im Iran. Und nicht einmal die propalästinensische Bewegung fordert eine militärische Intervention gegen Israel von unserer Regierung, dabei tötete diese so viele Zivilist:innen, wie kaum eine andere Regierung in den letzten Jahren.

Diplomatie und wahrhafte Werte

Von einem Principled Approach, oder wie man hier auch sagt, einer „wertgeleiteten Außenpolitik“ sind Teile der deutschen Linken ebenso weit weg, wie die deutschen Regierungen es je waren – besonders wenn sie sich stets da anschließen, wo führende Außenpolitiker:innen humanitär begründet Regime Changes da fordern, wo sie aus schnödem, interessengeleitetem Realismus genehm wären. So lässt sich die deutsche Linke immer wieder zum Steigbügelhalter des westlichen Imperialismus machen.

Weit erfolgreicher darin, Menschenleben zu retten und freie Gesellschaften zu fördern, wären wir dadurch, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, dass diese jegliche Unterstützung für Regimes, die Massenmorde begehen, einstellt – beispielsweise in Damaskus und Ankara, Marokko und Israel. Dann liefen Linke auch nicht Gefahr, für Hunderttausende durch »Befreiungsarmeen« Getötete oder die Gewaltherrschaft von Warlords wie in Libyen mitverantwortlich zu sein.

Ostfront

Ostwärts grollt Kanonendonner, taumelnd zur Walpurgisnacht,
Die das jüngste Wirtschaftswunder unserm Führer *F.* gebracht,
Hinterm Schalk die Teufelshörner, auf dem Kopf die Narrenkapp,
Feixend im Designeranzug, kleines Herz und große Klapp,
Boshaft hat das Kind im Manne, das nach Anerkennung giert,
Arrogant und ohne Skrupel einen Kriegsgrund inszeniert,
Militärgrün wird die Mode, Rheinmetall wird Bundeswehr,
Wehrdienstpflicht wird Propaganda und seit Neuestem populär,
Gerade einmal acht Jahrzehnte ist der Weltenbrand entfernt,
Und schon geht es los von vorne: achtzig Jahre – nichts gelernt;
Unbelehrbar, stolz wie Oskar und von Großmannssucht getrieben,
Werden deutsche Jungen wieder an der Ostfront aufgerieben,
Und dann kehren unsre lieben Kinder heim in Leichensäcken,
Nicht mehr lange eh die Ersten ihren Arm zum Himmel strecken...

Claus Eckermann

Vergiftete Liebeserklärungen

Münchener Sicherheitskonferenz, transatlantische Konflikte und deutsches Militäreuropa

von Jürgen Wagner

Es war ein denkwürdiger Auftritt, als US-Vizepräsident JD Vance auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz mit heruntergeklapptem Visier zum Frontalangriff auf die Europäer geblasen hatte. Seither haben sich die transatlantischen Konflikte bis zu einem Grad zugespitzt, dass insbesondere in der heikelsten Phase der Auseinandersetzungen um Grönland der Fortbestand der NATO ernsthaft in Frage gestellt wurde. Vor diesem Hintergrund waren besonders die Auftritte von Bundeskanzler Friedrich Merz und von US-Außenminister Marco Rubio bei der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz vom 13. bis zum 15. Februar mit besonderer Spannung erwartet worden.

Beide waren vor allem im Ton sichtlich darum bemüht, die transatlantischen Wogen ein wenig zu glätten. Unter der Oberfläche und in den Kernbotschaften war es aber unübersehbar, dass es ungeachtet aller Treueschwüre mächtig gärt im europäisch-amerikanischen Verhältnis – von „vergifteten Liebeserklärungen“ und dergleichen war zurecht in der Presse zu lesen.¹ Daher das Zwischenfazit unter den Eindrücken der Sicherheitskonferenz: Auch wenn sie nicht unmittelbar aufhören wird zu existieren, ist die NATO schwer angeschlagen und selbst wenn sie die aktuelle Krise zumindest für die nächsten Jahre wohl überleben wird, wird sie fortan nicht mehr länger dieselbe sein. Als Konsequenz aus den Konflikten forderte Merz eine – deutschgeführte – Militarisierung Europas, die es in sich hat.

Neuaufstellung per NATO 3.0?

Von einer NATO 3.0 sprach US-Verteidigungsstaatssekretär Elbridge Colby unmittelbar vor Konferenzbeginn. Entgegen den Unkenrufen wolle man sich keineswegs aus dem Bündnis zurückziehen, sondern weiter vor allem über die Bereitstellung atomarer Fähigkeiten engagiert bleiben – allerdings gerade konventionell auf deutlich geringerem Niveau als bislang: „Wir werden weiterhin die erweiterte nukleare US-Abschreckung gewährleisten. Und wir werden – in begrenzterem und stärker fokussiertem Umfang – auch weiterhin konventionelle Fähigkeiten bereitstellen, die zur Verteidigung der Nato beitragen.“²

In dieser Frage halbwegs konsistent forderten sowohl die Nationale Sicherheitsstrategie vom November 2025 als auch die im Januar 2026 veröffentlichte Nationale Verteidigungsstrategie der Vereinigten Staaten von den Europäern innerhalb der NATO deutlich größere Beiträge zu übernehmen – und es hat den Anschein, als würden die Europäer dem nachkommen. Dies betrifft einmal die Militärausgaben, bei denen die USA schon seit Jahrzehnten von den Verbündeten größere Anstrengungen fordern. In diesem Zusammenhang hatten sich fast alle NATO-Staaten mit der löblichen Ausnahme Spaniens bereits im Juni 2025 auf ein neues militärisches Ausgabenziel von 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) geeinigt. Dabei sind allein die Ausgaben der europäischen NATO-Länder (plus Kanada) bereits jetzt von 254 Mrd. Dollar (2015) auf 608 Mrd. Dollar (2025) oder 2,27 Prozent des BIP angestiegen – bei einer Umsetzung des 5-Prozent-Ziels würden dann Ausgaben von rund 1.400 Mrd. Dollar fällig.³

Mit Blick auf die militärische Rollenverteilung sollen die USA laut Spiegel den Europäer kürzlich bereits ebenfalls konkrete Forderungen übermittelt haben: „Die neue US-Doktrin ist ein Paradigmenwechsel für die Nato. Bisher galt im Bündnis das Prinzip der Lastenteilung, nach dem die USA gut die Hälfte aller militärischen Fähigkeiten stellen. Doch Washington drängt jetzt nicht mehr auf »burden sharing«, sondern auf »burden shifting«, also auf eine Verlagerung der Last auf die Schultern der Europäer, und zwar schnell. Nach SPIEGEL-Informationen setzte ein ranghoher Pentagon-Mann Ende 2025 den Planern im Nato-Hauptquartier eine Frist: Bis zum Ende des Jahrzehnts müsse Europa allein in der Lage sein, sich gegen einen Angriff aus Russland zu verteidigen. [...] Jasper Wieck, Politischer Direktor im Wehressort, kabelte umgehend nach Berlin, dass die Europäer den Amerikanern schnell Angebote machen müssten. Auch, um sie bei der Stange zu halten. Seitdem ist bei Verteidigungsminister Boris Pistorius und seinen Planern viel von »Synchronisierung« die Rede. Die Idee: Was die Europäer aufbauen, könnten die Amerikaner abziehen.“⁴

Strukturell wäre es zwar tatsächlich verfrüht, von einem Rückzug oder Ende der US-Beteiligung an der

NATO zu sprechen, schließlich will Washington mit dem SACEUR auch künftig weiter den obersten Kommandoposten besetzen. Aber gleich auf der Ebene darunter untermauert die kürzlich angekündigte Abgabe der zwei bislang von den USA besetzten Kommandoposten an Großbritannien (JFC Norfolk) respektive Italien (JFC Neapel) die Absicht, die Europäer militärisch weitaus stärker in die Pflicht zu nehmen. Das dritte Kommando (JFC Brunssum) soll künftig im Rotationsprinzip zwischen Deutschland und Polen geführt werden.

Die Forderungen nach größeren militärischen Beiträgen lagen von US-Seite also mehr als offen auf dem Tisch und sie wurden nicht zuletzt von Deutschland durchaus auch bereitwillig aufgegriffen.

Europäische Hochrüstung in der Großmacht Konkurrenz

Relativ kurzfristig wurde Kanzler Merz die Eröffnungsrede auf der Sicherheitskonferenz zugeschanzt, um ihm die Gelegenheit zu geben, programmatisch vorlegen zu können und nicht wie im vorigen Jahr gegebenenfalls durch US-Vertreter von Anfang an in die Defensive gedrängt zu werden.⁵

Auch in dieser Merz-Rede dominierte die Botschaft, die der Kanzler nun schon einige Zeit allen, die nicht bei drei auf dem Baum sind, zuteil werden lässt. Man habe die „Schwelle in eine Zeit überschritten“, die nun wieder „offen von Macht und vor allem Großmachtspolitik geprägt ist“, so Merz. „Ins Zentrum rückt der Kampf um Einflussphären, um Abhängigkeiten und um Gefolgschaft. Rohstoffe, Technologien und Lieferketten werden Machtinstrumente im Nullsummenspiel der Großen. Das ist ein gefährliches Spiel. Zuerst für die Kleinen, später aber wahrscheinlich auch für die Großen.“

Interessant ist die Einschätzung des Kanzlers, die Bundesregierung habe zwar in früheren Jahren mit „den besten Absichten“ versucht, „Verletzungen der internationalen Ordnung“ zu verhindern, habe aber feststellen müssen, dass hierfür „oft die Mittel fehlten“. Hier gelte es militärische Abhilfe zu schaffen: „Diese Schere zwischen Anspruch und Möglichkeiten hat sich zu weit geöffnet. Wir schließen sie. Nur so werden wir der Wirklichkeit besser gerecht.“ Der Kanzler meint hier wohl die Unterwerfung unter jene ominöse „regelbasierte internationale Ordnung“, deren Parameter lange willkürlich vom Westen zur Durchsetzung seiner Interessen bestimmt wurden – und ebenso auch, welche Länder diese Regeln straflos brechen durften und welche nicht.⁶ Nun soll also Deutschland militärisch als Garant dieser Regeln fungieren, von denen sich die USA mittlerweile weitgehend verabschiedet haben – beklagt werden hier stets zurecht Aspekte wie Klimawandel, Menschenrechte und dergleichen, vor allem aber dürfte es um die Zollpolitik und die Abkehr vom Freihandel der Regierung Trump gehen, die den Kern der Konflikte bildet.

USA vs. EU

Verbal fuhr Merz bei der Sicherheitskonferenz doppeldeutig, indem er einerseits warnte, dass „manchmal allzu reflexhaft danach gerufen wird, Europa solle die Vereinigten Staaten als Partner abschreiben. Nur um dann allerdings nachzuschieben, dass derlei Forderungen irgendwo nur allzu berechtigt seien: „Meine Damen und Herren, ich verstehe das Unwohlsein und die Zweifel, die sich in solchen Forderungen Bahn brechen. Ich teile sogar einiges davon. [...] Zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich eine Kluft, ein tiefer Graben, aufgetan.“

Daher führe kein Weg an der massiven europäischen Aufrüstung vorbei – entweder, um die USA soweit zu befriedigen, dass sie weiter im Bündnis bleiben. Oder um die für erforderlich gehaltenen Mittel an der Hand zu haben, um sich bei einem Bruch auch gegenüber den USA militärisch in Stellung bringen zu können – egal wie man es dreht und wendet, bei Merz kommt immer eine europäische Hochrüstung heraus: „In Zeiten der Großmächte-Rivalität werden auch die Vereinigten Staaten nicht mächtig genug sein, alles alleine zu schaffen. [...] Aber diesen Zustand lassen wir jetzt hinter uns, und zwar lieber heute als morgen. Das tun wir nicht, indem wir die Nato abschreiben. Wir tun es, indem wir im Bündnis, im eigenen Interesse, einen starken, selbsttragenden europäischen Pfeiler errichten. [...] Ich vermute dabei, dass wir in Zukunft häufiger als in der Vergangenheit unterschiedlicher Meinung sein werden. Wir werden öfter über den richtigen Weg verhandeln und vielleicht sogar streiten müssen. Wenn wir das mit neuer Stärke, neuer Achtung und Selbstachtung tun, dann ist es zum Vorteil beider Seiten. [...] Dieser Aufbruch ist unter allen Umständen richtig. Er ist richtig, falls sich die Vereinigten Staaten weiter entfernen. Er ist richtig, solange wir unsere Sicherheit nicht aus eigener Kraft gewährleisten können. Und er ist schließlich auch dann richtig, um eine gesündere transatlantische Partnerschaft neu zu begründen.“

Nachdem Friedrich Merz am Freitag vorgelegt hatte, legte US-Außenminister Marco Rubio am Samstagmorgen nach. Nach seiner Rede machte sich zunächst spürbare Erleichterung im Saal breit – erst später dämmerte den Anwesenden, dass der US-Außenminister lediglich im Ton, nicht aber in der Sache auf die Europäer zugegangen war. Beispielhaft schrieb die Wirtschaftswoche: „Marco Rubio wurde nahezu gefeiert, nachdem er am Samstagvormittag seine Rede beendet hatte. Stehender Applaus für vermeintlich versöhnliche Worte. Und es stimmt ja – gemessen an dem Auftritt, den US-Vizepräsident JD Vance vor einem Jahr an gleicher Stelle hielt, tat Amerikas Außenminister viel, um die geschundene transatlantische Seele zu streicheln. [...] Doch all die Folklore konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Rubios Rede zahlreiche Fehlstellen enthielt und im Kern vor allem eins war: MAGA.“⁷

Deutsches Militäreuropa?

Relativ weit ins Detail ging Merz, was die „Erfordernisse“ an die europäische Hochrüstung anbelangt – und er zählte dabei unter anderem Maßnahmen auf, die explizit dem erklärten Ziel dienen, künftig deutlich mehr Rüstungsgüter aus einheimischer statt aus US-Produktion zu beziehen: „Die europäische Verteidigungsindustrie muss schließlich ihre Pferdestärken auf die Straße bringen. Drei große ‚S‘ – Standardisierung, Skalierung und Simplifizierung von Waffensystemen – werden wir deshalb europäischer organisieren.“ Sogar auf den Bedarf als potenzieller Ersatz der US-Atomwaffen künftig auf das französische Arsenal zugreifen zu wollen, ging der Kanzler ein: „Ich habe mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron erste Gespräche über europäische nukleare Abschreckung aufgenommen. Meine Damen und Herren, damit das klar ist: Wir halten uns dabei an unsere rechtlichen Verpflichtungen.“

Übel dürfte dagegen vielen europäischen „Verbündeten“ aufgestoßen haben, dass ihnen Merz in Sachen Aufrüstung ebenfalls deutlich die Leviten las. Während Deutschland liefere, würden die meisten anderen EU-Länder – die finanziell noch einmal deutlich weniger Spielraum verfügen, wie Merz wohl weiß – hinterherhinken: „Wir wissen, auf Dauer haben wir nur Erfolg, wenn wir die anderen Europäer mitnehmen. Wir tun es, und für uns Deutsche führt kein Weg daran vorbei. Wir sind die Mitte Europas. Zerreißt Europa, zerreißt Deutschland. Zerreißt Europa, zerreißt Deutschland. Ich appelliere aber auch unsere Partner. Seht die Tragweite des Augenblicks. Bahnt auch ihr den Weg für ein starkes, souveränes Europa.“

Man nehme hier lediglich die „Verantwortung“ an, die sich „aus Grundgesetz, Geschichte und Geografie“ ergebe. „Großmachtpolitik in Europa“ sei hingegen „für Deutschland keine Option.“ Allerdings dürften die „Verbündeten“ nicht vergessen haben, wie Deutschland im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise seine ökonomische Macht nutzte, um rigoros seine Interessen mit teils katastrophalen Folgen für andere EU-Mitglieder durchzusetzen. Tatsächlich mehren sich die Warnungen, dass man sich schon allein deshalb vor einem hochgerüsteten Deutschland hüten sollte.⁸

In diesem Zusammenhang dürfte es auch nicht gerade Jubelstürme ausgelöst haben, dass Außenminister Johann Wadepuhl von Frankreich unmittelbar nach der Sicherheitskonferenz Sozialkürzungen forderte, um hohe Rüstungsausgaben zu finanzieren: „Wir müssen die fünf Prozent auch umsetzen“, wird Wadepuhl zitiert. Auch Frankreich sei „deshalb aufgerufen, das zu machen, was wir hier machen, mit schwierigen Diskussionen, Investitionsfähigkeit herbeizuführen, auch im sozialen Bereich die ein oder andere Sparmaßnahme zu ergreifen, auch in anderen Bereichen zu sparen, um für das zentral wichtige Ziel der Verteidigungsfähigkeit Europas Luft zu haben“.⁹

Chance zur Hochrüstung

Man sehe sich einer „Welt der Großmächte“ gegenüber, in der „ein rauer Wind“ wehe, monierte Kanzler Merz schon in seiner Regierungserklärung am 29. Januar 2026. Aus diesem Grund müsse Europa die „Sprache der Machtpolitik sprechen lernen“, was aber die „Reduzierung von Abhängigkeiten“ erfordere, wofür man massiv in die „eigene europäische Verteidigungsfähigkeit investieren“ müsse. Allerdings könnten sich durch diese „Veränderungen zugleich neue Chancen ergeben“, resümierte der Kanzler und meinte damit wohl, dass die transatlantische Krise vor allem als Chance zur Hochrüstung genutzt werden soll.¹⁰

Die in vielen Punkten ja berechtigte Kritik an der US-Regierung darf nicht dafür instrumentalisiert werden, militärisch unterfütterte europäische Großmachtphantasien zu befeuern. Ein deutsches Militäreuropa als Antwort auf die USA braucht kein Mensch – die Hochrüstung der rivalisierenden Großmächte zu beklagen und sie gleichzeitig als Rechtfertigung dafür zu nehmen, selbst den Hut in den Hochrüstungsring zu werfen, wird keineswegs einen großen Krieg abschrecken – im Gegenteil.

Anmerkungen

- ¹ „Vergiftete Liebeserklärung“, „passiv aggressiv“ – die Reaktionen auf Rubios Worte in München, Welt, 16.2.2026.
- ² USA werben für Nato 3.0, Handelsblatt, 12.02.2026.
- ³ Defence expenditures and NATO’s 5% commitment, nato.int, 18.12.2025.
- ⁴ Wie sich die NATO für Amerikas Rückzug wappnet, Spiegel Online, 13.2.2026.
- ⁵ Die Münchner Rede des Bundeskanzlers im Wortlaut, Handelsblatt, 13.2.2026. Alle Zitate im Text sofern nicht anders belegt, entstammen dieser Rede.
- ⁶ Jüngst wurde die durchaus berechtigte Kritik in einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik folgendermaßen wiedergegeben: „China und Russland stellen die regelbasierte Ordnung als ein westliches Konstrukt dar, das darauf abziele, Völkerrecht durch selbstgeschaffene und nicht allgemein legitimierte Regeln zu ersetzen. Westlichen Staaten gehe es darum, eigene Interessen mithilfe solcher Regeln durchzusetzen und gleichzeitig »Systemrivalen« Regelverstöße vorwerfen zu können.“ (Schaller, Christian: Deutsche Außenpolitik und das Leitbild der »regelbasierten internationalen Ordnung«, SWP-Studie 2026/S 05)
- ⁷ Was die Sicherheitskonferenz über den Wandel in den USA verrät, WirtschaftsWoche, 15.2.2026.
- ⁸ Siehe zum Beispiel die deutliche Warnung vor den „Gefahren deutscher Macht“ in der aktuellen Ausgabe von Foreign Affairs: Fix, Liana: Europe’s Next Hegemon. The Perils of German Power, Foreign Affairs, March/April 2026.
- ⁹ „Erst einmal Hausaufgaben machen“ – Wadepuhl attackiert Frankreich für „unzureichende Anstrengungen“, Welt, 17.2.2026.
- ¹⁰ Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz, Berlin, 29.1.2026.

War starts in Berlin-Mitte

Antimilitaristisches Recherchekollektiv veröffentlicht erste Resultate seiner Arbeit

von Antimilitaristisches Recherchekollektiv Berlin

Berlin Mitte - imperialistisches Machtzentrum seit dem deutschen Kaiserreich. In der sogenannten Gründerzeit angewachsen zur Weltmetropole, entstanden hier die Pläne zur Erkämpfung eines "Platzes an der Sonne" für das deutsche Kapital. Damit wurden die Weichen gestellt, die in die beiden Weltkriege führten. 1945 wurde es für einige Jahrzehnte ruhig um diese Stadt. Nach zwei verlorenen Kriegen geteilt und zur Hälfte sozialistisch regiert, taugte sie wenig als imperialistisches Zentrum. Doch das änderte sich, als 1989 die Mauer fiel und die DDR im Folgejahr von der BRD einverleibt wurde. Das „vereinigte“ Deutschland konnte so seine Führungsrolle in Europa ausbauen und konsolidieren. Dadurch wurde es die bestimmende politische Macht auf dem europäischen Kontinent. Stimmen, die auch eine militärische „Verantwortungsübernahme“ Deutschlands forderten, wurden stetig lauter. Berlin ist seit 1990 wieder offiziell Hauptstadt. Zur Jahrtausendwende verlegte auch die Bundesregierung ihren Sitz hierhin. Berlin-Mitte etablierte sich damit erneut als zentraler Schauplatz imperialistischer Machtpolitik in Deutschland und Europa.

Berliner Rüstungstopographie

Diesem wiedererstandenen Machtzentrum widmet sich die Arbeit des „Antimilitaristischen Recherchekollektivs Berlin“. Am 28. Februar 2026 stellt es erste Resultate seiner Arbeit auf der Berliner Friedenskonferenz vor. Diese findet vom 27. Februar bis 1. März 2026 im City-Kino Wedding statt. Die Veröffentlichung umfasst eine interaktive Website, die im Anschluss an die Konferenz auf nowarberlin.org online gehen wird. Diese zeichnet die Topographie der kriegstreibenden Akteure in Berlin-Mitte nach. Herzstück ist eine Karte mit Firmensitzen von Rüstungskonzernen und Dual-Use-Produzenten, Büros von Stiftungen, Thinktanks, Interessenverbänden des Militärs und der „Sicherheits“-Wirtschaft sowie Orte der Bundeswehr und staatlicher Institutionen wie z.B. das „Verteidigungs“-ministerium. Alle diese Orte bilden einen verwobenen Komplex aus Rüstungsindustrie, Militär und Institutionen politischer Macht.

Was Berlin-Mitte von anderen Standorten der Rüstungsindustrie etwa in Süd- und Westdeutschland unterscheidet, ist der Umstand, dass die meisten Unternehmen hier nicht produzieren. Dennoch leisten sie sich Büroräume in einer der teuersten Lagen der Stadt. Sie suchen die Nähe zu Regierungssitz, Parlament, Parteizentralen und großen Medienhäusern. Hier nehmen sie wirtschaftliche Weichenstellungen vor, betreiben Lobbyismus und „beraten“ politische Entscheidungsträger wirtschafts- und sicherheitspolitisch.

Deshalb widmet sich die Recherche im Besonderen der Vielzahl von Stiftungen, Thinktanks und Interessenverbänden des Militärs und der „Sicherheits“-Wirtschaft. Auch diese beraten die Bundesregierung in außen- und „verteidigungspolitischen“ Belangen. Manche von ihnen forschen dafür an globalen geopolitischen Entwicklungen oder entwerfen Kriegsszenarien und Bündnisstrategien, die – ihrer Ansicht nach – die Lage für die herrschenden Klasse in Deutschland günstig beeinflussen. Mitarbeiter*innen dieser angesehenen Institute werden als Expert*innen in Nachrichtensendungen und Talkshows eingeladen und prägen so den gesellschaftlichen Diskurs über „Sicherheit“ und die Notwendigkeit von Aufrüstung und Krieg.

„Leuchtturm der Sicherheitstechnologie“

Das Rechercheprojekt war ursprünglich als antimilitaristische Demonstration konzipiert, im Laufe der Zeit wurde aber das Netzwerk an relevanten Orten immer größer und vielfältiger. Dabei überholten die Entwicklungen die Recherchearbeit immer wieder. Insbesondere seit dem Aufrüstungsbeschluss des Bundestages vom 18. März 2025 stellen deutschlandweit immer mehr Unternehmen auf Rüstung um oder bauen diese Sparte aus. Dies zeigt sich auch bei denjenigen Firmen, die tatsächlich in Berlin-Mitte produzieren. Prominentestes Beispiel: der zu Rheinmetall gehörenden Pierburg-Konzern im Stadtteil Wedding. Hier werden ab Mitte 2026 Waffen- anstatt Autoteile gebaut.



Auch bei der in Berlin besonders florierenden Start-Up-Szene, wird vermehrt auf Rüstung gesetzt. Entsprechende Unternehmen – wie zum Beispiel das Start-Up „Germandrones“, das sich in Moabit angesiedelt hat – sollen durch gezielte Förderung angelockt werden, sich in Berlin niederzulassen und hier zu produzieren.

Diese Entwicklung verleiht auch dem Begriff „Dual-Use“ eine neue Bedeutung. Ursprünglich wurde er – meist von Kritiker*innen und Kriegsgegner*innen – für den Hinweis verwendet, dass auch für die zivile Nutzung deklarierte Produkte militärisch genutzt werden. Er sollte zeigen, dass auch scheinbar harmlose Firmen am Geschäft mit dem Krieg mitverdienen. In Zeiten allgemeiner „Kriegstüchtigkeit“ und großflächiger Umstellung auf Kriegswirtschaft stehen jedoch die gesamte zivile Infrastruktur und große Teile der Produktion auf dem Prüfstand: Alles wird hinsichtlich der militärischen Verwertbarkeit abgeklopft. Die deutsche Industrie sieht das als Chance, um aus der Krise herauszukommen. Soll sie doch durch hunderttausende Staatsmilliarden wieder fit gemacht werden. In diesem Zuge will der Berliner Bürgermeister Kai Wegner die Hauptstadt zu einem „Leuchtturm der Sicherheitstechnologie“ machen. Dual-Use bekommt damit ein neues, positives Image: Hochrangige Entscheidungsträger*innen nehmen den Begriff nun selbstbewusst in den Mund: „Berlin wird der Ort sein, an dem Dual-Use-Technologien entwickelt werden“, so Wirtschaftsministerin Franziska Giffey.

Politische Einordnung

All das will die Recherche nicht nur darstellen, sondern auch politisch einordnen. Um zu verstehen, woher die

Notwendigkeit zum Krieg im Kapitalismus kommt und was dagegen zu unternehmen ist. Mehrere Schwerpunkt-Artikel kontextualisieren die Entstehung des militärisch-industriellen Komplexes in Berlin-Mitte historisch und politisch. Zudem kommen verschiedene antimilitaristische und antiimperialistische Gruppen zu Wort, um über ihre politische Praxis in Berlin zu sprechen und zum aktiv werden zu ermutigen.

Die Veröffentlichung ist ein erster Aufschlag, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Sie wird aufgrund der rasanten politischen Entwicklungen wahrscheinlich auch immer unvollständig bleiben. Die Recherche wäre nicht möglich gewesen ohne die beständige Arbeit von Initiativen, Journalist*innen und Aktivist*innen, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit dem Kollektiv geteilt haben. Allen voran soll hier die Informationsstelle Militarisierung (IMI) genannt werden. Insbesondere der von ihnen herausgegebene „Rüstungsatlas“ diente als zuverlässige Quelle.

Um die Homepage aktuell zu halten, ist das Kollektiv auf Unterstützung angewiesen. Meldet euch gerne mit Hinweisen auf fehlende Orte, fehlerhaften Darstellungen oder Vorschlägen für weitere Artikel und Interviews unter nowarberlin@systemli.org.

Vor allem aber will die Veröffentlichung zum Handeln animieren: Von Berlin-Mitte sind zwei Weltkriege ausgegangen. Es soll kein weiterer dazukommen! War starts here...let's end it here!

Vom FCAS zum GCAS?

Deutsch-französisches Kampfflugzeug vor dem Aus – Rüstungslobby und Gewerkschaft wittern Chance

von Jürgen Wagner

Es ist einiges in Bewegung rund um das – einstmals, muss man wohl bald sagen – wichtigste Rüstungsprojekt Europas, das zwischen Frankreich und Deutschland (später stieg auch noch Spanien als Juniorpartner mit ein) vereinbarte „Future Combat Air System“ (FCAS). Grob gesagt handelt es sich dabei um ein tarnkappenfähiges Kampfflugzeug (Next Generation Fighter, NGF), das von bewaffneten und unbewaffneten Drohnenschwärmen (Remote Carriers, RC) umgeben und über ein Softwaresystem (Combat Cloud, CC) mit diesen sowie mit anderen Einheiten vernetzt werden soll. In jüngster Zeit haben sich die Konflikte zwischen den Projektpartnern jedoch in einem Maße zugespitzt, dass ein wie auch immer gearteter Abbruch immer wahrscheinlicher wird. Vor diesem Hintergrund wittern interessierte Kreise die Chance, unterstützt durch die Abermilliarden der Zeitenwende, im Alleingang ein Kampfflugzeug der neuesten Generation zu entwickeln. Ganz vorne bei den diesbezüglichen Bemühungen finden sich in trauter Einigkeit Rüstungslobby und IG Metall.

Einstiges Schlüsselprojekt

Die Bündelung der europäischen Rüstungsindustrie durch die Auflage länderübergreifender Großprojekte galt lange als Königsweg zum Aufbau eines europäischen Rüstungskomplexes. Davon versprach man sich hohe Stückzahlen und in deren Folge niedrige Stückpreise, verbunden mit der Fähigkeit, halbwegs ernsthaft mit den US-Konzernen um die weltweiten Exportmärkte konkurrieren zu können. Ob dies tatsächlich realistisch ist, sei einmal dahingestellt, die Tatsache allerdings, dass gerade die länderübergreifenden EU-Rüstungsprojekte fast schon traditionell die Liste der Beschaffungsvorhaben mit den größten Verzögerungen und drastischsten Preisanstiegen anführen, lässt daran zumindest Zweifel aufkommen.

Jedenfalls handelt es sich beim FCAS um ein wahrhaft gigantisches Projekt – allein die Entwicklungskosten bis zur ursprünglich ab 2040 geplanten Auslieferung wurden auf rund 100 Mrd. Euro geschätzt. Allerdings wäre auch dies lediglich ein Bruchteil der bei solch einem Großpro-

jekt anfallenden Gesamtkosten: „Die Betrachtung der Lebenszykluskosten umfasst Entwicklungs-, Beschaffungs- und Unterhaltskosten [...]. Der damit ermittelte Kostenkorridor von 1,1 bis 2 Billionen Euro für die Lebenszykluskosten mindestens bis in die 2070er Jahre zeigt, welche finanziellen Dimensionen dieses Großprojekt in Zukunft annehmen kann.“ (Marius Pletsch, Flug ins Unge- wisse, Greenpeace-Studie, Dezember 2023)

Unter dem damaligen Eindruck, Projekte dieser Größenordnung seien schon allein aus finanziellen Gründen nicht mehr im Alleingang zu stemmen, beschlossen Frankreich und Deutschland 2017 den Bau mehrerer gemeinsamer Rüstungsprojekte. Während Deutschland die Führungsrolle beim geplanten Kampfpanzersystem („Main Ground Combat System“, MCGS) erhielt, sollte Frankreich beim FCAS den Hut aufhaben. Nachdem also auch politisch bereits reichlich Kapital in das Projekt investiert worden war, wurde im Juni 2021 als eine Art „Anschubfinanzierung“ vom Bundestag ein deutscher Anteil von 4,468 Mrd. Euro genehmigt (allerdings ist der komplette Abruf der Gelder noch einmal zustimmungspflichtig). Für die Bewilligung der Gelder warb damals unter anderem der CSU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Brandl: „FCAS ist nicht eines unter vielen Rüstungsvorhaben der Bundeswehr. Es ist das strategische Projekt in Europa zur langfristigen Sicherung unserer Souveränität im Bereich der militärischen Luftfahrt. An diesem Projekt wird sich entscheiden, ob wir in Europa langfristig noch Kampfflugzeuge selbst bauen oder uns in eine vollständige Abhängigkeit von den USA begeben.“ (Donaukurier, 23.6.2021)

Bis zuletzt wurde in Fachkreisen noch mit nahezu denselben Argumenten für das Projekt geworben: „FCAS ist ein Prüfstein für die Fähigkeit Europas, sicherheitskritische Schlüsseltechnologien gemeinsam zu entwickeln und eigene Standards zu setzen. Gelingt dies nicht, droht der Verlust von Einfluss auf zentrale Architekturprinzipien und Einsatzlogiken der Luftverteidigung mit Folgen, die weit über das Jahr 2040 hinausreichen.“ (Europäische Sicherheit & Technik, 13.10.2025)

FCAS-Modelle auf der Paris Air Show 2019, Foto: Tiraden CC über Wikipedia.



Krisensymptome: French Combat Air System?

Allerdings kriselt es bereits seit einiger Zeit – schon im Februar 2021 wurde berichtet, die Gräben seien inzwischen so groß, dass nur ein Krisengipfel das Projekt noch retten könne. Obwohl im Anschluss eigentlich eine Einigung über die Zuständigkeiten erzielt worden war, warnte Dassault-Chef Éric Trappier dann im Juni 2022, aufgrund anhaltender Streitereien sei, wenn überhaupt, wohl mit einer Erstauslieferung nicht um das Jahr 2040, sondern erst 2050 zu rechnen. Vor allem seit vergangenem Jahr mehrten sich nun die Stimmen, die fordern, das Projekt auf die ein oder andere Art einzustampfen. In diese Richtung äußerte sich zum Beispiel CDU-Bundestagsmitglied Volker Mayer-Lay im September 2025: „Es wäre schön – und schließlich professionell – gewesen, das Projekt gemeinsam zu Ende zu bringen. Aber irgendwann ist auch Schluss. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Deutschland muss den Mut haben, klare Konsequenzen zu ziehen: Entweder Kooperation auf Augenhöhe oder neue Partner, die das Wort ‚Zusammenarbeit‘ auch leben.“ (Volker Mayer-Lay, Berichterstatter der Unionsfraktion für die Luftwaffe im Verteidigungsausschuss, defence-network.com, 24.9.2025)

Zwischenzeitlich war die Angelegenheit dann zur Chefsache erklärt worden: Eigentlich hatte Kanzler Friedrich Merz angekündigt, die Probleme bis Ende 2025 gelöst haben zu wollen – nachdem auch diese Frist ergebnislos verstrichen ist, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass das Projekt, zumindest in der bisher geplanten Form, gestorben ist.

Streitpunkte rund um das FCAS gab es mehr als genug. Paris wollte beispielsweise sichergehen, dass weder die langjährige deutsche Debatte über die Anschaffung von Kampfdrohnen den Bau, noch die – zumindest vergleichsweise – restriktiven deutschen Rüstungsexportrichtlinien die künftigen Absatzmöglichkeiten behindern würden. Allzu rigide Exportbeschränkungen oder ethische Bedenken sind allerdings nicht der Grund für das sich abzeichnende Scheitern, der Hauptkonflikt liegt ganz woanders.

Schon seit Jahren verdächtigt Frankreich den „Partner“, er sei vor allem darauf erpicht, sich das technologische Know-How unter den Nagel zu reißen: „Dassault hält sich für das einzige Unternehmen Europas, das ohne Hilfe ein modernes Kampfflugzeug bauen kann. Airbus beherrsche wichtige Bestandteile wie die Flugsteuerung oder die Tarnkappen-Technologie nicht.“ (Europas größtes Rüstungsprojekt steckt in der Krise, *NZZ*, 3.3.2021)

Dementsprechend warnte Dassault in jüngster Zeit immer lauter, zur Not sei man auch in der Lage, ein neues Kampfflugzeug im Alleingang zu bauen. „Die Deutschen können ruhig murren. Wir wissen hier, wie es geht“, sagte Dassault-Chef Trappier im September vergangenen Jahres. „Wir wissen von A bis Z, wie man das macht. Das stellen wir seit 70 Jahren unter Beweis. Wir haben die Kompetenzen.“

Umgekehrt beklagt sich die deutsche Seite lautstark darüber, sie drohe bei der Vergabe der Pfründe zu kurz zu kommen. So brachte das rüstungsnahe Fachportal hartpunkt.de den deutschen Ärger schon vor Jahren mit folgenden Worten auf den Punkt: „Frankreich, das die Führung bei FCAS übernommen hat, schultert die gleiche Last. [...] In Industriekreisen wird diese Konstellation mitunter als ‚schwerer Geburtsfehler‘ bezeichnet. Aufgrund der Dominanz des Nachbarlandes in dem Projekt heißt es hinter vorgehaltener Hand auch schon mal, FCAS stehe für French Combat Air System.“ (hartpunkt.de, 6.2.2020)

Hand in Hand: Industrie und Gewerkschaft

Während man bei der Software (Combat Cloud) sowie den Drohenschwärmen (Remote Carrier) „gut“ aufgestellt ist, besteht der Knackpunkt aus deutscher Sicht in der Sorge, dass Frankreich bzw. Dassault durch die Führung beim FCAS-Filetstück, dem Kampfflugzeug, das dabei entwickelte Know-How monopolisieren könnte. Öffentlichkeitswirksam wurde in diesem Zusammenhang der Airbus-Betriebsrat bereits Mitte Februar 2021 mit einer Erklärung nach vorne geschickt, die in den deutschen Medien breite Beachtung fand: „Dreh- und Angelpunkt

des FCAS ist ein neues europäisches Kampfflugzeug („New Generation Fighter“), das als Nachfolger des Eurofighter und der französischen Rafale vorgesehen ist. Derzeit ist nur ein Demonstrator geplant, der bei Dassault in Frankreich auf Rafale-Basis entwickelt und gebaut werden soll. Damit würde die Luftfahrtindustrie inklusive der Zulieferbetriebe in Deutschland kurzfristig ins Abseits gestellt, langfristig wäre dies wohl das Aus der Branche in unserem Land.“ (Airbus-Betriebsrat zitiert bei augengeradeaus.net, 12.2.2021)

Mit Blick auf die jüngeren Vorschläge zur „Lösung“ der FCAS-Krise ist besonders beachtenswert, dass aus Gewerkschaftskreisen bereits damals gefordert wurde, beim Bau des Kampfflugzeuges bzw. des Prototyps (Demonstrator) zweigleisig zu fahren: „Ein eigener in Deutschland zugelassener Demonstrator auf Eurofighter-Basis ist für die deutsche Verteidigungsindustrie von zentraler Bedeutung. Nicht nur für unsere Kolleginnen und Kollegen bei Airbus, sondern auch für die Belegschaften vieler mittelständischer, deutscher Zulieferbetriebe.“ (Thomas Pretzl, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Airbus Defence and Space, zitiert bei augengeradeaus.net, 12.2.2021)

Als im Sommer 2025 Meldungen auftauchten, denen zufolge Dassault 80 Prozent der Kontrolle am Bau des Kampfflugzeuges (nicht an den anderen Komponenten des FCAS) beanspruchen würde, diente dies als Anlass, noch vehementer auf den de facto Ausstieg aus dem Projekt zu drängen. Auch hier befanden sich der Airbus-Betriebsrat bzw. die IG Metall erneut an vorderster Front – Hand in Hand mit der Industrie. Im Juli 2025 riet der Airbus-Betriebsrat einmal mehr, sich neue Partner beim Bau eines Kampfflugzeuges zu suchen. Nahezu zeitgleich kritisierte die Chefin der wichtigsten Lobbyorganisation in diesem Bereich, Marie-Christine von Hahn: „Unsere Unternehmen treten dem einseitigen französischen Dominanzstreben entschieden entgegen und werden sich im Austausch mit der französischen Seite dafür einsetzen, auf den bereits vereinbarten Weg der Kooperation zurückzukehren. Wir appellieren an die Bundesregierung, sich ebenfalls in diesem Sinne zu einzubringen.“ (Marie-Christine von Hahn, Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI), hartpunkt.de, 8.7.2025)

Noch schärfere Worte wählte die Lobbyorganisation dann in einem „vertraulichen“ Papier, das im November 2025 an die Presse durchgestochen wurde: „In dem Schreiben, das [hartpunkt](http://hartpunkt.de) vorliegt, heißt es, dass Dassault seit Dezember 2024 dogmatisch auf dem Anspruch alleiniger Hoheit über die Auslegung des Flugzeuges und Auswahl der zu beteiligenden Zulieferer beharre. [...] ‚Deutsches Steuergeld würde dafür verwendet, die europäische Luftfahrtindustrie einseitig in Frankreich zu konsolidieren. Es wäre nicht weniger als das Ende des deutschen Kampfflugzeugbaus‘ schreibt der Verband.“ (hartpunkt.de, 28.11.2025)

Im Dezember 2025 zogen dann wiederum Gewerkschaftsvertreter in einem Brief an Finanzminister Lars Klingbeil nach: „Die deutsche Politik und Industrie haben aus unserer Sicht bei FCAS von Beginn an Zugeständnisse gemacht. Trotzdem ist Dassault von Anfang an bemüht, uns zu diffamieren, zurückzudrängen und gegen uns zu arbeiten. [...] Wir sind fest überzeugt: Dassault hat sich als verlässlicher Partner innerhalb Europas in Zeiten akuter Bedrohung komplett disqualifiziert. [...] Wir trauen den Belegschaften in Deutschland ein Kampfflugzeug der nächsten Generation zu, wir werden so die Kompetenzen der deutschen Industrielandschaft erhalten und weiterentwickeln – und nicht Steuergelder zum Aufbau sicherheitsrelevanter, wettbewerbsbeherrschender Kapazitäten an anderer Stelle verschwenden.“ (Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, und Thomas Pretzl, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Airbus Defence and Space, bei hartpunkt.de, 10.12.2025)

German Combat Air System?

Schlussendlich kam dann zusammen, was augenscheinlich hier zusammengehört: Es sei nicht hinnehmbar, dass Dassault die „Alleinherrschaft“ beanspruche, monierten BDLI-Chefin Marie-Christine von Hahn und der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Kerner, Anfang Februar 2025 in einem gemeinsamen Artikel: „Seit fast einem Jahr beansprucht das französische Unternehmen Dassault de facto die Alleinherrschaft über das Projekt. Diese rigorose Haltung ist nicht mehr als Führungsanspruch unter gleichberechtigten Partnern zu verstehen – sie ist vielmehr eine Aufforderung an uns zur industriellen Selbstaufgabe. Pardon, aber das geht gar nicht. [...] Die konsequente Antwort lautet: zwei Flugzeuge in einem gemeinsamen europäischen FCAS. Ein Zwei-Flugzeuge-Ansatz ist kein Scheitern, sondern das Erwachsenwerden dieses Projekts.“ (Marie-Christine von Hahn / Jürgen Kerner, Handelsblatt, 9.2.2026)

Interessant ist im Übrigen, dass Dassault-Chef Trapier bereits letzten Sommer umgehend die Meldungen dementiert hatte, sein Unternehmen strebe 80 Prozent der Anteile am Kampfflugzeug, geschweige denn dem gesamten FCAS an. Ob dies den Tatsachen entspricht, lässt sich nicht verifizieren. Es ist allerdings durchaus auffällig, dass genau diejenigen, die am stärksten von einem Eigenbau profitieren würden, sich nun am lautesten über die französische Seite echauffieren.

Entlarvend ist dabei die folgende Passage aus dem gemeinsamen Artikel der BDLI-Lobbyistin und des Gewerkschaftsvizes: „In der Kombination mit einem robust ausgestatteten Bundeshaushalt sind wir in der Lage, selbstbewusst zu investieren und damit industriepolitisch mutige Wege zu beschreiten: Wir schließen uns nicht länger einem multinationalen Vorhaben an, sondern setzen ein eigenes Programm auf und suchen anschließend nach Partnern, die sich beteiligen möchten. Verantwortung für

Der deutsche Kanzler und der französische Präsident unschlüssig, Foto: White House, public domain.



die Sicherheit Europas zu übernehmen, heißt auch, aus einer Position industrieller Stärke heraus zu führen.“ (Marie-Christine von Hahn / Jürgen Kerner, Handelsblatt, 9.2.2026)

Übersetzt sagen die beiden damit Folgendes: Während aufgrund mangelnden Know-Hows in früheren Jahren eine Eigenentwicklung viel zu teuer gewesen wäre, kann man sich dies heute leisten – und, salopp gesagt, auf die Franzosen pfeifen. Frankreich wiederum kündigte bereits den Ausstieg aus der Eurodrohne an und drohte auch das gemeinsame Panzerprojekt MCGS zu beerdigen, sollte sich Deutschland vom FCAS verabschieden. Zuletzt äußerte sich Kanzler Friedrich Merz alles andere als optimistisch über die Zukunft des Projektes: „Wir haben ein echtes Problem im Anforderungsprofil. Und wenn wir das nicht lösen können, dann können wir das Projekt nicht aufrechterhalten.“ (Handelsblatt, 18.2.2026)

Womöglich gelingt es durch enormen politischen Druck ein weiteres Mal, das FCAS-Ruder herumzureißen, die Chancen dafür erscheinen allerdings nicht allzu hoch. Darauf deuten auch die zahlreichen Spekulationen über mögliche Alternativen nach einem FCAS-Scheitern hin. Dazu gehört die Möglichkeit, sich dem „Global Combat Air Programme“ (GCAP) anzuschließen, einem britisch-italienisch-japanischen Kampfflugzeugprojekt.

Doch rüstungsnahe Portale beeilten sich schnell zu bemängeln, die deutsche Industrie würde bei einem solchen Quereinstieg kaum zum Zuge kommen (hartpunkt.de, 17.2.2026) und Gerüchte, wonach sich Deutschland bereits nach den diesbezüglichen Möglichkeiten erkundigt haben soll, wurden umgehend wieder dementiert. Auch über eine Zusammenarbeit mit der schwedischen Saab, die durch den Bau des Kampfflugzeugs Gripen über einige Expertise in diesem Bereich verfügt, wird spekuliert.

Am aussichtsreichsten dürfte aktuell aber eine Eurofighter-Lösung sein, mit der sich Deutschland den vollen Zugriff auf das entsprechende Know-How sichern würde: „Sollte es zum Bruch kommen, stellt sich die Frage, welche Lösungen man stattdessen finden kann. Denn ein Kampfflugzeug der Zukunft wird Deutschland brauchen. So ließe sich zum Beispiel der Eurofighter weiterentwi-

ckeln. Entscheidend sei die Software, betonen Branchenkenner. Schon jetzt zeichne sich ein Einsatz des Eurofighters bis über 2060 ab, heißt es beim Herstellerkonsortium.“ (welt.de, 9.2.2026)

Mit den 3,75 Mrd. Euro, die der Bundestag im Oktober 2025 für 20 Eurofighter der Tranche 5 genehmigte, wurde zumindest die Auslastung des Werkes in Manching bis zur letzten Auslieferung 2034 erst einmal sichergestellt. Formularendes Übrigens handelt es sich auch beim Eurofighter nicht gerade um eine rüstungsindustrielle Erfolgsgeschichte. Im letzten der mittlerweile eingestellten Rüstungsberichte der Bundeswehr vom April 2024 brachte es der Eurofighter (mit AESA) auf eine Verspätung von 63 Monaten und einer Kostensteigerung von rund 9 Mrd. Euro.

Die deutsche Industrie steht jedenfalls in den Startlöchern und dürfte sich einmal mehr die Hände reiben, wie der für den Bereich zuständige CDU-Bundestagsabgeordnete Volker Mayer-Lay unmissverständlich wissen lässt: „Die Deutsche [sic] Industrie ist nicht nur in der Lage; sie ist bereit die Verantwortung für die Entwicklung eines Kampffjets der 6. Generation zu übernehmen, ohne dabei dauerhaft von einem Partner behindert zu werden. Die reiche Industriekultur Deutschlands und die Marktführer in ihren entsprechenden Gebieten, die heute an FCAS mitarbeiten, sind in der Lage, die gewonnen Erkenntnisse direkt in ein neues Projekt einzubringen. Beispielfhaft zu nennen sind Airbus im Bereich der Combat Cloud und des NGF, DIEHL Aviation mit der Entwicklung der Avionikplattform, DIEHL Defence mit einem System vernetzter Waffen oder Hensoldt mit der Sensortechnologie. Damit ist Deutschland in der komfortablen Situation, sich konsequent gegen die Forderungen Dassaults zu behaupten. [...] Ein kontrollierter Abschied von FCAS wäre kein sicherheitspolitisches Risiko, sondern die Chance auf einen echten Neustart. Die deutsch-französische Freundschaft wird das überstehen – die deutsche Industrie eine weitere Verzögerung aber nicht.“ (Volker Mayer-Lay, Pressemitteilung, 3.12.2025)

Vor der Beschaffungsentscheidung

Kamikazedrohnen für die Bundeswehr: Helsing HX-2 und Stark Virtus

von Tobias Pflüger

Hinweis: Redaktionsschluss des Beitrags lag kurz vor der Beschaffungsentscheidung.

Am Mittwoch, den 25. Februar 2026, sollen nach Vorschlag des Verteidigungsministeriums zwei Vorlagen zu Kamikaze-Drohnen, gerne auch „Loitering-Munition“ genannt, in Haushalts- und Verteidigungsausschuss beschlossen werden. Damit ist zum ersten Mal vorgesehen, explizite Angriffsdrohnen für die Bundeswehr anzuschaffen. Geplant ist, für insgesamt 4,3 Milliarden Euro zwei Aufträge zu vergeben: Einmal an die Firma Helsing für die Kamikazedrohne Helsing HX-2 und einmal an Stark Defence für die Kamikazedrohne „Stark Virtus“. Leider findet kaum (mehr) eine politische Debatte zu diesem Epochenbruch bei Waffensystemen statt. Stattdessen gibt es eine öffentliche Debatte, ob die Kamikaze-Drohnen funktionieren, wie sie sollen.

Die Kamikazedrohnen sollen angeschafft werden ohne ethische Einsatzkriterien und ähnliches, das bei der Grundsatzdebatte zur Anschaffung bewaffneter Drohnen in den Jahren 2020 und 2021 eine zentrale Rolle (zur Legitimation) spielte. Davon ist nicht mehr die Rede, schließlich will die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD mit Hilfe der Grünen, dass Bundeswehr und Gesellschaft kriegstüchtig werden. Nun zeichnet sich eine ganz große Koalition von Grünen bis AfD für die Anschaffung von Kamikazedrohnen ab.

Funktionieren die Kamikazedrohnen?

Die Debatte im Vorfeld der Beschaffung wurde aus Interessensgründen in den Medien hart geführt. Es gibt Berichte, dass die beiden Systeme, die angeschafft werden sollen, nicht ausgereift seien: Die Vorwürfe (gegen Helsing) wurden in Berichten bei Bloomberg und bei der WELT in mehreren Artikeln erhoben. Im Kern geht es darum, dass die Kamikazedrohnen nicht so funktionieren würden, wie sie sollen. Zitat aus dem Welt-Artikel: „In rund 40 Prozent der Einsätze von Juras Einheit kam es zu Treffern oder Nahtreffern. Knapp jedes fünfte Gerät stürzte beim Start ab oder ging durch elektronische Störmaßnahmen beziehungsweise technische Defekte im Flug verloren. Etwa 15 Prozent der Drohnen wurden abgeschossen oder scheiterten an Fehlfunktionen der Zielnachführung.“¹

Und weiter heißt es bei der WELT: „Ein ukrainisches Dokument listet jedoch Dutzende weitere Mängel bei Flügen detailliert auf. Ein Auszug: ‚defektes Ruder‘, ‚abnormales Bordverhalten‘, ‚nicht flugtauglich‘. Kritisiert wird auch die lange Zeit zum Montieren des Systems. Nach den missglückten Einsätzen begleiteten Mitarbeiter von Helsing die ukrainische Einheit an die Front. Die Stimmung sei angespannt gewesen. Trotz nächtelanger Vorbereitung seien mehrere Drohnen erneut direkt nach dem Katapultstart abgestürzt, andere hätten bereits nach kurzer Distanz die Verbindung verloren. Die Entwickler hätten diese Erfahrung später, sagt Jura, sinngemäß als ‚kalte Dusche‘ bezeichnet.“²

Bloomberg schreibt unter Berufung auf eine Präsentation der Bundeswehr vom 20.11.2025 und nach Aussagen „von mit der Angelegenheit vertrauten Personen“: „Die HX-2, das Flaggschiff-Kampfflugzeug des deutschen Herstellers, hatte bei Tests des 14. Regiments der Ukraine, einer Einheit für unbemannte Luftfahrtsysteme, Startschwierigkeiten [...]. Das Modell soll eigentlich über KI-Komponenten verfügen soll, die das Fliegen ohne Piloten ermöglichen, beim vorliegenden Modell aber fehlten“. In der Präsentation wird der Bundeswehrgeneral Gunter Schneider genannt. „Helsing-Drohnen waren in Frontnähe durch Störungen beeinträchtigt, wodurch die Verbindung zu den menschlichen Bedienern unterbrochen wurde, berichteten drei der Befragten.“ „Die Trefferquote der ersten Flüge, die offiziell dokumentiert wurde, ist ermutigend“, sagte Helsing. Er fügte jedoch hinzu, es sei noch zu früh, um aus der Leistung der Drohne an der Front in der Ukraine Schlüsse zu ziehen: „Wir sind zuversichtlich, dass sich die Testergebnisse der HX-2 auch auf dem Schlachtfeld, einschließlich unter Bedingungen elektronischer Kriegsführung, in hohen Trefferquoten niederschlagen werden.“³

Als Schlussfolgerung schreibt Bloomberg, dass die Nachbestellung (für die ukrainische Armee) gecancelt worden sei. Darauf berufen sich auch einige ukrainische Militär-Internetseiten.

Das ukrainische Militär-Magazin Defense Express bestätigt die geschilderten Probleme und schreibt: „Es ist

wichtig zu berücksichtigen, dass die kontinuierliche Weiterentwicklung der Gefechtsfeldtechnologie im russisch-ukrainischen Krieg Systeme, die noch vor wenigen Monaten relevant waren, schnell überflüssig machen kann. Westliche Unternehmen haben oft Schwierigkeiten, mit diesem Tempo iterativer Aktualisierungen Schritt zu halten, was zu einer sinkenden wahrgenommenen Effektivität ihrer Hardware führt. Dies könnte auch hier der Fall sein und die Diskrepanz zwischen erfolgreichen Auslandstests und gleichzeitig auftretenden Problemen im Zusammenhang mit elektronischer Kampfführung in der Ukraine erklären.“⁴

Allerdings wird in einem anderen Artikel im Defense Express auch über Probleme der konkurrierenden Stark-Kamikaze-Drohnen berichtet. Mitgeteilt wird dort auch, dass Stark Defense inzwischen eine Produktionsanlage in der Ukraine aufbaut.⁵ Die Süddeutsche Zeitung schreibt, sich auf Bild und Financial Times berufend, zur Drohne von Stark: „Die Drohnen waren nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* bei den Tests ohne scharfe Munition unterwegs, es ging um Zielgenauigkeit, das Bewerten der Software und die Einweisung von künftigen Bedienern der Bundeswehr. Laut einem Bericht der Zeitung *Bild* soll eine Drohne von Stark ihr Ziel mehrfach verfehlt haben. Eine Drohne sei in ein Waldstück abgestürzt. Laut *Financial Times* habe es auch bei Tests mit dem britischen Militär Probleme gegeben.“⁶

Interessant an dieser Berichterstattung ist, dass es offensichtlich bei beiden Systemen, die nun angeschafft werden sollen, de facto keine Serienreife gibt. Deshalb stellt sich eher die Frage, ob die Kamikazedrohnen an sich überhaupt wie geplant funktionieren. Immanent gesehen durchaus ein Argument, die Kamikazedrohnen nicht anzuschaffen.

Kriegserprobte Systeme

Noch wichtiger als die Frage, ob die Kamikazedrohnen „funktionieren“, sind zudem zwei andere Aspekte: Nach der Heron TP, die von Israel geleast ist, schafft die Bundeswehr bewaffnete Drohnen an, die „kriegserprobt“ sind. Diesmal geht es nicht so wie bei der Heron TP um Kriegseinsätze durch Israel in Palästina, sowohl im Gaza-Streifen als auch in der Westbank. Diesmal geht es bei den Drohnen-Systemen von Helsing und Stark um Kriegserprobung in der Ukraine. Die Hersteller waren und sind jeweils auch mit (umfangreichem) Personal vor Ort.

Zweitens, und darauf hat zuerst die Financial Times hingewiesen und andere wie Correctiv haben dazu auch geschrieben: Hinter Helsing steht Daniel Ek (Spotify) und hinter Stark Defence der Großinvestor Peter Thiel(!), der rechte, demokratiefeindliche Trump-nahe Milliardär. In der FT heißt es dazu: (übersetzt): „Der erste Auftrag hat einen Wert von zunächst 269 Millionen Euro. Der Vertrag beinhaltet die Option, weitere HX-2-Drohnen von dem Unternehmen zu kaufen, das vom schwedischen Spotify-

Gründer Ek unterstützt wird. Der Gesamtwert des Vertrags kann sich in Zukunft auf bis zu 1,46 Milliarden Euro belaufen. Für das Berliner Unternehmen Stark, das vom US-Unternehmer Thiel unterstützt wird, hat der Deal zunächst einen Wert von 269 Millionen Euro und kann potenziell auf 2,86 Milliarden Euro ansteigen.“⁷

Welche Personen noch im Interessenskampf um die Drohnenaufträge eine Rolle spielen, sind der ehemalige Bild-Chefredakteur Johannes Boie und der ehemalige stellvertretende verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Arlt, der dann beim Rüstungsunternehmen Stark als „Senior Vice President“ angeheuert hat.⁸ Gundbert Scherf, Mitbegründer und Helsing, hatte zuvor bei McKinsey Deutschland gearbeitet und ist dann im Kontext der sog. Berateraffäre um die heutige EU-Kommissionspräsidentin ins Verteidigungsministerium gewechselt, bevor er mit Anschubhilfe von Daniel Ek sein Startup gegründet hat. Neben guten Kontakten ins Ministerium bestehen also auch gute Kontakte zu einflussreichen Medien, wie auch die Süddeutsche Zeitung andeutet: „In dem *Bild*-Bericht zu den Tests kommt hingegen Helsing sehr gut weg. Seit August ist der frühere Bild-Chefredakteur Johannes Boie Marketing- und Kommunikationschef des aufstrebenden Unternehmens aus Bayern.“⁹

Johannes Arlt ist im Bundestag häufiger noch anzutreffen, u.a. als Zuhörer bei der Anhörung zum Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages am 10.11.2025, als sein Kollege Uwe Horstmann von Stark Defence das neue Gesetz „einen wichtigen Schritt in Richtung einer flexibleren, schnelleren und innovativeren Beschaffung von Verteidigungsgütern“ nannte.¹⁰

Anmerkungen

¹ Lars Petersen, Ibrahim Naber: Die ukrainische Enttäuschung mit der deutschen „Wunderdrohne“, welt.de (28.1.2026).

² Ebd.

³ Christina Kyriasoglou, Jake Rudnitsky, Jenny Leonard: Ukraine Holds Off on New Helsing Drone Orders After Setbacks, www.bloomber.com (19.1.2026) (Übersetzung: TP).

⁴ „Controversy Surrounding Supply of German HX-2 Loitering Munitions to Ukraine: Stakeholder Positions“, en.defence-ua.com (20.1.2026).

⁵ „Німецький Stark буде виробництво своїх дронів в Україні, щоб ще швидше їх адаптувати до сучасної війни“, defence-ua.com (13.2.2026).

⁶ Georg Ismar: Absturz beim geheimen Drohnen-Test, www.sueddeutsche.de (2.11.2025).

⁷ Laura Pitel: Daniel Ek and Peter Thiel-backed start-ups win German military drone contracts, www.ft.com (17.2.2026).

⁸ „Johannes Arlt wird Senior Vice President bei STARK“, hartpunkt.de/ (18.6.2025).

⁹ Georg Ismar: Absturz beim geheimen Drohnen-Test, www.sueddeutsche.de (2.11.2025).

¹⁰ „Rüstungsindustrie begrüßt schnellere Beschaffungen für die Bundeswehr“, bundestag.de (10.11.2025).

Quadriga 2026

Deutschland probt die Kriegslogistik

von Jürgen Wagner

Unter Militärs gilt seit Jahr und Tag der Spruch, dass mit Logistik keine Kriege gewonnen, aber verloren werden. Dementsprechend kommt auch der Logistik für die schnelle Verlegung von Truppen und Gütern an die NATO-Ostgrenze sowie der Fähigkeit zum Rücktransport von Verwundeten in dem Maße wachsende Bedeutung zu, wie die Wahrscheinlichkeit zunimmt, dass der Ernstfall – also Kriegsfall – mit Russland auch tatsächlich eintreten könnte. Hierfür wurden bereits vor einiger Zeit mehrere Musterkorridore ausgebaut, durch die das Gros an Material und Personal geschleust werden soll. Eingeübt wird das Ganze mittlerweile unter anderem durch das in Kürze erneut anstehende Quadriga-Manöver, wobei in diesem Jahr erstmals „so nah wie möglich am Ernstfall geübt“ werden soll, weshalb auch Verwundetentransporte auf dem Übungsplan stehen.

Musterkorridore und Quadriga-Manöver

Ein erster Musterkorridor wurde Anfang 2024 über Polen ins Baltikum („Grand Central“) eingerichtet, mit der Erklärung: „Military Mobility ist ein Leuchtturmprojekt der NATO-EU-Kooperation. Die Einrichtung des Musterkorridors von den Niederlanden über Deutschland nach Polen zeigt, wie gut die Zusammenarbeit von NATO und EU funktioniert. Auf der Grundlage des Musterkorridors könnten weitere Korridore für Bewegungen der NATO-Truppen entwickelt werden, zum Beispiel im Norden und Süden. Denn schnelle Truppenverlegungen der NATO sind ein Beitrag zur Abschreckung und zum Schutz des NATO-Territoriums.“¹

Seither kamen drei weitere Musterkorridore hinzu: Einer führt ebenfalls ins Baltikum, allerdings über die Ostsee („Grand Quadriga“), ein dritter geht schnurstracks nach Norden („Grand North“) und der vierte nach Südosten ans Schwarze Meer („Grand South“). Entlang dieser Korridore ist es aber erforderlich, die Infrastruktur entsprechend zu „ertüchtigen“: „Die Infrastruktur im Schengen-Raum ist meist auf zivile Fahrzeuge ausgelegt. Militärische Transporte hingegen können einen beträchtlichen Anteil der Tunnel, Brücken und Straßen wegen ihres Übermaßes und enormen Gewichtes nicht passieren.“²

Die Musterkorridore wollen nicht nur infrastrukturell ertüchtigt, sondern auch regelmäßig beübt werden. Diesem Zweck dienen seit 2023 unter anderem die mit wechselnden Schwerpunkten alljährlich stattfindenden Quadriga-Manöver: „Bei Quadriga 2023 stand die Dimension Luft im Vordergrund, bei Quadriga 2024 die Dimension Land. 2025 fokussierte sich Quadriga auf die Dimension See – ergänzt durch umfangreiche Verlegeübungen des Heeres an die NATO-Ostflanke.“³ In der Regel dockt die Bundeswehr-Übung noch an ein größeres NATO-Manöver an, bei der bislang größten derartigen Kombination im Jahr 2024 nahmen 12.000 Soldat*innen der Bundeswehr im Rahmen von Quadriga und insgesamt rund 100.000 NATO-Soldat*innen beim Manöver Steadfast Defender teil. Damals wurden Verlegungen über alle vier Korridore geprobt.

Operationsplan Deutschland

Deutschland kommt bei all diesen Logistikfragen eine entscheidende Bedeutung zu: „Im Herzen Europas gelegen, ist die Bundesrepublik die logistische Drehscheibe für Marschbewegungen der Partnerstreitkräfte. Die Bundeswehr unterstützt dann die Verbündeten bei ihren Truppenbewegungen nach und durch Deutschland.“⁴ Um Truppen und Material möglichst reibungslos durch Deutschland schleusen zu können, setzt der „Operationsplan Deutschland“ (OPLAN) auf eine enge Zusammenarbeit mit zivilen Akteuren. Dabei handelt es sich um ein streng geheimes 1.000 Seiten langes Dokument, das laufend aktualisiert wird und erstmals Anfang 2024 vorlag. In öffentlich zugänglichen Quellen heißt es dazu: „Eine zentrale Einflussgröße im OPLAN DEU ist die Bündnisverpflichtung Deutschlands, die sich aus seiner geostrategischen Lage als Drehscheibe der NATO in der Mitte Europas ergibt. Im Ernstfall müssen bis zu 800.000 alliierte Soldatinnen und Soldaten und 200.000 Fahrzeuge innerhalb von sechs Monaten durch Deutschland verlegt und im Host Nation Support versorgt werden. Dies umfasst Unterstützungsleistungen bei Schutz und Sicherung, Verkehrsleitung, Transport und Umschlag auf Straße, Schiene sowie in See- und Flughäfen, Unterbringung und Ver-

pflegung, Betankung und Instandhaltung, medizinischer Versorgung bis hin zur Rechtsberatung. Diese Aufgabe ist – ohne langen Vorlauf und über lange Zeit – nur mit den Leistungen zivil-gewerblicher Partner sicherzustellen.“⁵ Die „besten“ Einblicke in den OPLAN liefert das „Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) 4.0“, das vom „Zukunftsforum öffentliche Sicherheit“ (Zoes) herausgegeben wurde. In dem explizit am OPLAN angelegten Dokument, an dem auch mehrere Bundestagsabgeordnete mitgewirkt hatten, wird ein Szenario im Jahr 2030 durchgespielt, in dem sich die Konflikte mit Russland weiter verschärfen und die NATO auf ein russisches Manöver mit der Verlegung von 60.000 Soldat*innen (u.a. 10. Panzerdivision) an die Ostflanke reagiert.

Auffällig ist, dass auch dem Verwundetentransport im Ernstfall darin große Aufmerksamkeit gewidmet wird: „Die im Falle einer militärischen Eskalation in Form von Kampfhandlungen darüber hinaus entstehenden Bedarfe der Bundeswehr sind der Zeitschrift Wehrmedizin und Wehrpharmazie (2/2023), Kohl. M. et. al. S. 38. ff.) zu entnehmen. Danach ist mit bis zu 1.000 Patientinnen und Patienten pro Tag zu rechnen, von denen 33,6 Prozent intensivpflichtig, 22 Prozent vermehrt pflegebedürftig und 44,4 Prozent leichter verletzt sind. Die Autoren attestieren eine gravierende ‚hintere Transportlücke‘ für den strategischen Patiententransport (StratMedEvac) und kommen unter anderem zu dem Fazit, dass es [sic] in der konkreten operativen Planung ein Zusammenwirken von militärischen und zivilen Kräften erforderlich sei.“⁶

Ernstfälle: Quadriga 2026 und Steadfast Dart

Sowohl Verlegungen an die russischen Grenzen wie auch der Rücktransport von Verwundeten stehen dieses Jahr auf dem Programm der Quadriga-Übung: „2026 ist Quadriga nicht mehr als reine Übung, sondern als einsatznahe Operation anlegt [sic!]. Das bedeutet, dass so nah wie möglich am Ernstfall geübt wird – ohne lange Vorlaufzeiten und fiktive Parameter. [...] 2026 findet Quadriga im Kernübungszeitraum Februar bis März in Deutschland statt. [...] Ein besonderer Schwerpunkt von Quadriga 2026 ist die Übung Medic Quadriga des Unterstützungsbereichs der Bundeswehr im März 2026. [...] Rund 200 der insgesamt über 1.000 teilnehmenden Soldatinnen und Soldaten werden als Verletztendarsteller dabei sein und mit simulierten Verwundungen wie aus einem Kampfeinsatz präpariert.“⁷

Dieses Jahr ist das Quadriga-Manöver mit der NATO-Übung Steadfast Dart verknüpft, die am 15. Januar 2026 mit der Ankunft von Soldat*innen in Emden begann, wobei der Hauptteil der Übung im Februar stattfinden soll. Die Bundeswehr ist dabei für Unterkünfte und Verpflegung, aber auch logistische Unterstützung, wie die Betankung von Fahr- und Flugzeugen, und den Transport von Fahrzeugen und Containern zuständig – gerechnet wird allein mit 1.500 Fahrzeugen.

Auch hier wird, wie schon bei Quadriga, großer Wert auf den Ernstfallcharakter der Übung gelegt: „In Deutschland sind rund 7.300 Soldatinnen und Soldaten der Land-, Luft und Seestreitkräfte sowie Spezialkräfte der NATO-Nationen Italien, Spanien, Türkei, Tschechien und Griechenland an der Übung beteiligt. [...] Die Besonderheit: Steadfast Dart liegt kein fiktives Übungsszenario zugrunde. Die Übung ist als Operation geplant und geführt – zur Erhöhung der eigenen Einsatzbereitschaft, als Fähigkeitsdemonstration zur Abschreckung potenzieller Aggressoren und zur Rückversicherung der NATO-Bündnispartner, dass Deutschland verlässlich und durchhaltefähig als Drehscheibe der NATO fungiert.“⁸

Beklemmende Rhetorik

Die Ernstfall-Rhetorik, mit der die Manöver daher kommen, hinterlässt ein überaus beklemmendes Gefühl. Es beschleicht einen dabei der Verdacht, dass ein solcher Ernstfall mit derlei Manövern eher näher als ferner rückt. Jedenfalls wäre es beruhigend, wenn dieselben Anstrengungen in Bemühungen investiert würden, die dazu taugen, einen solchen Ernstfall zu verhindern. Doch an dieser Front herrscht leider buchstäblich Grabesstille.

Anmerkungen

- 1 Military Mobility: Musterkorridor für Truppenverlegungen geplant, [bmvg.de](https://www.bmvg.de), 31.1.2024.
- 2 Jokisch, Jonathan: Korridore der Aufrüstung, IMI-Studie 2025/5.
- 3 Quadriga 2026, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de), o.J.
- 4 Military Mobility: Musterkorridor für Truppenverlegungen geplant, [bmvg.de](https://www.bmvg.de), 31.1.2024.
- 5 Operationsplan Deutschland, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de), o.J.
- 6 Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) 4.0, 2. Auflage, März 2025.
- 7 Quadriga 2026, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de), o.J.
- 8 Steadfast Dart 2026, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de), o.J.



Quadriga 2026

Bundeswehr und NATO-Partner bewelsen in dass sie Deutschland und das Bündnis vertei können.

BW-Homepage zu Quadriga (Screenshot).

Empörungs-Strohfeuer

nach erwartbaren Gräueltaten im Sudan

von Pablo Flock

Der Genozid im Sudan flammt auf. RSF-unterstützende Emirate bekommen weiter Waffen gegen Öl und Gas aus dem Westen.

Für ein paar Tage schaute die ganze Welt wieder nach Sudan. Die gefürchteten Rapid Support Forces (RSF) haben nach 18 Monaten der Belagerung und des Aushungerns am 26. Oktober 2025 al-Fashir, die Hauptstadt Nord-Darfurs, eingenommen und damit den Regierungstruppen die letzte große Stadt des Gebiets entrissen. Wie zu erwarten war, massakrierten sie dabei auch tausende Zivilist:innen, überwiegend Zivilist:innen mit dunklerer Hautfarbe als die der sich als arabisch verstehenden Stämme.

Damals sprach man von mindestens 2.500 Getöteten. Jedoch seien, wie Mitarbeiter:innen des Norwegischen Flüchtlingsrats (NRC) gegenüber der Taz berichteten, bis Ende November erst 6.000 Geflüchtete im nächstgelegenen Flüchtlingslager in der Stadt Tawila angekommen, wobei Schätzungen der Vereinten Nationen (UN) zufolge rund 65.000 geflohen seien müssten. Allerdings seien die 75 km durch die Wüste besonders für die Frauen und Kinder der ausgehungerten Bevölkerung ohne viel Proviant kaum zu Fuß zu schaffen. Auch der lokale Vertreter von Ärzten ohne Grenzen, Michel Olivier Lacharite, fragte sich „Wo sind all die Vermissten, die bereits monatelang Hunger und Gewalt in El Fasher überlebt haben?“ Die wahrscheinlichste und erschreckende Antwort sei, „dass sie getötet werden“, wenn sie zu fliehen versuchten.“¹

Satellitenbilder zeigen, dass um die Stadt Gräben ausgehoben wurden, die möglicherweise die Flucht erschweren sollten, aber wohl auch als Massengräber für Menschen, die auf der Flucht ermordet wurden, genutzt wurden. Mittlerweile errechnete das Yale Humanitarian Research Lab anhand von Satellitenbildern, dass rund 150.000 Menschen in al-Fashir „fehlen“ würden und wahrscheinlich Opfer eines der größten Massakers der Dekade wurden, so der Guardian.² Ebenso wurden in dem Projekt rund 150 potentielle Massengräber ausgemacht.³ Britische Parlamentarier wurden wohl informiert, dass 60.000 Tote „konservative Schätzungen“ zu den Opfern seien.

Die Stadt Tawila nahe el-Fashir, wohin sich viele flüchteten, liegt in einer kleinen, von RSF-kontrolliertem Gebiet umgebenen Tasche, in der die Miliz Sudanese Peoples Liberation Movement (SPLM), die sich aus verschiedenen lokalen Ethnien rekrutiert, noch die Macht hält. (Auf Sudan.liveuamap.com sieht man dieses Gebiet inmitten des RSF-kontrollierten Gebiets.) Es wird jedoch befürchtet, dass die RSF nun ihren Fokus auf dieses Gebiet legen könnten, gerade wegen der internationalen Hilfsorganisationen, so Arjan Hehenkamp, Krisenleiter des International Rescue Committees für Darfur.⁴

Fortsetzung des Genozids von vor 20 Jahren

Unter dem Banner der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) sammelten sich in den 1980/90er Jahren Aufbegehrende verschiedener Ethnien, die gegen die anhaltende Marginalisierung und die Einführung der Sharia durch den Langzeitdiktator Omar al-Bashir rebellierten. Im heutigen Südsudan setzten sich die Kräfte (mit Rückendeckung aus dem Westen) damals durch, was zum Waffenstillstand 2005 und der Staatsgründung führte. In der westlichen Region Darfur hingegen konnte der Diktator durch die Aufrüstung der Janjaweed Milizen (spricht: Dschandschawied, bedeutet „berittene Teufel“), die sich aus den sich als ‚arabisch‘ verstehenden nomadischen Stämmen im Norden rekrutierten, den Aufstand niederschlagen. In diesem Zuge verübten die Janjaweed zwischen 2002 und 2005 einen Genozid an rund 300.000 Menschen, die meist zu den ethnischen Gruppen der Fur, Zaghawa und Masalith gehörten, die die lokale SPLM wohl hauptsächlich stützten.

Die Anführer der beiden sich heute gegenüberstehenden Streitkräfte, Mohammed Hamdan Dagalo aka ‚Hemedti‘ als Anführer der RSF und Fatah Abdel al-Burhan, der Kommandant der Streitkräfte und Übergangspräsident, waren beide maßgeblich an diesem Genozid beteiligt: Hemedti war einer der prominentesten Anführer der Janjaweed-Milizen und al-Burhan der Kommandant der sudanesischen Streitkräfte der Region Darfur.

Flüchtlingscamp im Tschad. Foto von Henry Wilkins, Voice of America über Wikimedia.



Als die sudanesische Bevölkerung Ende 2018 dann gegen den Diktator al-Bashir aufbegehrte, führten die beiden einen Putsch gegen diesen an und setzten ihn fest. Doch dass deren neue Regierung kein Interesse an einer Einführung der Demokratie und einer partizipativen Politik hatte, wurde spätestens klar, als sie ein Protestcamp für die Einsetzung einer zivilen Regierung vor dem Hauptquartier des Militärs mit scharfer Munition beschossen und dabei über 140 Menschen töteten und etliche entführten und vergewaltigten. 2023 entzweite ein innerer Machtkampf um die Integration der RSF in das Militär al-Burhan und Dagalo und seitdem bekämpfen sie sich blutigst auf dem Rücken der Bevölkerung.

In dem Krieg wurden über 10 Millionen Menschen innerhalb des Sudans von ihren Häusern vertrieben. Weitere 3 Millionen Menschen flüchteten in die Nachbarländer, vorwiegend Tschad und Uganda, andere nach Libyen, um die Überfahrt nach Europa zu wagen. Da sowohl die RSF als auch die Armee Aushungern als gängige Methode zur Eroberung nutzten, war lange Zeit rund die Hälfte der ca. 40 Millionen Menschen umfassenden Bevölkerung von Ernährungsunsicherheit betroffen, ein Viertel – also über 10 Millionen Menschen – leidet Hunger. Das macht den Krieg im Sudan quantitativ zur weltweit größten humanitären Katastrophe – auch während in Gaza in einem viel kleineren Gebiet vielleicht noch schlimmere Umstände herrschen.

Die Belagerung von al-Fashir war wohl der Hotspot dieser humanitären Katastrophe, da hier rund eine Viertel Millionen Menschen über 500 Tage lang abgeschnitten von der Außenwelt hungerten. Wie die Menschen in Gaza wurden sie völlig von den mächtigen, oft die Menschenrechte im Mund tragenden Ländern im Stich gelassen. Niemand gebot den offensichtlichen Kriegsverbrechern Einhalt. Dabei waren die Massaker bei der Eroberung al-Fashirs abzusehen. Bei der Einnahme der Hauptstadt West-Darfurs, al-Geneina, im Jahr 2023 wurden auch innerhalb weniger Tage Schätzungen zufolge rund 15.000 Zivilist:innen, größtenteils zur marginalisierten Ethnie Masalith gehörende Flüchtende, abgeschlachtet.

Bei der Einnahme des völlig entmilitarisierten Geflüchtetenlagers Zam Zam in der Nähe al-Fashirs im April

2025 kam es ebenso zu genozidalen Massakern, besonders beispielsweise an einem von Zaghawa bewohnten Viertel, sowie zur Massenentführung junger Mädchen.⁵ Ähnlich lief es in Nordkordofan und im Bundesstaat Weißer Nil. Bei allen größeren Eroberungen massakrieren die RSF gezielt größere Mengen von Zivilist:innen mit ethnischer Zugehörigkeit als diskriminierendem Faktor.

Schon vor einem Jahr seien britische Politiker:innen wohl vor drohenden genozidalen Massakern bei einer Einnahme al-Fashirs gewarnt worden, hätten sich aber aus Geldgründen „für die am wenigsten ehrgeizige Option“ entschieden, was die Prävention von Massakern und sexueller Gewalt anging.⁶ Am 5. Mai 2025 verhandelte außerdem schon der Internationale Strafgerichtshof (IstGH) in Den Haag die Klage des Sudans gegen die VAE, denen der Sudan Beihilfe zum Genozid vorwirft, und wollte damit einen Stopp der kurz vorher öffentlich gewordenen Waffenlieferungen an die RSF erzwingen. Wegen einem Zusatz, den die UAE bei ihrer Unterschrift der Genozid-Konvention gemacht habe, könne das internationale Gericht jedoch keine „vorläufigen Maßnahmen“ gegen das Land ergreifen.⁷ Dies bedeutet jedoch, ähnlich des Falls gegen die BRD wegen Beihilfe zum Genozid, nicht unbedingt, dass eine spätere Strafverfolgung ausgeschlossen wäre.

BRD: Krokodilstränen und eigennützige Forderungen

Das Auswärtige Amt zeigte sich natürlich erschüttert über die Berichte von Gräueltaten in al-Fashir. In einem Twitter-Post gibt es sich scheinbar enttäuscht und erschüttert: Die RSF hätten „öffentlich zugesagt, Zivilisten zu schützen“ und müssten sich nun für ihre Taten verantworten.⁸ Doch wer die oben kurz angerissene Historie des Konflikts ansatzweise kannte, hätte gewusst, dass darauf nichts zu geben war. Und deutsche Initiativen, genozidale Handlungen im Sudan zu verhindern oder Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen, sind eher mau ...

Jedoch forderte Staatsministerin Serap Güler (CDU) kürzlich, die humanitären Gelder für den Sudan zu erhöhen⁹ – obwohl genau ihre schwarz-rote Regierung diesen

Posten im diesjährigen Haushalt weiter gekürzt hatte, nachdem der Posten auch im Haushalt 2024 von der Ampelregierung schon gekürzt worden war. (Dass diese Entwicklung Teil der auch als De-Zivilisierung verstandenen Militarisierung ist, muss wohl kaum hervorgehoben werden.) Somit sei der „Haushalt des BMZ [Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung] zwischen 2023 und 2025 insgesamt um ein Viertel“ geschrumpft und das Budget für humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes alleine in diesem Jahr um über 50% gekürzt worden.¹⁰

Allerdings beschränkt sich die Argumentation für diese Forderung nach doch mehr Gelder für Humanitäres, die Güler wohl versucht unter den Parlamentarier:innen der Regierungsfractionen zu bewerben, nicht auf das Mitgefühl für von schwerstem Leid betroffene Mitmenschen. Nein, die humanitäre Hilfe müsse auch verstärkt werden, um Deutschland und Europa vor verstärktem Migrationsdruck aus der Gegend zu schützen. Hier werden Parallelen zu der „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 gezogen, als man ebenfalls (was damals kaum Thema der Debatte war) zwei Jahre zuvor die humanitären Hilfsgelder zusammengekürzt hatte.

Gewaltökonomie: Waffen- und Rohstoff-Geschäfte europäischer Firmen mit Genozid

Über Strategien, wie den Menschen im Sudan diese Gewalt und Vertreibung, dieser Krieg, insgesamt erspart werden könne, gibt es in den sonst doch immer gerne Handlungsfähigkeit beweisen wollenden westlichen Staaten jedoch kaum eine Diskussion. Dabei ist längst klar, welcher finanzielle Nexus die Gewaltökonomie der RSF aufrecht erhält: Dagalos und seine Netzwerke haben schon während der Zeit unter Omar al-Bashir den Großteil der Minen in der goldreichen Region Darfur unter ihre Kontrolle gebracht. Das dort gewonnene Gold wird hauptsächlich in die Vereinigten Arabischen Emirate exportiert, mit denen Dagalos schon gute Kontakte unterhält, seitdem er die Masse der Söldner für die VAE und Saudi-Arabien in deren Krieg gegen Ansarallah im Jemen bereitstellte. Zeitweise wurden auch Tonnen von Gold nach Russland ausgeflogen, als die RSF noch mit den Söldnern der russischen Gruppe Wagner zusammenarbeiteten. (Das russische Afrika Corps, Nachfolgeorganisation der Gruppe Wagner, kooperiert heute noch wie auch die RSF mit dem Söldnerheer des libyschen Warlords Khalifa Haftar.)

In „Zur politischen Ökonomie des Sudankriegs“ benennt der Autor Roman Deckert in der Zeitung Analyse & Kritik 18 Tonnen Gold, die als von der RSF kommend bezeichnet 2024 über Libyen und den Tschad in die VAE exportiert worden seien. Allerdings hätten die VAE auch aus dem sudanesischen Staat, also zugute von Dagalos Kontrahenten, 29 Tonnen Gold importiert. Eine professionelle, mit beiden Seiten handelnde Distanz attestiert Deckert den Emiraten deshalb keineswegs: „Dass die VAE die

wichtigsten Unterstützer der RSF und damit auch die Hauptkriegstreiber sind, bestreitet – außer RSF- und VAE-Propagandist*innen – niemand ernsthaft“, schreibt er.¹¹

Eine Studie des schweizerischen Hilfswerk Swissaid zitiert er ebenfalls, nach der die Schweiz zwischen Januar und September alleine über 316 Tonnen aus den VAE importiert habe. Zudem schreiben die Autoren der Studie, die den Goldschmuggel aus afrikanischen Ländern kritisiert, gehöre die Schweiz neben den VAE und Indien zu den Hauptimporteuren von nicht-deklariertem Gold aus Afrika.¹² Dies bringe die dortigen Staaten und Menschen um den Surplus ihrer Rohstoffe, während sie jedoch den Schweiß und das Blut und die Tränen dafür zahlen.

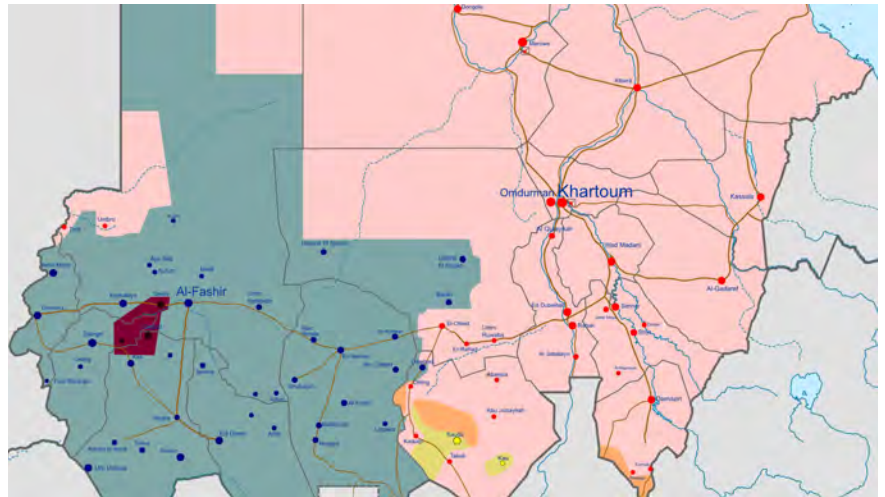
Außerdem nimmt Deckert auch den schweizerischen Rohstoffkonzern Glencore in die Verantwortung, der durch korrupte Öldeals „den Tschad in den Ruin“ und somit auch in die Position als Waffenschmuggeldrehscheibe für die VAE getrieben habe.

Das doppelte, auf beiden Seiten unterstützende und profitierende Spiel, das Deckert den VAE nicht zuschreibt (sondern sie klar als RSF-Unterstützer sieht – während man es Russland ggf. vorwerfen könnte¹³), klingt jedoch bezüglich der deutschen Waffenexport in die Region an. Denn Deutschland habe, seinen Informationen zufolge, 2024 Rüstungsgüter im Wert von fast 150 Millionen Euro an die VAE exportiert – und eben ähnlich viel an Saudi-Arabien, das zu den Unterstützern der SAF unter al-Burhan zählt. In den weltweit anerkannten Rüstungsexportdatenbanken des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI sind weitaus geringere Zahlen veranschlagt: Hier werden die Rüstungsexporte aus Deutschland in die VAE seit 2021 bis 2024 nur mit 15 Millionen Euro angegeben, ein Rückgang von noch 82 Millionen Euro zwischen 2016 und 2020. Nach Saudi-Arabien seien in den letzten vier Jahren Rüstungsexporte im Wert von 105 Millionen Euro gegangen – immerhin viel mehr als in die VAE, aber auch ein deutlicher Rückgang im Vergleich zu den vier Jahren zuvor (283 Millionen Euro).¹⁴

Trotzdem schaffen es wohl deutsche Waffen in die Hände der genozidalen RSF. So zeigen Recherchen von Report Mainz beispielsweise, dass RSF-Kämpfer auf Fotos mit deutschen G-36-Sturmgewehren von Heckler & Koch posieren. Aus Bulgarien sollen andererseits Mörsergranaten bei den RSF angekommen sein, die ursprünglich in die VAE exportiert worden seien, wie Videos zeigen. In Schützenpanzern der emiratischen Firma NIMR, die auch in den Händen der RSF gesichtet wurden, seien außerdem – neben Motoren aus England und Verteidigungssystemen aus Frankreich – auch Heiz- und Kühlsysteme des bayerischen Unternehmens Webasto verbaut.¹⁵

Natürlich müssen alle Rüstungsexporte, die – wenn auch über Umwege – in diesen Konflikt führen, sofort eingestellt werden. Genau in die andere Richtung geht dabei beispielsweise die Initiative des Ministers für Internationales des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, Natha-

Karte von der Aufteilung des Sudan 2023 (Ausschnitt) über Wikimedia. Rosa Flächen kontrolliert durch die Sudanese Armed Forces, grüne Flächen, Rapid Support Forces, dunkelrote Flächen, Sudanese Liberation Movement - mehr Details siehe link.



nael Liminski, der Anfang November (während die Massaker in al-Fashir noch liefen) nach Abu Dhabi reiste, um dort nach eigenen Angaben unter anderem „den engen Austausch ... zu hochmodernen Verteidigungssystemen“ zu suchen.¹⁶ Doch die wirkliche ‚Smoking Gun‘, also der Nachweis für eine umfängliche Mitschuld, sind die deutschen Waffenexporte in diesem Ausmaß nicht.

Trotzdem könnten die VAE ihr dreckiges Geschäft mit der RSF ohne die westliche Unterstützung nicht durchführen. Denn wie bei anderen „engen Verbündeten“ und „strategischen Partnern“ des Westens, Israel und die Türkei beispielsweise, wurden keinerlei wirtschaftliche Sanktionen für deren Angriffskriege und Genozide verhängt – nur sehr wenige, offensichtlich involvierte Einzelpersonen und Firmen wurden sanktioniert.¹⁷ Weder während der Hochphase des von Kriegsverbrechen gekennzeichneten Kriegs gegen Jemen, noch beim jetzigen genozidalen Krieg im Sudan, die beide von den VAE und Saudi-Arabien geführt und befeuert wurden, kamen die Europäer auf die Idee, ihre Einkäufe fossiler Energieträger aus (und Waffenexporte an) diesen beiden (nie so benannten) „Schurkenstaaten“ zu beenden oder wenigstens mit solchen Drohungen Druck auszuüben. Tatsächlich ist es genau dies, was sudanesisches Offizielle, wie hier ein Lokalpolitiker aus Darfur, bei hiesigen humanitären Geberkonferenzen von westlichen Ländern fordern: mehr Druck auf die VAE.¹⁸

Weitere Spaltung des Sudans im westlichen Interesse?

Somit wäre es wohl zu oberflächlich, US-Präsident Donald Trumps Initiative und Aufruf zu einem Waffenstillstand einzig auf seine Obsession mit Friedenspreisen zurückzuführen. Tatsächlich hatte Dagalo kurz nach der Einnahme al-Fashirs und den damit verbundenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit einen „humanitären“ Waffenstillstand ausgerufen, und verweist dabei auf die Friedensverhandlungen der Quad-Gruppe (USA, Ägypten, Saudi-Arabien und die VAE) und einen Friedensplan Trumps.

Al-Burhan, der nicht bereit war, den Krieg nun nach einem strategischen Sieg der RSF zu pausieren oder zu beenden, wurde dafür unter anderem vom von Dagalo geschmeichelten Donald Trump gescholten. Laut al-Burhan seien die Pläne der Quad stets zu nah an denen der VAE bzw. diesen „nachgeplappert“ und Trumps Friedensplan eliminiere die Armee, löse Sicherheitsagenturen auf und lasse die Miliz, wo sie sei.¹⁹

Für Dagalo wäre ein Einfrieren des Konflikts nach der aktuellen Frontlinie vorteilhaft. Die RSF, die zu Anfang des Krieges gleich die Hauptstadt und andere strategische Gegenden wie den Staat Gezira, der als Kornkammer des Landes gilt, einnahmen, wurde in diesem Jahr aus diesen zurückgedrängt. Seitdem konzentrieren sie sich – abgesehen von vereinzelten Drohnenschlägen auf die weit entfernte staatliche Infrastruktur in Sudans neuer de-facto-Hauptstadt Port Sudan²⁰ – auf die komplette Einnahme der Regionen Darfur und Kordofan, von denen sie schon große Teile kontrolliert.

Die Einnahme al-Fashirs als letzte von der Armee gehaltene Großstadt in ihrem Gebiet war in diesem Sinne ein Meilenstein für ein Kerngebiet, in dem die RSF dann die oberste Autorität haben. Viele Beobachter erwarten außerdem seit einer Weile die Einnahme der Stadt al-Obeid, Hauptstadt des Bundesstaats Nordkordofan, die die RSF bis auf eine Straße mittlerweile auch umzingelt halten. Drohnenangriffe auf die Hauptstadt Südkordofans, Kadugli, bei denen Mitte Dezember sogar sechs UN-Blauhelmsoldaten aus Bangladesch starben,²¹ zeigen jedoch, dass die RSF ihr Gebiet hier gerne auch noch erweitern würden – und wieviel ihr Waffenstillstand wert ist.

Aus antimilitaristischer Sicht klingt jeder Waffenstillstand und vielleicht gar ein Frieden durch Teilung attraktiv. Und tatsächlich ließen sich die zivilgesellschaftlichen Gruppen im Sudan danach einteilen, ob sie eher einen baldigen Waffenstillstand oder einen Sieg der Armee über die RSF befürworteten.²² Eines allerdings scheinen die jungen Sudanesis:innen, mit denen der Autor sprach oder deren Aussagen in sozialen Medien vernommen wurden, klar zu wissen: Dies ist kein Bürgerkrieg, wie es in west-

lichen Medien immer wieder bezeichnet wird. Kaum jemand in der Bevölkerung sieht sich wegen ideologischen oder anderen Faktoren auf der einen oder der anderen Seite des Konflikts. Es gibt nur Pest und Cholera. Al-Burhan, der den alten Staat und die Armee anführt, repräsentiert das alte System. Wie er stammen viele Beamte aus der Zeit von Omar al-Bashirs Diktatur und auch die Muslimbruderschaft, die hinter al-Bashir lange die Fäden zog, ist hier weiter mächtig. Und auch die SAF beging Massaker an Zivilist:innen.²³ Doch Dagalos Versuch, sich als Bastion gegen den Islamismus und somit irgendwie progressive (wenn auch wahrscheinlich nicht demokratische) Alternative zu inszenieren, nimmt ihm niemand ab. Die Sudanesischen kennen seinen mit dem Blut von Kriegsverbrechen gesäumten, genozidalen Werdegang. Sie wissen, was der Bevölkerung Darfurs droht, wenn die RSF ihre Macht über die Region weiter festigen: Das, was für alle schon seit zwei Jahren offen sichtbar in dem Konflikt geschieht.

Der Westen und das Kapital gegen Selbstbestimmung

Besonders linke Sudanesischen, Anarchist:innen, Kommunist:innen und andere Revolutionäre sehen in dem Krieg insgesamt den Versuch sowohl der verschiedenen alten inneren Eliten, wie auch der internationalen Kapitalisten besonders auf der arabischen Halbinsel aber auch des Westens, ihre Revolution von 2019 zu zerstören und weitere Kämpfe für Demokratie und Umverteilungen zu verhindern. In ihren Augen könne der Kampf für Befreiung jedoch nur nach einem Ende des Kriegs, aber auch nur gegen und unter dem staatlichen System al-Burhans stattfinden. Unter der Gewaltherrschaft der RSF seien solche zivilen Kämpfe nicht zu denken.

Während hier im Westen selbst unter denen, die gerne Aufmerksamkeit für den Sudan und ein Ende der Gewalt dort schaffen möchten, Verwirrung bezüglich der Interessen der Akteure, möglicher Ansatzpunkte unserer Regierungen und Forderungen an diese bestehen, sind sudanesischen Gruppen hier klarer. So benennen zum Beispiel Mitglieder der Gruppe Decolonize Sudan die VAE als amerikanischen Proxy seit Gründung des Emirats, dessen Monarchen-Clan ausgestattet mit unglaublichem Reichtum gegen US-Hörigkeit selbst imperial auf dem afrikanischen Kontinent agieren kann.²⁴ Der Schulterchluss des Westens mit den arabischen Öl-Monarchien ist demnach nichts als eine Weiterführung des Kolonialismus – wobei man aber die „Drecksarbeit“ diesen Verbündeten überlässt, auf die man dann mit dem Finger zeigen kann, ohne sie zu stoppen.

Anmerkungen

¹ Satellitenbilder lassen anhaltende Massentötungen vermuten. taz.de 1.11.2025

² Mark Townsend: RSF massacres left Sudanese city ‘a slaughterhouse’, satellite images show. theguardian.com 5.12.2025

³ Satellite images show 150 sites consistent with mass graves in Sudan’s El Fasher. sudantribune.com 16.12.2025

⁴ Simone Schlindwein: 250.000 Menschen spurlos verschwunden. taz.de 7.11.2025

⁵ Mark Townsend: ‘They slaughtered us like animals’: the inside story of how one of the biggest atrocities of the Sudan war unfolded in Zamzam. theguardian.com 7.8.2025

⁶ Mark Townsend: UK rejected atrocity prevention plans for Sudan despite warning of possible genocide. theguardian.com 7.11.2025

⁷ International Criminal Court of Justice: The Court rejects Sudan’s Request for the indication of provisional measures and orders that the case be removed from the General List. icj-cij.org Press Release No. 2025/24, 5.5.2025

⁸ Auswärtiges Amt erschüttert über Berichte zu Gräueltaten der »reitenden Teufel«. spiegel.de 28.10.2025

⁹ Barbara Schmidt-Mattern: Staatsministerin Güler fordert mehr Hilfe für Bürgerkriegsopfer. deutschlandfunk.de 22.10.2025

¹⁰ Welthungerhilfe & Terre des Hommes: Entwicklungsfinanzierung – Aufstocken statt zurückfahren! welthungerhilfe.de Kompass 2025; sowie: Marcel Fürstenau: Deutschland kürzt Entwicklungshilfe drastisch. dw.com 18.9.2025

¹¹ Roman Deckert: Zur politischen Ökonomie des Sudankrieges. akweb.de 18.11.2025

¹² On the trail of African gold. swissaid.ch 15.12.2025

¹³ Pablo Flock: Drohender Genozid im Sudan. IMI-Standpunkt 2024/011. imi-online.de 11.6.2024, zuvor erschienen in: junge Welt, 8.6.2024

¹⁴ Arms transfer database: Exports from Germany per receiving country 2016-2020, 2021-2024 SIPRI. armstransfers.sipri.org 15.12.2025; Eher herausragend sehen bei SIPRI die Rüstungsexporte Deutschlands nach Ägypten aus, einem weiteren Unterstützer der sudanesischen Streitkräfte unter al-Burhan, die mit Rüstungsimporten aus Deutschland im Wert von 1,2 Milliarden Euro sogar 18% der deutschen Exporte bekommen.

¹⁵ Report Mainz: Deutsche Gewehre im Sudan – europäische Waffen für die Rebellen? ardmediathek.de 18.11.105

¹⁶ „Konstruktive Kräfte“. german-foreign-policy.com 3.11.2025

¹⁷ Treasury Designates Entities and Individual Exacerbating Sudan’s Instability, home.treasury.gov 28.9.2023

¹⁸ SLM leader urges Germany to press UAE to stop ‘aggression’. sudantribune.com 16.12.2025

¹⁹ Sudan’s RSF declares truce after army rejects US plan. france24.com 24.11.2025

²⁰ Barbara Plett Usher: Drone attacks raise stakes in new phase of Sudan’s civil war. bbc.com 15.5.2025

²¹ Six peacekeepers laid to rest following deadly drone attack in Sudan. news.un.org 15.12.2025

²² Siehe letzte Absätze von: Pablo Flock: Viel Gerede – ohne Aussicht auf Frieden im Sudan. imi-online.de IMI-Standpunkt 2024/17. 31.7.2024

²³ The National UAE channel: Die sudanesischen Armee massakrierte nicht-arabische Zivilisten... youtube.com 16.12.2025. Der Kanal des VAE nahen Mediums The National verweist hier auf eine Untersuchung von Lighthouse report und CNN.

²⁴ Decolonize Sudan: What’s happening in Sudan? youtube.com 22.9.2025

Bewegung im Wandel der „Zeitenwende“

30 Jahre Informationsstelle Militarisierung,
30 Jahre antimilitaristische Aufklärungsarbeit

von Christoph Marischka

*Die Informationsstelle Militarisierung e. V. (IMI) wurde 1996 von Aktivist*innen aus dem linksalternativen und antimilitaristischen Spektrum der Neuen sozialen Bewegungen ins Leben gerufen. Der gemeinnützige Verein wurde 2011 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet und hat heute etwa 300 Mitglieder. IMI-Gründungsmitglied Tobias Pflüger war lange Zeit auch Autor und Mitherausgeber der Graswurzelrevolution, bevor er 2004 als Parteiloser für die PDS ins Europaparlament einzog. Auch andere IMI-Mitglieder waren und sind häufig Autor*innen der GWR. Die Graswurzelrevolution-Redaktion sagt Danke, gratuliert herzlich zum 30. IMI-Geburts- tag und freut sich auf weitere 30 Jahre gute Zusammenar- beit! IMI-Referent Christoph Marischka reflektiert im fol- genden Artikel die Geschichte der Remilitarisierung und zieht eine Zwischenbilanz zur Arbeit des „antimilitaristi- schen Thinktanks“ IMI. Der Autor gibt hier seine eigenen Positionen wieder, die zwar zu großen Teilen, aber nicht überall (BSW, „Palästina-Solidarität“) einen Konsens in der Gruppe abbilden. (GWR-Red.)*

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) wurde vor bald 30 Jahren in Tübingen gegründet. Anlass waren da- mals erste kleine Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Aufstellung des Kommandos Spezialkräfte (KSK) im nahegelegenen Calw vor dem Hintergrund einer grund- sätzlich eher pazifistischen Haltung großer Teile der deut- schen Bevölkerung und Medien. Einige Friedensbewegte aus der Region erkannten damals eine Tendenz zur Mili- tarisierung der deutschen Außenpolitik. Die gängige Pa- role der Friedensbewegung lautete in jener Zeit noch „Deutsche Waffen, deutsches Geld – morden mit in aller Welt“. Tatsächlich hatten (fast) alle Regierungen der BRD auch zuvor auf eine Stärkung der eigenen Souveränität und Rolle in den internationalen Beziehungen hingewirkt, zuvor aber unter dem skeptischen, wachsamem Auge der sogenannten Siegermächte nicht nur aus dem Osten, und einem gesellschaftlichen Pseudo-Konsens des „Nie wie- der“, der auch antifaschistisch getragen war.

Der Umbau zur Interventionsarmee ging nach dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 relativ diskret vonstat- ten. Militärische Angelegenheiten wurden damals am ehesten auf den Lokalseiten der regionalen Tageszeitun- gen mit militärischen Liegenschaften behandelt – und uns meist noch per Post zugesendet. Auch die Veröffentli- chungen neuer strategischer Dokumente der Bundeswehr, der NATO und zunehmend der EU waren damals kein großes Thema in der Presse, wurden von uns aber mit den lokalen Informationen zusammengeführt, um eben jene Tendenzen zur Militarisierung der deutschen Außenpoli- tik herauszuarbeiten und damit einer organisatorisch breit aufgestellten, von der Reichweite (und gefühlten Rele- vanz) her aber abnehmenden Bewegung Wissen zur Ver- fügung zu stellen.

Die Ära der Auslandseinsätze

Die Entwicklungen um die deutsche Beteiligung am völ- kerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Bundesrepu- blik Jugoslawien und die NATO-Operationen infolge der Anschläge vom 11. September 2001 waren komplex und herausfordernd. Zusammenfassend und zugespitzt be- standen sie für uns darin, dass weite Teile der antifaschis- tischen und „grünen“ Linken einer globalen Rolle Deutschlands und der Bundeswehr zunehmend offen und propagandistisch zur Seite standen. Deutsche Sol- dat(*inn)en sollten plötzlich helfen, westliche Werte zu exportieren, oder einen „neuen Holocaust“ verhindern.

Es folgten gut fünfzehn Jahre, in denen wir uns mit den Absichten, der Relevanz und den Folgen deutscher Aus- landseinsätze beschäftigt haben und mit den EU- und NA- TO-Strukturen, in die sie eingebettet waren. Den Ländern und Gesellschaften, in denen sie stattgefunden haben, konnten wir dabei in einer oft reflexhaften Analyse und Bewertung allenfalls ansatzweise gerecht werden. Das al- lerdings hatten wir mit den jeweiligen Planungsstäben in NATO, EU und Bundeswehr gemeinsam – und mit deren Propagandist*innen in Wissenschaft und Politik. Oft sa- ßen wir in diesen Jahren mit Protagonist*innen der deut-



Foto von Jason Rosewell auf Unsplash.

schen Aufrüstung auf Podien, die von „Verantwortung“ geredet haben, um die Präsenz (und den Tod) deutscher Soldat*innen im Kongo, in Mali, in Afghanistan usw. zu begründen. Rückblickend lässt sich feststellen: Mit „Verantwortung“ hatte das alles so gar nichts zu tun – Afghanistan hat jedoch echte Kriegserfahrung, echtes Heldengedenken, echten Militarismus zurück in die deutsche Gesellschaft gebracht. Was seit der von Bundeskanzler Scholz 2022 verkündeten „Zeitenwende“ passiert und diskutiert wurde, wäre ohne die scheinbar Re-Etablierung des deutschen Militarismus in der Ära der Auslandseinsätze schwer bzw. noch schwerer denkbar gewesen.

Wir haben in diesen Jahren auch die EU-Militarisierung und NATO-Osterweiterung kritisiert und die Entstehung jener Netzwerke und Strukturen, die nun offenbar vollends das Ruder übernommen haben. Beispielhaft sei hier etwa das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ genannt, das von der Stiftung Wissenschaft Politik (SWP) und dem German Marshall Fund (GMF) initiiert zahlreiche Thinktanks, Leitmedien, (Spitzen-)Politiker*innen und Industrieverbände darauf einschwor, dass Deutschland außenpolitische „Führung“ übernehmen und hierfür auch mehr militärischen Einsatz in die Waagschale werfen sollte. Auch der Umbau der NATO-Strukturen, deren verstärkte Aufrüstung und zunehmende Schwerpunktverlagerung Richtung Osten waren bei uns beständig Thema. Wir warnten vor den geopolitischen Folgen der andauernden Versuche von Regime Changes gerade auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR sowie einer angestrebten NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens.

„Kulturelle Zeitenwende“

Das waren zu jener Zeit Positionen, die auf Podien und in den Leitmedien unbeliebt, aber geduldet, im Sinne einer

angestrebten Pluralität gelegentlich sogar erwünscht waren. Rüstungsexporte, die Auseinandersetzungen um die Anschaffung bewaffneter Drohnen oder die Rolle der Bundeswehr in Klassenzimmern und Unis sind Beispiele für Debatten, bei denen Leitmedien und auch regierungsnahen Institutionen teilweise offen für kontroverse Diskussionen und widerständige Positionen waren. Die IMI war über diesen Zeitraum für große Teile des linken Spektrums, die Friedensbewegung und teilweise auch darüber hinaus eine der ersten Adressen, um antimilitaristische Kampagnen mit Recherchen zu unterfüttern und entsprechende Positionen öffentlich zu vertreten.

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine und der anschließenden Ausrufung der „Zeitenwende“ hat sich vieles verändert. Aufrüstung und Militarisierung haben sich seitdem in einem Umfang beschleunigt, den wir kaum für möglich gehalten hätten, ebenso wie die Verrohung der Debatten. Wir können das nicht belegen oder quantifizieren, aber aus unserer täglichen Arbeit als „Informationsstelle“ und unseren vielfältigen Kontakten innerhalb der Friedensbewegung ergibt sich recht eindeutig das Bild, dass das vielen Menschen durchaus auch körperlich und psychisch auf die Gesundheit geschlagen hat. Einige verdienstvolle Mitstreiter*innen sind gerade in den ersten 15 Monaten nach dem 24. Februar 2022 aus dem Leben geschieden.

Wir können die Kritik nachvollziehen, dass „Zeitenwende“ nur in Anführungsstrichen benutzt werden sollte, weil der Begriff inhaltlich nicht treffend ist – der deutsche Imperialismus ist schon früh nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg wiederauferstanden und hat sich spätestens nach der sogenannten „Wiedervereinigung“ zunehmend Bahn gebrochen. Aus unserer Sicht kann man aber zumindest von einer „kulturellen Zeitenwende“ sprechen, seit nicht nur pazifistische und antimilitaristische Positionen in den Leitmedien bis tief ins Feuilleton, lokale Kulturinstitutionen oder das vermeintliche politische

Kabarett aggressiv und offen diffamiert werden, sondern auch dezent abwägende Positionen (keine Panzer oder keine Taurus in die Ukraine zu liefern) kampagnenartig lächerlich gemacht werden. Tatsächlich artikulieren konnten sich diese Positionen kaum noch. Auf der anderen Seite scheint plötzlich alles erlaubt: Die Zusammenarbeit mit oder Verharmlosung von ukrainischen Faschisten, die positive Bezugnahme auf das deutsche „Rüstungswunder“, das Vokabular von „Kriegstüchtigkeit“ und „Abnutzungsraten“ von „Menschenmaterial“, Formulierungen wie „Der Truppe gehen die Indianer aus“, Werbung für Waffensysteme im Kinderfernsehen ... Zugleich nahm die veröffentlichte Meinung letztlich postfaktische Züge an, etwa wenn es um die Erfolgsaussichten von Sanktionen, den bevorstehenden russischen Zusammenbruch, die Erfolgchancen der „Frühjahrsoffensive“ oder einer Rückeroberung der Krim ging – Zweifel hieran wurde reflexartig als Kreml-Propaganda zurückgewiesen und sanktioniert.

Polarisierung ...

Kritik hieran wiederum schaffte es so gut wie nicht mehr in den leitmedialen Diskurs und fand entsprechend überwiegend in alternativen Medien und Filterblasen der „sozialen Medien“ Resonanz – in denen oft zugleich rechtsoffene oder verschwörungstheoretische Positionen geduldet wurden oder gar dominierten. Dasselbe galt für durchaus valide Argumente wie den Verweis auf die Vorgeschichte der NATO-Osterweiterung oder die simple Tatsache, dass mehr Waffen auch mehr Tote bedeuten. Diese massive Polarisierung erfasste auch vor allem institutionalisiertere linke Organisationen und wurde durch diese repetiert: Gewerkschaftsspitzen, Linkspartei und auch Attac übernahmen die Rede davon, dass es keinen „Siegfrieden“ geben dürfe, Putin bzw. Russland allein verantwortlich sei, die Ablehnung (selbst spezifischer) Waffenlieferungen „das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine“ leugne usw. Dies machte es umso leichter, entsprechende Positionen zu diffamieren und in die rechte Ecke zu stellen.

Es war eine Zeit äußerst schwieriger Diskussionen um Bündnisse und Aufruftexte. Teile der klassischen Friedensbewegung strebten aus – einer durchaus berechtigten – Sorge vor einem nuklearen Armageddon möglichst breite, teilweise auch rechtsoffene Bündnisse an und versuchten offenbar, an die Empörung über den Umgang mit der Pandemie anzuknüpfen. Andere klassische Bündnispartner passten sich weitgehend dem leitmedialen Diskurs an. Antifaschistisch geprägte Strukturen mobilisierten oder hetzten im Einklang mit diesen gegen Friedensdemos, vermeintlich anarchistisch geprägte mobilisierten (im militärischen Sinne) für den Kampf in der Ukraine, während sich die AfD als Friedenspartei inszenierte. Die IMI galt – in unterschiedlichem Maße – für alle diese Spektren (außer natürlich die AfD) als eine Art Instanz, wurde gewissermaßen zum umkämpften Terrain. Wir versuchten,

grob zusammengefasst, zu vermitteln, ohne Positionen (gegen Waffenlieferungen, Aufrüstung und NATO-Apologie) aufzugeben, breite Bündnisse zu ermöglichen, ohne rechte Positionen zu dulden – wo Rechtsoffenheit anfängt, war aber in der hektischen und hysterischen Debatte auch bei uns manchmal umstritten.

... und Neuorientierungen

Auch wenn sich die Aufrüstungsspirale weiter beschleunigt, hat sich zumindest die Verwirrung innerhalb der Bewegung(en) etwas beruhigt. Mit dem BSW hat sich eine neue Struktur gebildet, die der Weltkriegsgefahr auf parlamentarischer Ebene entgegenwirken will, ansonsten aber in ihren Positionen uneindeutig bis hoch problematisch rechtsoffen bleibt. Sie kommuniziert auf eignen Kanälen, und hat z.B. am 3. Oktober 2025 auf Demos mobilisiert, die links ausgerichtet waren – und trotzdem blieben. Das hat auch damit zu tun, dass in den vergangenen Jahren viele klassenkämpferische Organisationen gewachsen sind oder gegründet wurden, die Themen wie Aufrüstung und Wehrpflicht in jeder Hinsicht selbstverständlich und erfolgreich in den Mittelpunkt ihrer Mobilisierung stellen. Ihre klar antifaschistische Ausrichtung ist eine Entlastung gegen zwischenzeitlich durchaus existierende Querfront-Bemühungen, ihre – für die Mobilisierung gerade der jüngeren Generationen offenbar hilfreiche – recht bedingungslos wirkende „Palästina-Solidarität“ allerdings bisweilen befremdlich. Im leitmedialen Diskurs ist die Forderung nach „Verhandlungslösung“ vom Schmähbegriff zum Feld geopolitischer Auseinandersetzung (zurück-) verschoben. Die Reste der leider schrumpfenden Klimagerechtigkeitsbewegung haben das Thema Rüstung durchaus auf dem Schirm. Auch bei der Linkspartei, Attac und von der Basis in die Gewerkschaftsspitzen setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass eine Vervielfachung der Rüstungsausgaben nicht zum Nulltarif zu haben ist und Sozialabbau impliziert. Die Wehrpflicht ist ein wirklich spürbarer Epochenbruch, der eine Generation betrifft, die nach Pandemie und Klimaprotesten eine geradezu notwendige politische Desillusionierung mitbringt, die durchaus Potential birgt. Auch die Kulturszene und Teile der Wissenschaft sind aus ihrer Schockstarre erwacht, gründen oder reorganisieren Strukturen, die sich von ihrem mittlerweile olivgrünen Milieu und dessen Bellizismus entschieden abgrenzen.

Aus Sicht der IMI ergibt sich demnach – nach sehr schweren Jahren – zumindest ein gemischtes Bild. Die Rüstungsspirale beschleunigt sich derzeit ungebremst weiter. Zugleich wachsen und konsolidieren sich widerständige Bewegungen. Das ist eine wichtige Nachricht an diejenigen, die am leitmedialen Diskurs verzweifeln: Meist unterhalb der öffentlich-rechtlichen Wahrnehmungsschwelle wächst eine neu ausdifferenzierte Friedensbewegung. Fast täglich finden an Universitäten, vor Betrieben, Rekrutierungsbüros, „Bildungsmessen“, auf

Straßen und Plätzen größere und kleine Proteste statt; fast jede Rodung und jeder Autobahnausbau oder der Bau neuer Rechenzentren wird mittlerweile im Kontext der Aufrüstung eingeordnet und kritisiert; in den Gewerkschaften rumort es. Allen, die gerade am leitmedialen Diskurs verzweifeln, würde ich wünschen, mal einen Tag unseren Posteingang zu sichten. Da passiert viel!

Selbstfindung in einer wachsenden Bewegung

Früher war Militär ein Thema auf den Lokalseiten der örtlichen Tageszeitungen, früher waren wir fast die Einzigen, die über eine neue Sicherheitsstrategie oder den Ausbau einer Kaserne berichtet haben. Idealtypisch zugespitzt haben wir per Post eine Zeitungsseite bekommen, das dann im Internet zitiert und kritisch eingeordnet. Im Vergleich zu heute war das fast „gemütlich“, im Rahmen einer ehrenamtlichen oder nebenberuflichen Tätigkeit zu machen. Heute findet Militärpolitik alltäglich auf den Titelseiten statt, sorgfältig orchestriert und von einem Heer an „Expert*innen“ kommentiert. Früher konnten wir quasi auf jeden kleinen neuen Schritt der Militarisierung reagieren, ihn einordnen und kritisch kommentieren. Heute erfolgen fünf Schritte gleichzeitig: neues EU-Papier, neue Sicherheitsstrategie, neues Rüstungsprojekt, autonome Kamikazedrohnen. Wir können nicht bei jedem dieser

Themen ihrer „Expertise“ unsere „Expertise“ entgegenzusetzen.

Anderes Beispiel: Seit Jahren schon finden quasi täglich Truppenbesuche bei Bildungsmessen oder Vorträge von Jugendoffizieren an Schulen und Unis statt. Gelegentlich wurden wir eingeladen, um da ein Gegengewicht zu bilden (im Falle von Schulen oft ohne ein Budget auch nur für die Anfahrt). Das passiert nun quasi wöchentlich – eben weil es mehr Widerstand und Organisierung gibt. Hinzu kommen nun die Themen Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung. Als „Informationsstelle Militarisierung“ sind wir ein früher Treffer in der Suchmaschine – haben da allerdings nur begrenzte Kompetenzen. Im Kontext von Zeitenwende und massiv wachsender Bewegung stellt sich für uns aktuell mit Dringlichkeit die Frage: Was sind unsere Kompetenzen, was sind unsere Schwerpunkte, was können wir bedienen und was auch nicht? Als spendenbasierter und ehrenamtlich getragener Verein werden wir absehbar keine gutbezahlten Stellen schaffen können, die auch Sicherheit bieten. Wir müssen uns in einer durchdrehenden Kriegswirtschaft und einer wachsenden Bewegung neu finden, uns auf gewisse Kompetenzen fokussieren und diese Diskussion führen. Wenn die Leser*innen der GWR, und unsere Mitglieder darunter, Anregungen haben, dann gerne unter dem Betreff „Wandel“ an imi@imi-online.de.

Buchhinweis

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat Anfang November 2025 der Öffentlichkeit eine Denkschrift über Krieg und Frieden präsentiert, die sich recht stramm hinter die Zeitenwende stellt. Insbesondere auch die geforderte „nukleare Neuorientierung“ sorgte für große Empörung.

Dagegen erschien nun eine „Umdenkschrift zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden“, die von Peter Bürger herausgegeben wurde und der auch der hier abgedruckte Artikel von Marcus Weingardt entnommen wurde. Sie versammelt 35 Beiträge zum neuen militärnahen EKD-Kurs aus einem breiten Spektrum: kirchlichen Initiativen, Publizistik, Friedensbewegung, Wissenschaft und christlicher Basis.

Das Buch ist als Printversion hier erhältlich (300S/12,99 Euro), es gibt aber auch eine freie Digitalfassung des Bandes ohne Illustrationen, die auch im Internet gratis abrufbar ist.



Umdenkschrift zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden

Kritische Wortmeldungen aus der
EKD-Kontroverse - Eine Sammlung

Herausgegeben von Peter Bürger
im Auftrag der Solidarischen Kirche im Rheinland und
des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie

Anmerkungen zur EKD-Friedensdenkschrift 2025

von Markus Weingardt

1. | Die große Schwäche der FD [Friedensdenkschrift] offenbart sich erst auf den zweiten, dritten Blick.

- Sie besteht darin, dass sie der Gewaltlosigkeit nicht traut.
- Sie traut ihr nichts zu (jedenfalls nicht viel).
- Sie vertraut ihr nicht (jedenfalls nicht wirklich).

Das ist ebenso erschreckend wie traurig wie folgenreich.

2. | Theologisch ist das problematisch, denn indem die Idee und Praxis der Gewaltlosigkeit relativiert und marginalisiert wird, wird zugleich jener marginalisiert, der die Idee und Praxis der Gewaltlosigkeit lehrte und lebte, Jesus selbst. Was eingangs noch als erste „Grundüberzeugung des christlichen Glaubens“ betont wird – der „vollständige Verzicht auf Gewalt“ (S. 20) –, wird damit de facto über Bord geworfen, als sei dies zwar eine schöne Idee, aber in einer „unerlösten Welt“ ethisch nicht haltbar und (sicherheits-)politisch unbrauchbar, nachgerade unverantwortlich.

Das ist eine Zäsur. Es ist die – freilich nicht ausdrückliche, aber faktische – Abkehr von der Idee der Gewaltlosigkeit als einer realen Handlungsoption in der realen politischen Gegenwart. Wenn aber Gewaltlosigkeit ins Reich des Surrealen, ins Reich der Träume und Wünsche verschoben wird, verliert sie alle Kraft und Relevanz.

3. | Ethisch ist das problematisch, weil damit allzu sehr der Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung das (kirchliche) Wort geredet und das (politische) Feld überlassen wird: Zwar mit Bedauern, aber – in einer „unerlösten Welt“ – angeblich leider unvermeidlich.

Das ist keine „Orientierungshilfe“ sondern eine Bestätigung und Verstärkung der national und global zu beobachtenden Entwicklungen.

4. | Politisch ist das problematisch, weil die FD die unbestreitbaren Erfolge der Gewaltlosigkeit (auch) im politischen Raum ignoriert, mindestens kleinredet. Dass die FD behauptet, die Erfolgsaussichten gewaltfreien Widerstandes seien bei der Abwehr gegen eine Besatzungsmacht „empirisch kaum zu belegen“ (17), widerspricht diametral dem aktuellen Forschungsstand. Wäre dieser zur Kenntnis genommen worden, dann hätte dies den

Grundtenor der FD grundsätzlich verändern müssen. Dass diese Forschungsergebnisse in einem mehrjährigen Redaktionsprozess inkl. vier Konsultationstagungen nicht zur Kenntnis oder nicht ernst genommen wurden, ist mindestens irritierend.¹

5. | Da der Kraft der Gewaltlosigkeit als realer Option der Konfliktbearbeitung (auch) in hocheskalierten Konflikten aber nichts zugetraut wird, wählt die FD den Ausweg, die Anwendung von Gewalt ethisch zu legitimieren. Der „Primat des Gewaltverzichts“ wird zwar wenige Male gewürdigt, de facto unterwirft sich die FD aber dem Primat der Sicherheitslogik und folgt derselben konsequent.

6. | Darum ist die FD zunächst sehr bemüht, ausführlich zu erläutern, dass die vorrangige Aufgabe der „Schutz vor Gewalt“ sei, auch als Voraussetzung und wichtigster Aspekt eines „gerechten Friedens“, wie die FD postuliert. Ganz im Sinne der Sicherheitslogik wird „Schutz vor Gewalt“ als wertvollstes Gut schlechthin präsentiert.

Im zweiten, nur noch kleinen Schritt, wird dann die „Androhung und Anwendung von Gewalt“ (13) im Sinne dieses Schutzes vor Gewalt ethisch gerechtfertigt: als „mitunter unvermeidbar“ (183), ethisch geboten (155, 159) oder sogar als Akt der Nächstenliebe (163) – freilich „allein als rechtserhaltende Gewalt“ (S. 19; 33) und als „ultima ratio“ (u. a. S. 19). Wer auch dies akzeptiert hat, erfährt dann im dritten Schritt, dass hohe und höhere Verteidigungsausgaben notwendig seien und die Wehrpflicht zu unterstützen sei. Dabei sei der Dienst mit der Waffe zwar weder besser noch schlechter als ein ziviler Dienst, aber die Sonderstellung des „Schutzes von Gewalt“ lege dann eben doch eine „Priorisierung für den Dienst in der Bundeswehr unmittelbar nahe“ (169). Mehr noch: „Soldatinnen und Soldaten (dienen) dem Gerechten Frieden“ (173).

7. | In diesem Zusammenhang argumentiert die FD denn auch, dass Atomwaffen zwar „in keiner Weise ethisch zu legitimieren“ seien und „in ethischer Perspektive der Besitz, die Drohung mit und der Einsatz von Atomwaffen abzulehnen“ seien (144), doch ihr Besitz könne „trotzdem politisch notwendig“ sein (S. 15, Pkt. 6), und in Extremfällen sei auch der Einsatz von Atomwaffen zwar „nicht

erlaubt, sondern nur nicht ausnahmslos verboten“ (ebd.), ebenso sei ein Verzicht auf Atomwaffen aktuell „kaum politisch zu vertreten“ (145). Das sind bemerkenswerte argumentative Verrenkungen zumal in einer Schrift, die beansprucht, „ethische Orientierungshilfe“ zu geben und nicht sicherheitspolitischen Nachhilfeunterricht.

8. | Die starke Hervorhebung des Schutzes vor Gewalt und der daraus abgeleiteten ethischen Legitimierung von (Gegen-)Gewalt offenbart einen weiteren Denkfehler:

Vor der Verletzung durch Gewalt kommt der Ausbruch von Gewalt. Die Bedrohung von Leib und Leben durch Gewalt ist die Folge, ursächlich dafür ist die gewaltsame Eskalation. Insofern wäre der beste Schutz vor Gewalt und müsste also das vorrangige Anliegen der FD sein, Maßnahmen zu benennen und zu fordern, um den Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Stattdessen findet sich die FD – Stichwort „unerlöste Welt“ – mit der Gewalt ab und fordert nurmehr, sich gegen die Folgen der Gewalt zu wappnen, insbesondere durch den Ausbau der mutmaßlich (!) abschreckenden Kapazitäten zur Gegengewalt. Das erinnert an Diskussionen über den Klimawandel: Gilt es nicht zuvörderst, die Ursachen desselben zu bekämpfen, statt sich resignierend auf die schlimmen Folgen „einstellen“ oder „vorbereiten“ zu wollen?

Die FD argumentiert aber rein reaktiv: Verteidigen und dagegenhalten – statt vorzubeugen, statt präventiv und proaktiv die Bedrohung zu verhindern, die Eskalation zu verhindern. Krisenprävention, Friedenbildung oder gewaltloser Widerstand finden zwar ganz gelegentliche Erwähnung, aber so nachrangig und geringschätzend in Halb- und Nachsätzen, dass dies nicht einmal als Feigenblatt taugt, um die argumentative Blöße der FD hinsichtlich Gewalt- und Eskalationsprävention zu verbergen.

9. | Ohne es explizit zu benennen, werden implizit auch die zweite und dritte in der FD formulierte „Grundüberzeugung des christlichen Glaubens“ der Real- oder Sicherheitspolitik, wie sie von den FD-Verantwortlichen verstanden wird, hintangestellt: das Gebot der Nächsten- und Feindesliebe und dass jeder Mensch „ein gleichberechtigtes Geschöpf Gottes“ sei (S. 20). Wie der Gewaltverzicht werden sie als ethisch zwar wichtig gewürdigt, aber als Grundhaltung politischen Denkens und Handelns an keiner Stelle ernsthaft in Erwägung gezogen.

10. | So bleibt als argumentativ tragende Grundüberzeugung der FD am Ende nur die These von der „unerlösten Welt“. So nichtssagend diese These (zumal für Nicht-Theolog*innen) auch ist, auf ihr baut letztlich die gesamte ethische Gewaltlegitimation der FD auf. Das ist theologisch wie ethisch ebenso traurig wie schwach. Ein einziger verbleibender Grundpfeiler ist keine tragfähige Konstruktion. Und die Rede von der „unerlösten Welt“ darf weder gegen die Friedenshoffnung (vgl. S. 19) noch als allzu billige Ausrede für vermeintlich notwendige (Gegen-)Gewalt bemüht werden.

11. | Die Verantwortlichen der FD waren offenkundig bemüht, dass die FD „anschlussfähig“ und „wirklichkeitsge-

sättigt“ sei, wie man so sagt. Von Politikern, Militärs und Journalisten wird folglich gelobt, dass die Kirche nun „in der Realität angekommen“ sei.² Das wird als Kompliment und Erfolg betrachtet, manche sind stolz darauf. Doch die FD bleibt in der von ihr so verstandenen Realität stecken. Sie formuliert keine einzige originäre Idee, die über diese von ihr beschriebene „unerlöste“ Realität hinausführt. Die vollmundig angekündigte „Orientierungshilfe“ erschöpft sich in einem einzigen großen „Ja, aber ...“: „Ja, Gewaltlosigkeit ist im Prinzip ganz prima, aber ... geht jetzt gerade nicht anders als mit Gewalt. Ja, Feindesliebe, im Prinzip vielleicht gute Idee, aber dieser Feind ist ganz besonders feindlich. Ja, gewaltloser Widerstand, wäre schön, aber funktioniert eben nicht. Echt schade.“ Soweit, so banal, nur etwas aktualisiert und verklausuliert. So ist es seit Jahrhunderten zu hören, selbst ein überzeugter Belizist würde dem nicht widersprechen.

Brauche ich aber eine FD, brauche ich eine Kirche, um mir das heute zu sagen?

12. | Die FD macht keinen praktischen Vorschlag und erhebt keine konkrete Forderung, dass und wie anders als mit Gewalt und Gegengewalt Frieden in dieser Welt geschaffen werden könnte. Selbst Diplomatie, Abrüstung und sogar die Ächtung von Atomwaffen bleiben für die FD theoretisches Wunschdenken für eine ferne Zukunft: Nicht ganz falsch, aber „gegenwärtig“ nicht verantwortbar, denn es regiert die Sprache und Logik der Gewalt und der Sicherheit. Das nimmt die FD als gegeben hin in dieser „unerlösten Welt“.

Auch nennt die FD keine konkreten friedensstiftenden Schritte, welche die Kirche selbst gehen oder fördern sollte. Sie übernimmt keine konsequente politische Mitverantwortung für den Frieden und schiebt christliche Pazifist*innen aller Zeiten kurzerhand auf das theologische, ethische und realpolitische Abstellgleis – akzeptiert als Mahnerinnen oder individuelle Frömmeler, aber ethisch wie politisch nicht ernst zu nehmen.

13. | „Unerlöste Welt“ hin oder her: Wer den Glauben an die Kraft der Gewaltlosigkeit aufgegeben hat, was bleibt dem noch? Hoffnungslosigkeit, Resignation? Der Glaube an den „Mythos von der erlösenden Gewalt“? (Walter Wink)

Wenn Kirche in diesen Zeiten, in einer „Welt in Unordnung“ nicht anderes, nicht mehr zu sagen hat, als diese FD, dann hat sie nichts mehr zu sagen. Sie macht sich überflüssig.

Anmerkungen

¹ Vgl. beispielsweise die Forschungsergebnisse der Harvard-Professorin Erica Chenoweth und ihrer Mitautorin Maria J. Stephan in deren Grundlagenwerk „Warum ziviler Widerstand funktioniert“ (Nomos 2024).

² Vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/kommentar-zur-evangelischen-friedensdenkschrift-in-der-realitaet-angekommen-100.html>.

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben
von und bezogen über:
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen
Telefon: 07071 – 49154
Fax: 07071 – 49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de

 IMI.FB  I_M_I  @imi@mastodon.social

Redaktion:

Jacqueline Andres (Marburg), Yasmina Dahm (Tübingen), Pablo Flock (Tübingen), Thomas Gruber (Rosenheim), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen), Karina Wasitschek (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:

Tobias Pflüger und Claudia Haydt sind IMI-Vorstände; Wendela de Vries ist Mitbegründerin der niederländischen NGO „Stop Wapenhandel“ und dort als Rechercherin tätig, zudem aktiv in den europaweiten Strukturen ENAAT (Europäisches Netzwerk gegen Rustungsexport) und Stop Rearm Europe; Tobi Rosswog ist Aktivist, Autor und freier Dozent, berät Kampagnenteams und kämpft für das Gute Leben für Alle; Volker Mörbe, arbeitet im Friedensarbeitskreis des verdi-Bezirks Stuttgart mit; Daniel Lücking ist studierter Journalist, Ex-Soldat und heute wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten der Partei Die Linke; Dr. Fairouz Qasrawi sprach für die Decolonial Scholars beim IMI-Kongress; Reza Schwarz ist Mitarbeiterin im IMI Büro; Susanne Bödecker ist hauptamtliche Mitarbeiterin und ehrenamtliche KDV-Beraterin der DFG-VK; Simon David Dressler ist Linguist und "progressiver Populist" auf Social Media; Dr. Markus Weingardt studierte Politik- und Verwaltungs-

wissenschaft in Konstanz und Jerusalem/Israel und ist u.a. Mitarbeiter der Stiftung Weltethos in Tübingen.

Texthinweise:

Pablo Flock, S.48, *Argumente...* erschien zunächst in der Wochenzeitung nd, 22.1.2026; Das Gedicht von Claus Eckermann, S.50, wurde uns vom Autor zur Verfügung gestellt; Jürgen Wagner, S.62, *Quadriga* erschien zunächst bei Telepolis, 19.1.2026; Christoph Marischka, S.69, *Bewegung im Wandel*, erschien zuerst in Graswurzelrevolution 505, Januar 2026; Marcus Weingardt, *Anmerkungen zu FD* erschien als Buchbeitrag (siehe Seite 72).

Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 € bzw. Förderabo ab 80 €.

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

IMI-MITGLIED WERDEN!

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. ist unabhängig - damit sie es bleibt, brauchen wir Ihre/Eure Unterstützung! Wie das geht, zeigen wir auf unserer Webseite.



